

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 357/358 · 31. JAHRGANG · AUSGABE SOMMER/2025 VOM 20. JUNI 2025 · 2 EURO

5 | Mietspiegel und
Brandmauern

Die »demokratische Mitte« funktioniert

13 | Ungeordnete Entwicklungen
im Eberswalder Einzelhandel

Gültiges Konzept ausgehebelt

29 | Was schon Herricht & Preil
vom Gärtnern wußten

Schutz der Moore mit Regenwürmern

HoKaWe-Kauf zum Zweiten:

Wirtschaftlicher und klimapolitischer Unsinn

Die intransparenten Firmengeflechte des Barnimer Landrates



Foto: THOMAS GÄDICKE

Eberswalde (bbp). Am 18. Juni (nach Redaktionsschluß dieser BBP-Ausgabe) hatte der Kreistag Barnim über eine Verwaltungsvorlage zu befinden, welche »die Übernahme einer Ausfallbürgschaft gegenüber der Kreiswerke Barnim GmbH (KWB) durch den Landkreis Barnim« zum Inhalt hatte. Die Ausfallbürgschaft in Höhe von 2 Millionen Euro soll »zur Absicherung eines Bankdarlehens der KWB für den mit dem Erwerb der Geschäftsanteile der 1 Heiz Energie GmbH durch die Barnimer Energiebeteiligungsgesellschaft mbH (BEBG) verbundenen Kauf des Holzheizkraftwerkes und des Holzpelletierwerkes in Eberswalde« dienen. Im Nebensatz heißt es: »Damit befürwortet der Kreistag den Erwerb dieser Geschäftsanteile«.

Es handelt sich bereits um den zweiten Versuch des Landkreises, das Holzkraftwerk Eberswalde (HoKaWe) zu erwerben. (BBP 5/2025)

Dem damaligen Landrat BODO IHRKE waren »dubiose Bedingungen« vorgeworfen worden. Es seien »falsche Tatsachen vorgespiegelt«, »Beschlüsse in Hinterzimmerrunden außerhalb des Geltungsbereiches der Kommunalverfassung vorbereitet«, die »trotz Ladungsmängeln ... gefaßt wurden«, und es wurde »unter Verletzung von Vorschriften ein kommunales Unternehmen gegründet«. Landrat Ihrke hatte trotz der offensichtlichen Rechtsmängel und »trotz ausdrücklicher Hinweise« den Beschluß nicht beanstandet, sondern diesen vielmehr »in aller Stille ... in Verträge gegossen« (BBP 7/2012). In dieser Ausgabe finden Sie weiteres zu den Gründen, warum 2012 der erste Versuch mißlang. (Seite 7)

Auch diesmal sind die Beschlüsse im KWB-Aufsichtsrat und der aus dem Landrat bestehenden Gesellschafterversammlung bereits gefaßt worden. Die BEBG ist eine Tochtergesellschaft der kreiseigenen KWB, also quasi eine Enkeltochtergesellschaft des Landkreises. Die 1 Heiz Energie GmbH wird mit dem Erwerb durch die BEBG zur Urenkeltochtergesellschaft des Landkreises und soll zukünftig unter Kraftwerk Eberswalde GmbH - (HoKaWe) firmieren. Auch den entsprechenden Gesellschaftsvertrag hat der Aufsichtsrat der KWB bereits am 6. Mai beschlossen. Den Kreistagsabgeordneten liegt dieser Gesellschaftsvertrag nur zur Information, nicht etwa zur Beschlußfassung vor. Ob den Kreistagsabgeordneten eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für den Erwerb der Geschäftsanteile vorliegt, die sie mit dem Beschluß zur Ausfallbürgschaft »befürworten«, geht aus der Beschlußvorlage samt Begründung nicht hervor. Es wird zwar auf verschiedene Berichte zur Risikobewertung verwiesen, die aber anscheinend nur dem KWB-Aufsichtsrat, nicht aber den Kreistagsabgeordneten vorliegen.

Bemerkenswert an dem Gesellschaftsvertrag ist, daß die Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung der BEBG, der En-

keltochtergesellschaft des Landkreises, gestellt wird. Der Enkeltochter-Geschäftsführer kann sodann darüber entscheiden, ob die Urenkeltochtergesellschaft HoKaWe weitere Beteiligungen erwirbt. Das wären dann Ur-Urenkeltochtergesellschaften des Landkreises. Eine Beteiligung des Kreistages an diesen Entscheidungen ist ausdrücklich nicht vorgesehen, lediglich eine Information an den Kreisausschuß.

Resultat einer solchen Entwicklung ist ein undurchsichtiges Firmengeflecht, weitgehend außerhalb der Kontrolle der kommunalen Vertretung. Dennoch scheinen die Mehrheiten für den HoKaWe-Kauf sicher zu sein, wie schon beim ersten Versuch vor dreizehn Jahren, der nur wegen des Einspruchs des Landes scheiterte.

Der Landrat beruft sich bei seinem Ansinnen, das HoKaWe zu kaufen, auf einen Kreistagsbeschluß von 2008 zur »Null-Emissionsstrategie«. Dabei ging es darum, »klimaschädliche Treibhausgase möglichst weitgehend zu reduzieren«. Formal gilt die Verbrennung von Holz als »klimaneutral«, weil das hier freigesetzte Kohlendioxid wieder nachwächst – auch wenn das 30, 60 oder 90 Jahre dauert. Schon 2012 gab es an dieser Sichtweise fundierte Kritiken.

So hatte der damalige Eberswalder Landtagsabgeordnete der FDP GREGOR BEYER das Scheitern des HoKaWe-Kaufs durch den Landkreis als »eine gute Entscheidung für die Forstwirtschaft in Brandenburg« begrüßt (BBP 7/2012). Heute ist Beyer Staatssekretär im Landesministerium für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz (MLEUV) und will den HoKaWe-Kauf »nicht ernsthaft erörtern« (Seite 7). Zumindest nicht mit Kritikern der Holzverbrennung wie Professor Pierre Ibisch von der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE), der sich wie schon vor dreizehn Jahren mit öffentlicher Kritik gegen den HoKaWe-Kauf durch den Landkreis nicht zurückhielt. Seinen aktuellen Brief an Landrat DANIEL KURTH können Sie in dieser Ausgabe lesen (Seite 6).

30 Jahre BBP

So steht's im Protokoll: »Am 24. Mai 1995 versammelten sich im Restaurant C'est la vie in Eberswalde die auf der Anwesenheitsliste verzeichneten zwölf Personen. Herr Dr. Manfred Pfaff... erklärte, daß man am heutigen Tage zusammengekommen sei, um die Gründung eines Vereins zu vollziehen.« Vier Monate später, am 22. September 1995, erschien die erste Ausgabe unserer »unabhängigen Leserzeitung«, deren Ziel war und ist, Podien zu schaffen für die »Meinungen und Standpunkte der Barnimer Bürgerinnen und Bürger«, um sie in ihrer »aktiven und demokratischen Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben sowie bei der Erhaltung der natürlichen Umwelt« zu unterstützen.

Seit dreißig Jahren gibt es nun den Verein und Monat für Monat bringen wir die Zeitung »Barnimer Bürgerpost« heraus. Lediglich wegen Corona fielen zwischen 2020 und 2022 drei Ausgaben aus. Um den Aufwand zu verringern, gibt es seitdem zweimal im Jahr Doppelausgaben. Nach längerer Pause traf sich am 19. Januar 2023 der Vereinsvorstand. Der Vertrieb sollte ein eigener Verantwortungsbereich werden und die Redaktion zum Kollektiv werden. Der bisherige Redakteur kündigte an, nach dem Sommer 2025 nicht mehr für eine monatliche Redaktionsarbeit zur Verfügung zu stehen.

Dafür wollten wir zuallererst die personelle Basis unseres Vereins erweitern. Eine erste Aktion in diese Richtung war unser Sommerfest für Vereinsmitglieder, Verteiler, Korrektoren und sonstige Unterstützer im August 2023, das trotz der Hitze an dem Tag sehr gut besucht war. Mit diesem positiven Rückenwind gingen wir dann die Neukonstituierung des Vorstandes an.

Unser neuer Vereinsvorsitzender stellte sich der Aufgabe, den Vertrieb neu zu organisieren. Inzwischen kommt die Sache ins Laufen und auch die Etablierung eines Redaktionskollektivs steht in den Startlöchern. Ob der Start gelingt, wird der Sommer zeigen. Erstmals steht der bisherige Redakteur nicht oder nur hilfsweise zur Verfügung. Das neue Redaktionskollektiv will sich zunächst an einer Pilotausgabe versuchen. Redaktionsschluß dafür ist am 9. Juli. Anfang August soll diese Ausgabe fertig sein.

Die nächste reguläre Ausgabe soll am 12. September erscheinen, Redaktionsschluß am 3. September. Und wenn alles klappt, werden wir am Sonnabend, den 13. September, unser 30jähriges Jubiläum auch angemessen feiern.

Zum 20. Jubiläum vor zehn Jahren konnten wir noch feststellen: Die »Barnimer Bürgerpost« ist ein lebendiges Projekt. Es funktioniert einfach so, ohne großartige professionelle Organisation und ohne großen Kapitaleinsatz.

Weil viele mitmachen wollen und das dann auch einfach tun. Letzteres ist die Bedingung, damit die »Barnimer Bürgerpost« auch nach dem Jahr 30 fortbesteht.

GERD MARKMANN

80. Jahrestag der Befreiung



FOTO: KORNELIA LÜBE

Eberswalde (bbp). Der Bürgermeister Götz Herrmann hatte zum 80. Jahrestag der Befreiung alle Einwohnerinnen und Einwohner zum Gedenken eingeladen.

In seiner Rede verwies er darauf, daß »mit jedem weiteren Jahr ... die Stimmen der Zeitzeugen leiser (werden), bald wird niemand mehr selbst berichten können von dem, was damals geschah. Vom Weg in den Krieg, von den Fronten, der Flucht, von Überleben im Versteck oder den Lagern. Durch das Verstummen dieser Stimmen droht auch die Erinnerung zu verblassen und mit ihnen das Bewußtsein für unsere Verantwortung. Deshalb ist dieser Tag mehr als nur ein Gedenktag. Denn wir leben in einer Zeit, in der Geschichtsvergessenheit und tiefgreifende Verzerrung historischer Fakten

weiter zunehmen. Es ist eine Zeit, in der sich Geschichte - wenn auch nicht identisch - aber doch in gefährlicher Weise wiederholen kann.«

Das Gedenken an die Opfer des Krieges, so der Bürgermeister, »soll ein Vergessen und auch Verharmlosen verhindern. Denn Erinnerung ist kein Ritual, Erinnern ist kein Fehler. Erinnern ist Widerstand gegen das Vergessen.«

Nach dem »offiziellen Teil« mit einem durch die Stadtverwaltung organisierten Begleitprogramm u.a. mit der AG »Gemeinsam erinnern und Verantwortung leben« vom Humboldt-Gymnasium ließ es sich der Chor IWUSCHKA auch in diesem Jahr nicht nehmen, mit einem eigenen Programm den Tag der Befreiung zu begehen. An den Veranstaltungen nahmen etwa 300 Menschen teil.

Info Gemeinwohlökonomie

Am 26. Juni laden wir alle interessierten Unternehmen um 16.30 Uhr zu einem Online-Infoterminein. (gemeinwohl-region-barnim.de/infotermine-zur-gemeinwohl-bilanz-fuer-unternehmen)

In dem Termin stellen wir den Prozeß der Gemeinwohl-Bilanz und Peer-Evaluierung vor. Zudem gibt es ein erstes Kennenlernen mit anderen interessierten Unternehmen im Barnim sowie den beiden Begleiterinnen der GWÖ, MARIA KLEIMANN aus Chorin sowie URTE TÖPFER. Die Info wird etwa 1,5 Stunden dauern. Im Anschluß geben wir bei Bedarf noch Raum für weitere individuelle Fragen.

Mehr Informationen zur Gemeinwohl-Bilanz befinden sich auf der Seite der Gemeinwohl-Ökonomie (germany.ecogood.org).

NENO RIEGER

Gemeinwohl-Ökonomie Berlin-Brandenburg e.V., Anmeldung: maria.kleimann@ecogood.org

»Ein Erklärungsproblem«

BRD-Kriegsminister Boris Pistorius am 5. Juni beim NATO-Treffen in Brüssel:

»Wir werden alle Großverbände, insbesondere die Brigaden, in den nächsten Jahren voll ausstatten. Und wir werden neue Großverbände bilden und ausstatten. Und dabei ist völlig klar, das wird ein Kraftakt. Die Zeit der Unterfinanzierung ist vorbei. Jetzt holen wir auf und nehmen weitere Geschwindigkeit auf. Das ist notwendig angesichts der Bedrohungslage.

Wir brauchen um die 50 bis 60.000 Soldatinnen und Soldaten in den stehenden Streitkräften mehr als heute. Uns nützt eine Wehrpflicht derzeit gar nichts, weil wir gar nicht die Kapazitäten in den Kasernen und in der Ausbildung haben. Deswegen müssen diese Kapazitäten aufwachsen. Bis dahin gilt Freiwilligkeit.«

Nach Auffassung von Pistorius muß klar gesagt werden, daß Rußland eine Bedrohung ist, »sonst hätten wir ein Erklärungsproblem«. (gm)

Brutal, unproviziert, völkerrechtswidrig – ein Angriffskrieg

Bundeswehr offenbar aktiv am Krieg gegen den Iran beteiligt. Deutsches Tankflugzeug in Jordanien geortet.

Das ist schon ein starkes Stück, was derzeit mit Unterstützung der Regierungseliten in den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland und vielen anderen Ländern des Kollektiven Westens abläuft: Der nuklear bis an die Zähne bewaffnete Schurkenstaat Israel, der als einziger Atomwaffenstaat den Nicht-Weiterverbreitungs-Vertrag nicht unterschrieben und auch seine Atomwaffen nicht der Internationalen Atomenergie-Agentur der UNO unterstellt hat, dieser Terrorstaat, gegen den der Internationale Gerichtshof wegen des akuten Verdachts des Völkermords ermittelt, schwingt sich auf und behauptet, der von ihm begonnene Krieg gegen Iran sei ein Akt der Selbstverteidigung.

Die israelischen Luftschläge, die anscheinend mit Raketen ausgeführt wurden, die von israelischen Kampfflugzeugen aus dem iraki-

schen Luftraum über US-kontrollierten Stützpunkten gestartet worden waren, wären ohne US-amerikanische Unterstützung – von der Aufklärung, über Zielkoordinaten bis zur Betankung der israelischen Kampffjets – undenkbar gewesen. Die israelische Luftwaffe hat keine Tankflugzeuge, aber ohne aufzutanken wäre die Mission ein Einsatz ohne Rückflug gewesen. Die US-Luftwaffe hat mehrere dieser Tanker in der Region. Das Fazit: Die USA haben aktive Beihilfe zu diesem weiteren israelischen Völkerrechtsverbrechen mit vielen toten iranischen Zivilisten geleistet.

Wenn eine Meldung vom 15. Juni stimmt, dann hat sich auch die deutsche Bundeswehr mit dieser Art von Beihilfe zum Angriffskrieg gegen Iran schuldig gemacht. Demnach habe sich ein Tankflugzeug der Bundeswehr, eine A400M Atlas, am 15. Juni am Betanken israelischer Kampffjets über Jordanien beteiligt.

Das Bundeswehrflugzeug habe vermutlich aus Versehen für kurze Zeit seinen Transponder angeschaltet, wodurch es erkannt werden konnte. »Das BRD-Regime unterstützt offenbar aktiv einen unprovizierten, brutalen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg«, so die Meldung samt Karte auf dem Telegramkanal »Nachrichtenwelt«.

Iran hatte einen israelischen Angriff erwartet, wurde aber dennoch von der ersten Attacke kalt erwischt und erlitt etliche empfindliche Verluste. Aber die erfolgreichen und in der Zahl wachsenden iranischen Raketenangriffe, vor allem mit den Hyperschallraketen, hinterließen inzwischen auch in ganz Israel bisher nie erlebte Schäden.

Aus: »Ein Schurkenstaat zeigt sein wahres Gesicht« von RAINER RUPP, rt de, 15.6.25)

Klimawandel durch Hochrüstung

Die Bundesrepublik Deutschland, bzw. die »alte« Bundesregierung, die bei der letzten Wahl abgewählt wurde, hat durch einen miesen Trick das Grundgesetz geändert und Schulden – Verzeihung – ein »Sondervermögen« von einer Billion Euro beschlossen, um die deutsche Kriegstüchtigkeit voranzubringen und auch ein bißchen was fürs Klima und andere Notwendigkeiten zu tun.

Eine Billion Euro – eine 1 mit zwölf Nullen: 1.000.000.000.000 – das ist ein Haufen Geld. Damit könnte man viel Gutes tun: Schulen auf Vordermann bringen, Straßen richten, den Landwirten, die auf ökologische Landwirtschaft umstellen wollen, unter die Arme greifen, Naturschutz- und Umweltschutzprojekte fördern, beim ÖPNV, und bei der Deutschen Bahn die notwendigsten Investitionen tätigen.... Das alles wäre mehr als sinnvoll. Denn es gibt wenig, was sich effektiver für Umwelt- und Klimaschutz auswirkt, als ein guter, bürgernaher Öffentlicher Nahverkehr.

Wohin wird das Geld wohl fließen?

Was glauben Sie, wofür wird das Geld, das nicht sofort direkt in die Rüstung fließt, ausgegeben? Für Bildung und Gesundheitswesen? Für eine bessere Bahn? Für funktionierende U- und S-Bahnen in den Städten?

Oder vielleicht doch lieber für Brücken und Straßen, damit die Panzer schneller vorwärtskommen, wenn der böse Russe angreift? Hatten wir das nicht schon mal in Deutschland?

Wird man über Friedrich Merz nach dem nächsten Krieg auch Sachen sagen wie: »Aber die Autobahnen hat er wieder richten lassen, wenigstens etwas – wenn wir auch schon wieder einen Krieg verloren haben«. Vorausgesetzt, wir können dann noch was sagen.

Rüstung tötet schon im Frieden – wie an allen Binsenweisheiten ist auch an dieser sehr viel Wahres dran: Jeder Euro kann schließlich nur einmal ausgegeben werden, das wissen wir alle. Jeder Euro, der also in Panzer und

Drohnen und andere »wichtige« Rüstungsgüter investiert wird, fehlt den Menschen, die diesen Euro erwirtschaftet haben: Ihnen, der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands.

Und damit nicht genug. Bereits jetzt werden Zivilbetriebe – auch in Brandenburg – umgestellt auf Rüstungsproduktion. Einer Werkzeugmaschine ist es ziemlich egal, ob die Teile, die auf ihr gefertigt werden, anschließend in eine Lokomotive oder in einen Panzer eingebaut werden. Wer weiß? Wenn Sie in einer kleinen Metallbude arbeiten, vielleicht werden auch die Dienste Ihrer Firma für die »wichtige« Kriegsertüchtigung benötigt.

Das Schweigen der Klimabilanzen

Wußten Sie, daß alles, was mit Rüstung und Krieg zu tun hat, nicht in den Klimabilanzen mit eingerechnet wird? Warum wohl? Vielleicht, weil es wenig menschliche Aktivitäten gibt, die umwelt- und klimaschädlicher sind als Rüstung?

Mehr als die Hälfte der weltweiten Militärausgaben entfielen laut einer Analyse 2023 auf die Nato-Staaten. Die Mitgliedsstaaten des westlichen Verteidigungsbündnisses gaben vergangenes Jahr demnach zusammen 1.341 Milliarden US-Dollar für das Militär aus. Rußland gab 109 Milliarden US-Dollar aus. (Quelle: Sipri, 22.4.2024)

Greenpeace: Wann ist genug genug? Ein Vergleich der militärischen Potentiale der NATO und Rußlands, November 2024

Militärausgaben: Die NATO-Staaten geben derzeit etwa zehnmal so viel Geld für ihre

Streitkräfte aus wie Rußland (1,19 Billionen US-Dollar zu 127 Milliarden US-Dollar).

Großwaffensysteme: In sämtlichen dieser Waffenkategorien übertrifft die NATO Rußland mindestens dreifach.

Truppenstärke: Die NATO-Staaten haben über drei Millionen Soldatinnen und Soldaten unter Waffen und verfügen zugleich über ein tiefes Reservoir an Reservisten. Im Vergleich dazu hat Rußland nur eine Personalstärke von 1,33 Millionen Soldaten, davon lediglich etwa 40 Prozent westlich des Urals.

Militärische Einsatzbereitschaft: Das russische Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg sowie der Verlauf der Invasion in der Ukraine zeigen, daß den russischen Streitkräften wesentliche Fähigkeiten fehlen, um auf dem Niveau der NATO einsatzfähig zu sein.

Rüstungsbeschaffung und -produktion: Die NATO-Staaten dominieren den weltweiten Rüstungsmarkt mit über 70 Prozent des Gesamtumsatzes (der 100 größten Rüstungsfirmen der Welt), während Rußlands Anteil hier lediglich 3,5 Prozent ausmacht.

Atomwaffen: Insgesamt herrscht zwischen NATO und Rußland ein strategisches Gleichgewicht bzw. – angesichts der gesicherten gegenseitigen Vernichtungsfähigkeit – ist ein nukleares Patt zu bilanzieren.

Was könnte man mit diesem Geld alles anfangen?

UTEROTT

(Dieser Beitrag erschien erstmals im »Boitzenburger Landboten« Nr. 19 vom Mai 2025) | 3

Städtische Immobilien

Eberswalde (bbp). »Die Bewirtschaftung, Entwicklung und gegebenenfalls Veräußerung städtischer Liegenschaften und Immobilien – einschließlich jener im Eigentum städtischer Tochtergesellschaften wie der WHG – sollten unter größtmöglicher Transparenz und im Einklang mit den Interessen der Stadtgesellschaft erfolgen«, meint die Stadtfraktion SPD | BfE.

Die Stadtverwaltung soll daher, so die Anfrage der Fraktion, »eine vollständige Aufschlüsselung aller im Eigentum der Stadt Eberswalde befindlichen Wohnkomplexe und Liegenschaften, inklusive solcher im Besitz städtischer Tochtergesellschaften (z.B. WHG), differenziert nach Art (z.B. Wohngebäude, Gewerbe, unbebaute Flächen) und Lage« vorlegen. Bei unbebauten Grundstücken oder Brachflächen bietet die Fraktion um »zusätzliche Angaben zur Größe, zur möglichen Nutzbarkeit (z.B. Wohnungsbau, Gewerbeflächen) sowie, soweit bekannt, Hinweise auf etwaige Altlasten«. Daneben soll die Verwaltung »eine Übersicht der aktuell zum Verkauf stehenden Liegenschaften (inkl. etwaiger Verkaufsabsichten), kategorisiert nach Brachflächen, Bestandsimmobilien und geplanten Veräußerungsvorhaben – mit Angabe der jeweiligen Begründung« vorlegen.

Neues Eingangsgebäude

Eberswalde (bbp). Der Eberswalder Tierpark soll ein neues Eingangsgebäude erhalten. So zumindest der Wunsch von CDU, FDP und Bürgerfraktion Barnim, die in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) eine gemeinsame Fraktion bilden.

»Zur Verwirklichung des Vorhabens wird der Bürgermeister beauftragt«, schrieben sie in eine Beschlusvorlage für die StVV-Sitzung im Juli, »alle hierfür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen«. Zu diesem Zweck soll die Stadtverwaltung eine »umfangreiche Fördermittelrecherche« auf EU-, Bundes- und Landesebene durchführen und bis zum September in den zuständigen Ausschüssen berichten. Die finanziellen Mittel für notwendige Vorplanungen und Kostenschätzungen sollen in den Haushaltsplan für das Jahr 2026 aufgenommen werden. Zugleich soll beschlossen werden, daß in die Folgehaushalte entsprechend der zu erzielenden Förderquote die Eigenanteile einzuplanen sind.

Der Tierpark sei »der touristische Hotspot unserer Stadt«, begründet die Fraktion ihr Ansinnen. Circa 300.000 Gäste könne der Tierpark »in jedem Jahr begrüßen. An Wochenenden, Feiertagen aber auch in den Ferien und bei gutem Wetter bilden sich teilweise Besucher-schlangen von mehreren hundert Metern. Um bessere Bedingungen zu schaffen, ist es zeitgemäß und sinnvoll, ein neues, modernes Empfangsgebäude zu errichten.«

Mitbestimmungsrechte erweitern

Unsere Fraktion (Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur) hat sich aktiv am Gedenken zum 80. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus beteiligt. Die Sowjetunion zahlte mit 27 Millionen Toten den höchsten Blutzoll für den Sieg über den Faschismus. Das dürfen wir auch in Eberswalde nicht vergessen.

Vergessen dürfen wir auch nicht, daß es in Eberswalde selbst Widerstand gab. 80 Jahre nach der Frauen-Demo in Eberswalde am 21. April 1945 gedachten Mitglieder und Unterstützer unserer Fraktion am Ort des Geschehens der mutigen Tat der Eberswalder Frauen.

Der Platz vor dem damaligen Wehrbezirkskommando (Kreuzung Grabow-/Rudolf-Breitscheid-Straße) würde sich anbieten, den Namen einer der maßgeblichen Organisatorinnen zu erhalten: Anna Neumann. Ihr Name steht in der Liste für künftige Straßennamen.

Die Aufstellung von speziellen Bebauungsplänen zur Umgehung des Einzelhandels-Zentrenkonzepts lehnen wir ab. Im aktuellen Fall im Zusammenhang mit dem Einzelhändler »Teppich FRICK« hatte der Bürgermeister die entsprechende Vorlage zunächst zurückgezogen, nachdem wir und andere darauf aufmerksam gemacht hatten. Leider stand die Vorlage zur Aufstellung des Bebauungsplans im Juni unverändert wieder auf der Tagesordnung. Eine seltsame Verfahrensweise.

Wir fordern weiterhin die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger und halten daher an der Forderung fest, wieder in allen Ortsteilen Vertretungen entsprechend der Kommunalverfassung in Form von Ortsbeiräten einzurichten. Das Brandenburgische Viertel ist geeignet, um hier damit zu beginnen.

MIRKO WOLFGRAHM

Mehr Geld für sachkundige Einwohner

Eberswalde (bbp). Mehr Geld für die sachkundigen Einwohner in den Gremien der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) wollen die Fraktionen CDU/FDP/Bürgerfraktion Barnim und Bündnis 90/Die Grünen. Zu diesem Zweck soll in der Julisitzung der StVV die Entschädigungssatzung der Stadt Eberswalde geändert werden.

Sachkundige Einwohner nehmen in den Fachausschüssen gemäß Kommunalverfassung mit beratender Stimme an den Sitzungen teil. In Eberswalde werden sie entsprechend der Sitzverteilung von den Fraktionen benannt. Daneben gibt es zusätzliche sachkundige Einwohner beispielsweise zur Vertretung von Menschen mit Behinderungen.

Bisher erhalten die sachkundigen Einwohner ein Sitzungsgeld in Höhe von 30 Euro je Sitzung, an der sie teilnehmen. Die beiden Fraktionen schlagen nun vor, zusätzlich allen

sachkundigen Einwohnern eine pauschale Aufwandsentschädigung von 30 Euro pro Monat zu gewähren.

Die sachkundigen Einwohner »bringen sich hinsichtlich der notwendigen Vorbereitung und Begleitung der Sitzungsfolgen und dort zu beratenden Beschlufs- und Informationsvorlagen – jedenfalls bezogen auf ihren konkreten Ausschuss – häufig ebenso ein wie die Stadtverordneten und sind oftmals wegen ihrer besonderen Sachkunde und Expertise auch geschätzte Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger. Dieses ehrenamtliche Engagement verursacht einen zusätzlichen Aufwand.«

Neben der Erstattung des Aufwandes soll die Gewährung der pauschalen Aufwandsentschädigung, so die Einreicher, auch Ausdruck der Anerkennung und Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner sein.

»Dr. Ursula Hoppe Sozialpreis 2025«

Eberswalde (bbp). Die Eberswalder SPD-Stadtverordneten verleihen in diesem Jahr zum fünfzehnten Mal den DR. URSULA HOPPE SOZIALPREIS. Mit dieser Auszeichnung würdigen sie, wie der Stadtverordnete Ringo Wrase mitteilt, »beispielhaftes soziales Engagement in der Stadt Eberswalde«. Der Preis richtet sich an Menschen, die – oft unbeachtet von der Öffentlichkeit – zum Wohle anderer und der Gemeinschaft wirken. Die Ehrung ist mit 450 Euro dotiert. Zudem wird eine Urkunde als Zeichen der persönlichen Anerkennung überreicht. Ausgezeichnet werden können ehrenamtlich engagierte Einzelpersonen, Vereine, private Initiativen oder Organisationen aus der Stadt Eberswalde.

Der Preis erinnert an Dr. Ursula Hoppe, die sich als Kreisjugendärztin in besonderem Maße für die Menschen in Eberswalde einsetzte. Besonders engagierte sie sich für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen. Ihr Einsatz für Gleichstellung und Gerechtigkeit war eine zutiefst humanitäre Aufgabe, für die sie auch gegen Widerstände eintrat – unabhängig von gesellschaftlichen oder politischen Strömungen.

Der DR. URSULA HOPPE SOZIALPREIS wird jedes Jahr im September – dem Geburtsmonat der Namensgeberin – verliehen. Über die Auswahl entscheiden die SPD-Stadtverordneten. Vorschläge werden noch bis zum 31. Juli entgegen genommen.

Mietspiegel und Brandmauern

Die Eberswalder Stadtverordneten haben auf ihrer Sitzung am 5. Juni wichtige Zeichen gesetzt. Zum einen machten sie klar, daß ihnen bestimmte Unternehmerinteressen wichtiger sind als selbstgefaßte Beschlüsse und Konzepte. So soll nun einmal mehr das geltende Einzelhandels-Zentrenkonzept (EHZK) mittels speziellem Bebauungsplan ausgehebelt werden. Zum anderen kam am 5. Juni heraus: Die »Brandmauer« hält. Das war wohl eines der wichtigen Ergebnisse der Stadtverordnetenversammlung am 5. Juni.

Wenig überraschend war, daß die AfD mit ihrem absurden Flaggenfetischismus auch diesmal nur Kopfschütteln ernten würden. Hier erfüllt die Fraktion voll und ganz die an sie gestellten Erwartungen, was radikalpopulistische Scheinattacken angeht. Ihr Zielpublikum hat die AfD damit erreicht, wie sich am 5. Juni in der Einwohnerfragestunde zeigte.

Doch die Fraktion wartete auch mit ernsthaften Themen auf. So lag am 5. Juni zum wiederholten Male die Forderung der AfD auf dem Tisch, den veralteten Mietspiegel zu aktualisieren und wieder in Kraft zu setzen. Bereits 2022 war die Fraktion damit gescheitert. Allerdings ging es damals um die bloße Fortschreibung des zuletzt 2016 aktualisierten EINFACHEN Mietspiegels. Das wurde durchaus zu recht abgelehnt, weil in einen einfachen Mietspiegel die Mieterhöhungen und Preise von Neuvermietungen der vorangegangenen Periode einfließen, nicht aber die Bestandsmieten. In Phasen steigender Mieten entpuppt sich so ein einfacher Mietspiegel schnell als »Mieterhöhungsspiegel«. Unter anderem mit diesem Argument wurde damals auch der AfD-Antrag abgelehnt.

In ihrem neuen Anlauf berücksichtigte die AfD dieses Argument, indem die Fraktion einen QUALIFIZIERTEN Mietspiegel vorschlug. Nun aber gab es in den Ausschußberatungen gewichtige Argumente, die gegen einen qualifizierten Mietspiegel vorgebracht wurden. Vorrangig von der Verwaltung, die auf die hohen Kosten eines solchen qualifizierten Mietspiegels hinwies und darauf, daß Eberswalde mit weniger als 50.000 Einwohnern dazu nicht verpflichtet sei. Zweifel daran, daß ein qualifizierter Mietspiegel die tatsächlich bestehenden Mieten besser abbildet als ein einfacher, wurden soweit bekannt nicht geäußert.

Die AfD-Fraktion ging sodann auch darauf ein und formulierte ihre Beschlußvorlage neu. Sie forderte keine Festlegung auf einen einfachen oder qualifizierten Mietspiegel mehr, sondern schlug vor, diese Entscheidung durch eine zu bildende »AG Mietspiegel« fundiert vorzubereiten. Sie griff damit ein Angebot der Stadtverwaltung auf, die Stadtverordneten bei ihrer Entscheidungsfindung mit fachlicher Expertise zu unterstützen. Doch wie dem auch sei, die »Brandmauer« hielt.

Es ist das Verdienst der Fraktion Die Linke, daß die Mietspiegel-Diskussion trotz erfolgreicher »Brandmauer« weitergeht. Diese Partei kennt solche Verhaltensweisen noch aus eige-



FOTO: JÜRGEN GRANZOW

nem Erleben, als Die Linke noch PDS hieß und in den 1990er Jahren selber gegenüber den geborenen Demokraten als radikales Schmuttelkind galt. Damals wurden PDS-Vorschläge grundsätzlich abgelehnt, um zum Teil kurze Zeit später etwas umformuliert von anderen eingereicht und dann angenommen zu werden. Nun preschte die Linksfraktion vor und legte unmittelbar nach der StVV-Sitzung vom 5. Juni einen eigenen Vorschlag auf den Tisch, der sicherlich schon am 10. Juli von den Stadtverordneten verabschiedet wird.

Die Linke kommt bei ihrer Beschlußvorlage mit einer Seite aus, während die AfD ihren Vorschlag 6 Seiten lang ausführlich begründete. Statt konkrete Vorschläge zu machen, beschränkt sich die Linksfraktion auf einen Auftrag an die Stadtverwaltung bis zum vierten Quartal 2025 zu prüfen, »unter welchen Bedingungen ein aktualisierter Mietspiegel für die Stadt Eberswalde erarbeitet werden kann. Geprüft werden soll insbesondere: Welche Voraussetzungen (Datenlage, personelle und finanzielle Ressourcen) für die Erstellung eines einfachen bzw. qualifizierten Mietspiegels in Eberswalde vorhanden sind« und »welche Auswirkungen ein einfacher und ein qualifizierter Mietspiegel für die Mieterinnen und Mieter haben kann«. Gleichzeitig soll eine »Kostenschätzung und eine mögliche Zeitschiene« vorgelegt werden. »Ziel ist es, die Steigerung der Mieten in Eberswalde möglichst zu dämpfen und Bestandsmieten zu sichern.«

In der Sachverhaltsdarstellung beschränkt sich die Fraktion auf die Aussage, daß der aktuelle Mietspiegel nicht mehr rechtssicher angewendet werden kann, was Mieterinnen und Mieter sowie Vermieter »vor große Herausforderungen« stellt. »Die Stadtgesellschaft« brauche Klarheit über die Möglichkeiten und Risiken eines neuen Mietspiegels. »Auf dieser Grundlage können dann politische Entscheidungen im Jahr 2026 getroffen werden.«

GERD MARKMANN

Kulturbeiratsbericht

Der KULTURBEIRAT VON EBERSWALDE hat aktuell sieben ehrenamtliche Mitglieder. Der Vorsitzende MATTHIAS MILBRADT wird unterstützt vom 1. stellvertretenden Vorsitzenden HEIKO SCHULDT und des 2. stellvertretenden Vorsitzenden PHILLIP SCHUPPAN. Weitere Mitglieder sind PEGGY NEUMANN, ANDREA HEIMBERG, PETER ROTHER sowie THOMAS (»TOM«) RIETHMÜLLER. Es ist noch viel Platz für weitere Beiratsmitglieder.

Seit der konstituierenden Sitzung im Dezember gab es drei weitere Beiratssitzungen, teils mit Gästen aus den Fraktionen, des Kulturamtes sowie Einwohnerinnen und Einwohnern aus Eberswalde. Die Termine der Sitzungen finden Sie im Sitzungskalender.

In den letzten Monaten haben wir uns mit der anstehenden Anpassung bzw. Überarbeitung der Kulturförderrichtlinie beschäftigt. Durch diesen Austausch im Beirat mit dem Kulturamt und darauf folgende Gespräche wurde von Herrn SCHLÜTER (*Dezernent für Soziales, Ordnung und Kultur - bbp*) eine Beschlußvorlage zur Erstellung einer Arbeitsgemeinschaft vorgeschlagen und vorbereitet und im F2 (*Ausschuß für Soziales, Bildung, Ordnung und Kultur - bbp*) am 2.4.25 befürwortet, welche sich nun mit diesem Thema auseinandersetzen wird. Der Kulturbeirat wird auch an dieser AG gern teilnehmen und freut sich auf die Zusammenarbeit.

Als Kulturbeirat freuen wir uns über das bunte Programm an Kultur, welches Eberswalde zu bieten hat und teils durch die Stadt gefördert wird. Wir hoffen, daß durch diese Förderungen auch im kommenden Jahr ein möglichst breit gefächertes Angebot ermöglicht wird. Wir beobachten die Entwicklung im Landkreis zur Zeit etwas mit Sorge und hoffen sehr, daß sich hier einige Fraktionen stärker machen für die Kultur. Kultur ist bunt.

Da es weiterhin hauptsächlich um die Vernetzung in der Kunst und Kultur geht, sehen wir eine Kulturschaffendenliste als wichtigen Bestandteil, um die Region weiter zu fördern und vorzustellen. Um die Liste der Kulturschaffenden aus der Region möglichst aktuell zu halten und für Interessierte, Veranstalter, Einrichtungen etc. frei zur Verfügung und Übersicht anzubieten, empfehlen wir als Beirat eine Onlineversion dieser Liste. So ein Internetauftritt für die Kultur in und aus Eberswalde könnte dann vieles verbinden: Förderungen, Möglichkeiten, Kontakte und vieles mehr.

Wir sehen diese Aufgabe bei der Stadt, konkret beim Kulturamt oder Stadtmarketing, da dort die meisten Informationen bereits vorliegen bzw. das Kulturamt diese Schnittstelle darstellt. Sie erreichen den Kulturbeirat per eMail an Kulturbeirat.eberswalde@gmx.de und bei seinen öffentlichen Sitzungen.

MATTHIAS MILBRADT | 5

Sehr geehrter Herr Landrat Kurth, im Zusammenhang mit der geplanten Übernahme einer Ausfallbürgschaft gegenüber der Kreiswerke Barnim GmbH (zur Absicherung eines Bankdarlehens für den Erwerb der Geschäftsanteile der 1 HEIZ ENERGIE GMBH durch die BARNIMER ENERGIEBETEILIGUNGSGESellschaft MBH und dem damit verbundenen Kauf des Holzheizkraftwerkes und des Holzpelletierwerkes in Eberswalde) erlaube ich mir, Ihnen einige Sachverhalte mitzuteilen, von denen ich mir – als Bürger und als Wissenschaftler – wünschen würde, daß sie bei der Entscheidung Berücksichtigung fänden.

Ihnen ist bekannt, daß bereits vor etwa einem Jahrzehnt diskutiert wurde, ob die Holzverbrennung im Kraftwerk Eberswalde im Hinblick auf den Klimaschutz und die Wirkungen auf die Wälder, die den Rohstoff bereitstellen müssen, vertretbar wäre. Ich bemühte mich seinerzeit, entsprechende wissenschaftliche Argumente in die Debatte einzubringen, die auf die schädlichen Wirkungen der Holzverbrennung hinwiesen. Vor wenigen Jahren waren meine Bedenken noch einmal öffentlich gemacht worden.

Ich möchte Sie nunmehr darüber informieren, daß ich auf Grundlage von wissenschaftlicher Evidenz seitdem nicht nur keinen Anlaß gesehen haben, von meinen damaligen Positionen abzurücken, sondern daß die Situation inzwischen viel kritischer einzuschätzen ist. Dies teile ich Ihnen zum einen vor dem Hintergrund eines auch in der internationalen Wissenschaft wachsenden Konsenses zum Thema mit (siehe weiter unten).

Zum anderen hat sich der Zustand des Waldes bekanntlich deutlich verschlechtert. Im Gegensatz zur Situation vor einigen Jahren verfügen wir inzwischen über Instrumente, die erlauben, diese Verschlechterung zu quantifizieren (vgl. fernerkundungsgestützte Waldmonitore etwa wie FORESTWATCH). Wegen des schlechten Zustandes der Wälder in Deutschland sind diese inzwischen nicht mehr als Senke von Treibhausgasen aktiv, sondern zur Quelle geworden.¹

Als Mitglied des WISSENSCHAFTLICHEN BEIRATS FÜR NATÜRLICHEN KLIMASCHUTZ des Bundesumweltministeriums kann ich Ihnen außerdem versichern, daß auch in diesem Zusammenhang die Verbrennung von Holz kritisch analysiert wird. In einem Übersichtsartikel, den wir jüngst mit einer Reihe von Ökologen-Kollegen veröffentlicht haben, zählen wir die energetische Nutzung von circa 50% des jährlichen Holzaufkommens in Deutschland sowie eine generell sehr hohe Nutzungsintensität der Wälder zu den wichtigsten Ursachen für die Tatsache, daß Wälder nicht mehr als Treibhausgassenken fungieren.²

Die internationale wissenschaftliche Literatur, die schlüssig darlegt, daß die Verbrennung von Holz nicht »klimaneutral« oder

HoKaWe schadet Umwelt

Eberswalde (bbp). Wie bereits vor mehr als zehn Jahren plant der Landrat Barnim, jetzt mit Daniel Kurth an der Spitze, den Erwerb und Weiterbetrieb des nun abgeschriebenen Holzkraftwerks in Eberswalde (HoKaWe). Diese Pläne erzeugen bei denjenigen, denen Wald und Umweltschutz wichtig sind, heftiges Kopfschütteln. Professor Pierre Ibisch von der FH Eberswalde, nicht gerade dafür bekannt, daß er sich in die Tagespolitik des Landkreises einmischt, schrieb einen ausführlichen Brief an den Landrat zu dem Vorhaben. Nachfolgend drucken wir seinen Brief mit freundlicher Genehmigung ab:



Foto: THOMAS GOJICKE

»kohlenstoffneutral« ist, ist inzwischen erheblich angewachsen.³

Eine entsprechend gut unterstützte Beurteilung kann folgendermaßen zusammengefaßt werden: Das Verbrennen von Holz wird oft als klimaneutral bezeichnet, da Bäume während ihres Wachstums Kohlendioxid aufnehmen, das bei der Verbrennung wieder freigesetzt wird. In der Praxis ist dieser Prozeß jedoch nicht wirklich klimaneutral, insbesondere nicht über kurze bis mittlere Zeiträume. Die sofortige Freisetzung von Kohlendioxid bei der Verbrennung von Holz, die für das Nachwachsen erforderliche Zeit und die zusätzlichen Emissionen aus der Ernte, Verarbeitung und dem Transport verschlechtern die CO₂-Bilanz.

Kohlenstoffkreislauf und Zeiträumen

• **Sofortige Emissionen:** Bei der Verbrennung von Holz wird Kohlendioxid sofort freigesetzt, während die Wiederaufforstung der Wälder, die diesen Kohlenstoff wieder aufnehmen, je nach Waldtyp und Bewirtschaftungsmethode Jahrzehnte bis zu einem Jahrhundert oder länger dauern kann.

• **Kohlenstoffschuld:** Die Substitution von Kohle durch Holz in der Stromerzeugung führt aufgrund der geringeren Verbrennungseffizienz und der Zeitverzögerung, bis der Nachwuchs die Emissionen ausgleicht, häufig zu einem kurzfristigen Anstieg des CO₂-Gehalts in der Atmosphäre. Die »Kohlenstoff-Amortisationszeit« kann zwischen 44 und über 100 Jahren nach Abholzung betragen.

• **Nachhaltigkeitsbedingungen:** Holz kann nur dann als CO₂-neutral betrachtet werden, wenn die abgeholzten Flächen vollständig nachwachsen und zusätzliche Biomasse anfällt, um alle Emissionen, einschließlich derjenigen aus Produktion und Transport, auszugleichen.

Nettoemissionen und Implikationen

• **Auswirkungen auf die Nettoemissionen:** Studien zeigen, daß die Verbrennung von Holzpellets und Waldreststoffen über Jahrzehnte hinweg zu erheblichen Nettoemissionen führen kann. So haben Holzpellets im Vergleich zu Alternativen im zehnten Jahr Nettoemissionen von 55–79% und im 40. Jahr von 26–54%.

• **Ganze Bäume vs. Reststoffe:** Die Verwendung ganzer Bäume für Bioenergie erhöht die Nettoemissionen viel stärker als die Verwendung echter Reststoffe, die sonst ohnehin verrotten und CO₂ emittieren würden.

• **Politische Beurteilung:** Die Behandlung von Holz als CO₂-neutral in der Treibhausgasbilanz kann den Klimawandel kurzfristig verschlimmern und die Bemühungen zur schnellen Emissionsreduzierung untergraben.

Zusätzliche Umwelt- und Gesundheitsaspekte

• **Andere Schadstoffe:** Bei der Verbrennung von Holz entstehen auch Methan, Ruß und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), die zur globalen Erwärmung und zu Gesundheitsrisiken beitragen, insbesondere bei ineffizienten Heizungen in Privathäusern.

• **Technologische Verbesserungen:** Fortschrittliche Verbrennungstechnologien und optimierte Lieferketten können die Emissionen reduzieren, aber das grundlegende Problem des zeitlichen Geflechts zwischen Kohlenstofffreisetzung und -aufnahme nicht beseitigen.

Die waldschädigenden Effekte der Verbrennung von Frischholz sind leicht nachweisbar. Auch in Eberswalde sind in den vergangenen Jahren stetig wertvolle Altholzzämme verbrannt worden, keinesfalls nur Restholz, wie häufig propagiert wird. Dies ist mir aus eigener Anschauung bestens bekannt; entsprechende Befunde wurden vor wenigen Jahren auch von ROBIN WOOD offengelegt. Eberswalde

gelangte auf die Liste der negativ aufgefallenen Werke.⁴

Wir selbst haben in unserer Arbeitsgruppe an der HNEE übrigens national und international beachtete Studien durchgeführt, die zeigen, wie ein stärkerer Einschlag in Brandenburger Wäldern zu deren Erwärmung beitragen und Vitalitätsverluste verursachen kann.⁵ Die vielfach gestreßten Waldökosysteme leiden unter der Kombination mehrerer Faktoren wie Fragmentierung und Erwärmung.⁶ Jüngst veröffentlichten wir eine Arbeit, die zeigte, daß ältere und geschützte Wälder besser durch die extremen Sommer der letzten Jahre gekommen sind als genutzte.⁷

Auf Grundlage der vorliegenden wissenschaftlichen Evidenz muß das Betreiben eines Holzkraftwerks aus waldökologischen und klimaschutzbezogenen Argumenten abgelehnt werden. Ich weise darauf hin, daß andere Kommunen nach reiflicher Überlegung bereits zum Entschluß gekommen sind, die Holzverbrennung nicht weiter zu verfolgen.⁸

Die industrielle Holzverbrennung ist nicht kompatibel mit den Zielen eines nach Nachhaltigkeit strebenden Landkreises. Es wäre überaus bedauerlich, wenn die sogenannte »Waldstadt Eberswalde« weiterhin für den überaus problematischen Weg der energetischen Nutzung von Holz steht.

Ich plädiere dafür, daß die Umwelt- und Energiepolitik des Landkreises Barnim wissenschafts- und evidenzbasiert erfolgt und deshalb die Pläne zum Kauf des Holzkraftwerks Eberswalde überdacht werden.

Prof. Dr. PIERRE IBISCH

Anmerkungen:

1 – vgl. 2024 veröffentlichte Daten der Bundeswaldinventur: »Seit 2017 ist der Wald v. a. durch den Verlust an lebender Biomasse durch die Klimakrise zur Quelle geworden.« (<https://www.bundeswaldinventur.de/vierte-bundeswaldinventur-2022/klimaschuetzer-wald>)

2 – Luick, R., E. Jedicke, T. Fartmann, M. Grossmann, P.L. Ibisch, P. L., T. Potthast, & J. Settele (2025): Der Wald im Spannungsfeld von Klimaschutz und Ressourcenbereitstellung. Naturschutz und Landschaftsplanung 57(5): 16-27.

3 – Eine Auswahl der aktuellen Quellen kann beim Autor angefordert werden.

4 – »Umkämpftes Holz – Verfeuern ist die schlechteste Option«. (robinwood.de/sites/default/files/20230903_Recherchebericht_Pelletwerke_Holzkraftwerke_0.pdf)

5 – Blumröder, J. S., May, F., Härdtle, W., & Ibisch, P. L. (2021). Forestry contributed to warming of forest ecosystems in northern Germany during the extreme summers of 2018 and 2019. Ecological Solutions and Evidence, 2(3), e12087.

6 – Mann, D., Gohr, C., Blumröder, J. S., & Ibisch, P. L. (2023). Does fragmentation contribute to the forest crisis in Germany? Frontiers in Forests and Global Change, 6, 1099460.

7 – Adhikari, Y., Bachstein, N., Gohr, C., Blumröder, J. S., Meier, C., & Ibisch, P. L. (2024). Old-growth beech forests in Germany as cool islands in a warming landscape. Scientific Reports, 14(1), 1-14.

8 – z.B. Hamburg.

Kein Gegenstand ernsthafter Erörterung

Unser Leser JOHANNES MADEJA hatte sich in Sachen Holzkraftwerk Eberswalde an den Staatssekretär GREGOR BEYER im Ministerium für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg gewandt und ihm zugleich die in dieser Ausgabe abgedruckte Stellungnahme des HNEE-Professors PIERRE IBISCH zur Kenntnis gegeben.

Die Umstände des gescheiterten Kaufversuchs von 2012 seien Beyer sicher noch bekannt, so Madeja. Der Wirkungsgrad betrage nur 30 % und eine Nutzung der Abwärme erfordere erhebliche Investitionen, »auf die der bisherige Betreiber verzichtet hat, weil sie sich nicht rechnen«. Statt Rest- und Schadholz werde überwiegend subventioniertes Stammholz verbrannt und das Werk emittiere pro Jahr 255.000 Tonnen Kohlendioxid, »die in der Öffentlichkeit behauptete CO₂-Einsparung ist eine Falschbehauptung«. Unser Leser fragte, »ob die Natur- und Waldfreunde in und um Eberswalde eine Chance haben, daß sich Ihr Ministerium dafür einsetzt, daß der Weiterbetrieb des HoKaWe endlich nicht mehr möglich ist«. Nachfolgend die Antwort des Staatssekretärs:

Der rentable Betrieb eines Heizkraftwerkes, welches mit Rohholz betrieben wird, stellt grundsätzlich eine Herausforderung dar, die unter dem Gesichtspunkt des aktuell gebotenen wie zukünftigen Energiemixes kontrovers diskutiert werden kann.

Ich bitte jedoch um Verständnis, daß die Ihrer Zuschrift nachgestellten Thesen des Herrn Prof. Dr. Ibisch, die vermeintlich wissenschaftliche Aussagen mit politischen Einschätzungen und Wünschen vermischen, nicht Gegenstand einer ernsthafter Erörterung in meinem Ressort sein können.

Darüber hinaus beurteile ich eine Reihe von darin enthaltenen pauschalen Behauptungen

in der Analyse gerade auch als Förster grundsätzlich gegensätzlich.

Ich begrüße es sehr, daß sich der Landkreis Barnim in den vergangenen Jahren immer wieder – in teilweise sehr innovativer Art und Weise – um eine eigene standortgemäße Lösung der kommunalen Energieversorgung bemüht hat. Im Rahmen der verfassungsgemäß gebotenen kommunalen Selbstverwaltung obliegt die Debatte darum ausschließlich den Gremien des Kreises von Verwaltung und Kreistag.

Unabhängig davon stehe ich Herrn Landrat Kurth und anderen Vertretern gerne für gewünschte Erörterungen zur Verfügung.

GREGOR BEYER

Was führte 2012 zur Insolvenz?

Eberswalde (bbp). Im Jahr 2012 wollte der Landkreis Barnim, damals mit dem zwei Jahre zuvor per Losentscheid nochmal ins Amt gekommenen Bodo Ihrke an der Spitze, das Eberswalder Holzkraftwerk schon einmal erwerben. Selbiges hatte zuvor Insolvenz angemeldet, weil es »aufgrund der gestiegenen Energieholzpreise« zahlungsunfähig geworden war.¹ Diese Preise waren gestiegen, weil »zwischen Juni 2006 und Juni 2011 prinzipiell marktkonforme, indexbasierte Preisanpassungen nicht im Sinne der ursprünglichen Klausel, sondern nach einer fehlerhaften Formel durchgeführt« wurden. Die in der zugrundeliegenden Vereinbarung dargelegten Absichten der Parteien seien »damit nicht korrekt wiedergegeben« worden, wodurch das HoKaWe einen wirtschaftlichen Vorteil erhalten habe. Der Fehler sei behoben worden, »nachdem ein internes Rechtsgutachten 2010 auf eine mögliche beihilferechtliche Relevanz aufmerksam gemacht« hatte. Alle Preisanpassungen nach dem 30. Juni 2011 seien im Einklang mit der Preisanpassungsklausel vorgenommen worden. Allerdings standen Rückzahlungsforderungen im Raum, die im November 2013 von der Europäischen Kommission auf 2,4 Millionen Euro beziffert wurden.² Die Insolvenz war insofern der »rettende Hafen«.

Was damals alles hinter den Kulissen ablief, gelangte nie an die Öffentlichkeit. Sehr wahr-

scheinlich waren es die drohenden Rückzahlungen, die letztlich den Landkreis vom Kauf des insolventen Unternehmens abhielten. Der spätere Investor »1 Heiz« hat gewiß nur die nutzbaren Vermögensteile übernommen und die Schulden einschließlich der dem Land Brandenburg zustehenden Nachzahlungen beim Insolvenzverwalter gelassen.

Einspruch gegen den damals beabsichtigten Erwerb des HoKaWe durch den Landkreis Barnim hatte allerdings auch die Arbeitsgemeinschaft Rohholzverbraucher (AGR) geltend gemacht. Die AGR kritisierte das günstigste Lieferangebot des Brandenburger Forstbetriebs für den Landkreis. »Die Holzsortimente, die an das Hokawe geliefert werden sollen, sind die gleichen, die auch von der Holzindustrie in Brandenburg nachgefragt werden«, monierte damals Dr. Denny Ohnesorge, Geschäftsführer der AGR. Er forderte gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Holzabnehmer. Einzelne Marktteilnehmer dürften durch Liefergarantien nicht subventioniert werden. Zugleich erinnerte die AGR das Land Brandenburg daran, daß es sich in seiner Biomassestrategie zur »stofflichen vor energetischen Nutzung« bekannt habe.

1 – www.holzkurier.com/energie/2012/03/weiter_zoff_um_eberswalderheizkraftwerk.html

2 – www.agrarheute.com/management/recht/hokawe-beihilfe-zurueckzahlen-455873

Linke für HoKaWe-Kauf

Eberswalde (bbp). Vor der Beschlußfassung zum Thema Holzkraftwerk Eberswalde (HoKaWe) im Kreistag am 18. Juni hatte sich die BBP-Redaktion mit der Bitte an die Fraktionen gewandt, zur beabsichtigten Übernahme durch den Kreis sowie zu dem beigelegten Brief von HNEE-Professor Pierre Ibisch Stellung zu nehmen. Antwort kam von Lutz Kupitz von der Fraktion LINKE/BAUERN/DIE PARTEI, in der er auf eine bereits am 22. Mai veröffentlichte Erklärung der Fraktionsvorsitzenden Steffi Schneemilch verwies.

»Der Kreis möchte die beiden Werke mit einer deutlichen Ausrichtung auf eine nachhaltige Strom- und Wärmeversorgung im Barnim in seine Null-Emissionsstrategie integrieren, das unterstützt die Fraktion der LINKEN/Bauern/Die Partei im Kreistag«, erklärt sie.

Schneemilch erwähnt die Möglichkeiten, die das Kraftwerk für die Wärmeversorgung von »bis zu 9.000 Haushalten« in Eberswalde und Umgebung haben könne, wofür »es aber auch noch umgebaut werden« müsse. Die Mieterinnen und Mieter könnten sich so »unabhängig von fossilen Brennstoffen machen und (seien) damit für diesen Teil nicht mehr globalen Playern in Versorgung und Preisgestaltung ausgeliefert«.

Die Fraktionsvorsitzende verweist darauf, daß das »Verbrennen von Holz« bundesrechtlich »als nachhaltig« gilt und auch die Grundlastfähigkeit ein wichtiges Kaufargument darstelle. »Langfristig sind aber dort auch andere Energiequellen zur Wärmeerzeugung rein technisch möglich«, so Schneemilch. Dies lasse vielleicht Kritiker der Holzverbrennung »positiv aufhorchen, auch wenn erstmal Holz im Fokus steht«.

Aber letztlich gehe es der Fraktion um die Mieterinnen und Mieter, die »nun ... an der Energiewende teilhaben« könnten. »Wirksame Kommunalpolitik organisiert so einen Ausgleich und Gerechtigkeit«, begründet Steffi Schneemilch die Zustimmung ihrer Fraktion.

Insbesondere in den Spitzenzeiten herrschen bereits jetzt erhebliche Defizite hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Knotenpunkte an der Wandlitzer Chaussee. Es kommt zu massiven Überlastungen mit langen Wartezeiten für alle Verkehrsteilnehmer. Immer häufiger entstehen auch Gefahrensituationen. Diese führen nicht selten zu Unfällen mit entsprechend schlimmen Folgen für die Verkehrsteilnehmer.

Und die Verkehrsbelastung wird noch zunehmen. Denn die laufende und geplante Errichtung neuer Gewerbegebiete, der Neubau von KAUF LAND in Rehberge sowie der Neubau

Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Barnim:

HoKaWe endlich für Fernwärme nutzen

Die Diskussion um und die Kritik an der Verbrennung von Holz zur Energiegewinnung, einschließlich des Briefes von Professor Pierre Ibisch sind uns bekannt. Beim Holzkraftwerk Eberswalde geht es aber aktuell nicht um die Frage, ob Holz verbrannt werden soll oder nicht. Das Kraftwerk existiert bereits (seit 19 Jahren!) und verbrennt Holz rein zur Stromerzeugung mit einem relativ geringen Wirkungsgrad von ca. 40 %. Die anfallende Prozeßwärme bleibt weitgehend ungenutzt. Wenn der Landkreis das HOKAWE nicht kauft, läuft es unter diesen Bedingungen privatwirtschaftlich weiter.

Der Kauf durch die Kreiswerke bietet hingegen die Chance, das Kraftwerk endlich in das Eberswalder Fernwärmenetz einzubinden und die entstehende Wärme sinnvoll zu nutzen. Damit wird die Holzverbrennung viel effektiver

(Wirkungsgrad ca. 70 %) und bei der Fernwärme kann fossiles Erdgas durch erneuerbare Energie ersetzt werden. Das ist ein großer Fortschritt im Sinne des Klimaschutzes und ein lange überfälliger Schritt für das Werk.

Für einen nachhaltigen Betrieb des HOKAWE ist die Art und die Herkunft des eingesetzten Holzes entscheidend. Natürlich sollen dort keine »wertvollen Altholzzstämme« verbrannt werden, sondern vorwiegend Rest- und Abfallholz aus der Region. Auch in diesem Punkt sehen wir Vorteile durch den Besitz des HOKAWE in öffentlicher Hand. So sind Synergien möglich sowie eine demokratische Kontrolle und Einflußnahme. Die Fraktion Grüne/B90 stimmt daher für den Erwerb des Kraftwerks.

THORSTEN KLEINTEICH,
Fraktionsgeschäftsführer

Wärmenutzung ist die zentrale Frage

Die Fraktion FDP/BFB/AWG im Kreistag Barnim hat sich in mehreren Sitzungen intensiv mit der geplanten Übernahme des Holzkraftwerks Eberswalde (HoKaWe) durch die Kreiswerke Barnim befaßt. In die Entscheidungsfindung sind zahlreiche Argumente aus Fachkreisen sowie Rückmeldungen aus der Zivilgesellschaft eingeflossen, darunter auch kritische Einschätzungen, zum Beispiel zur Nachhaltigkeit der Holzkraftnutzung, aber auch generell die Frage, ob die Kreiswerke der bessere Unternehmer sind als ein Privatunternehmer. Die Fraktion ist mehrheitlich der Auffassung, daß die zentrale Frage in dieser Angelegenheit nicht allein die grundsätzliche Bewertung der Holzkrafttechnologie ist, sondern uns geht es in erster Linie um die Frage der Nutzung der Wärme, die aktuell zu sehr großen Teilen ungenutzt in die Luft abgegeben wird.

Da das Holzkraftwerk unabhängig von einer Beteiligung der Kreiswerke aller Voraussicht nach in der aktuellen Form weiterbetrieben würde und damit die Wärme weiterhin ungenutzt bliebe, erscheint eine öffentliche Trägerschaft als die verantwortungsvollere Option, insbesondere im Hinblick auf die Wärmeversorgung der Kreisstadt. Damit kann das HoKaWe einen entscheidenden Beitrag für die kommunale Wärmeversorgung in Eberswalde leisten. Vor allem das Brandenburgische Viertel wird von der Wärmenutzung profitieren. Für Teile von Finow und von Nordend könnte es ebenfalls Vorteile bringen.

Vor diesem Hintergrund und nach Abwägung aller Vor- und Nachteile haben sich drei Mitglieder der Fraktion für eine Zustimmung zur Übernahme ausgesprochen. Ein Mitglied wird dagegen stimmen.

MARTIN HOECK

Verkehrs-Hotspot entschärfen

Die Auf- und Abfahrten zur Anschlußstelle Bernau-Nord und der Knotenpunkt der Wandlitzer Chaussee mit der Helmut-Schmidt-Allee werden auf Grund des höher werdenden Verkehrsaufkommens zusehends zu einem Verkehrshotspot.

einer Rettungswache und einer Wasserstoff-tankstelle an der Wandlitzer Chaussee werden den LKW- und PKW-Verkehr stark anwachsen lassen. Wegen dieser Entwicklungen fordern wir neue Lösungen bei der Kreuzungsgestaltung und haben einen entsprechenden Antrag in die Bernauer Stadtverordnetenversammlung eingebracht.

Bereits jetzt ist der nichtmotorisierte Individualverkehr aus Richtung Schmetzdorf wegen fehlender Fußgänger- bzw. Radanlagen stark eingeschränkt. Für die Zukunft muß sicherge-

stellt werden, daß die Knotenpunkte so strukturiert und dimensioniert werden, daß sie von allen Verkehrsteilnehmern, unabhängig von der jeweiligen Fortbewegungsart, sicher und zügig passiert werden können.

Im BERNAUER MOBILITÄTSKONZEPT 2030+ gibt es dazu Zielstellungen und Leitlinien. Alle Beteiligten und Verantwortlichen sind aufgefordert, zügig Lösungen zu finden und umzusetzen.

JAN BERNATZKI und THOMAS HANNUSCH,
BVB/Freie Wähler Bernau

Feuchttücher und »Hitze-Knigge«

Impressionen von der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung am 5. Juni

SIMONE BLUM, Einwohnerin aus Nordend, schilderte in einem bühnenreifen Stück ihre Erlebnisse mit einem verstopften Abwasserkanal vor ihrer Haustür und sprach den ZWA-Mitarbeitern ihren Dank aus, daß Eberswalde nicht an seinem Dreck erstickt. Frau MAYLAHN, direkt angesprochen, erklärte für das ZWA, Verstopfungen seien alltägliche Arbeit und besonders kritisierte sie die Feuchttücher, angeblich biologisch abbaubar, aber »natürlich nicht bis zur nächsten Pumpe«, die dann verstopft.

Eine Gruppe von jungen Leuten reagierte sehr emotional darauf, daß die AfD etwas gegen die Regenbogenfahne am Rathaus habe und eine Sprecherin hatte sogar das Ansinnen, den Stadtverordneten vorzuschreiben, wie sie darüber abstimmen sollen. Die hielten sich mehrheitlich an die Vorgabe.

Der Bürgermeister lehnte es ab, Blitzer 200 Meter vorher anzukündigen, denn er wolle die wirklichen Raser schnappen und »aus dem Verkehr« ziehen. Herr WEINGARDT (AfD) schlug das vor anhand positiver Erfahrungen aus dem Ausland.

Kämmerer BERENDT fabrizierte ein Zahlenfeuerwerk zur jüngsten Steuerschätzung und aviserte Mindereinnahmen schon für das

Jahr 2025 und darüber hinaus, was die Haushaltsplanungen beeinträchtigt. Von 140 Mio Euro Mindereinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen an die Kommunen des Landes Brandenburg gingen für 2025 allein 37 Mio auf das Konto der Flüchtlingsfinanzierung, so Herr Berendt.

Frau LEUSCHNER schlug vor, die zu erwartende Hitze doch mit einem gedruckten »Hitze-Knigge« zu bekämpfen, der 10.000-fach gedruckt wurde und beim Landkreis Barnim erhältlich ist. Als Beitrag zum Klimawandel.

Herr BANASKIEWICZ, Stadtverordneter, hielt die Situation im Bereich Heegermühler Straße zur Rushhour für nicht mehr hinnehmbar. Die benachbarten Ampeln am Kino und am Rewe würden sich »beißen« und produzierten Stau ohne Ende. GÖTZ HERRMANN informierte, die Polizei und der Landesbetrieb wüßten auch nicht, woran es liege, warum es jetzt schlechter geworden sei und eine Lösung werde gesucht.

Zum Abschluß brach der Bürgermeister eine Lanze für das bevorstehende Waldstadtfestival (Mitte Juni) und bat um Verzeihung, daß er das Hussitenfest in Bernau, zeitgleich stattfindend, für mittlerweile langweilig halte.

J.G.

Leichte Sprache

Eberswalde (bbp). Für die Stadtverordnetenversammlung am 10. Juli hat die Eberswalder Stadtfraktion SPD|BFB eine Beschlußvorlage eingereicht, »zu prüfen, inwiefern LEICHTE SPRACHE in der Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Eberswalde eingeführt werden kann«.

Dies umfasse insbesondere: die Erstellung und Bereitstellung verständlicherer Antragsformulare, zum Beispiel für Wohngeld sowie den verstärkten Einsatz von Piktogrammen auf Stadtplänen, Informationsmaterialien und Fahrplänen des öffentlichen Nahverkehrs. »Die Stadtverwaltung wird gebeten, mögliche Umsetzungsschritte vorzubereiten und über die Ergebnisse der Prüfung sowie konkrete Handlungsempfehlungen zeitnah zu berichten.«

Die Einführung von LEICHTER SPRACHE in Verwaltungsangelegenheiten sei ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Barrierefreiheit. »Eine barrierearme Kommunikation ermöglicht es, allen Bürgerinnen und Bürgern – insbesondere Menschen mit kognitiven Einschränkungen, geringen Deutschkenntnissen oder Lernschwierigkeiten – gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und Verwaltungsleistungen selbstständig in Anspruch zu nehmen. Ein niederschwelliger Zugang zu Informationen und Dienstleistungen ist Voraussetzung für eine inklusive Stadtgesellschaft.«

Die Fraktion verweist auf erfolgreiche Beispiele aus anderen Kommunen, die »zeigen, daß eine Umsetzung realistisch und wirksam ist: So stellt die Stadt Hannover bereits verständliche Informationen und Formulare zu Themen wie Wohngeld oder Gesundheit in Leichter Sprache bereit. In Köln werden Mitarbeitende der Verwaltung entsprechend geschult, und es gibt eigene Seiten in Leichter Sprache etwa zu Wahlen oder dem Nahverkehr. Auch das Bundesland Schleswig-Holstein hat 2021 einen offiziellen Leitfaden für Leichte Sprache in der Landesverwaltung eingeführt. Diese Beispiele belegen, daß es praktikable Wege für eine kommunale Umsetzung gibt.«

Die Fraktion regt zudem die Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat und örtlichen Einrichtungen an, »um betroffene Gruppen aktiv in die Gestaltung einzubeziehen«. Um ein Beispiel zu geben, hat die Fraktion ihre Beschlußvorlage parallel in LEICHTER SPRACHE vorgelegt.

Parkchaos in Bernau

Anwohner warten seit 166 Tagen – Stadtverwaltung schweigt

Die Nerven der Anwohner in der Rollenhagen- und Hermann-Duncker-Straße in Bernau liegen blank. Seit 2021 der wilde Parkplatz am Krankenhaus geschlossen wurde, herrscht hier Dauerstau – Krankenhausbesucher, Pendler und Fremdparker blockieren Tag für Tag die Wohnstraßen.

Zigaretten kosten Geld. Parkgebühren auch. Manches Kleinkind wird lieber auf dem Arm den langen Weg zur Klinik getragen, als auch nur einen Euro fürs Parkhaus nebenan zu zahlen. Das weinende Kind? Egal!

Die Stadtverwaltung? Hatte im Dezember 2024 eine Prüfung angekündigt – seitdem: Funkstille. Fünf Monate und 14 Tage später wartet man immer noch auf eine Entscheidung.

Im Herbst gab es für kurze Zeit ein absolutes Parkverbot, das Ruhe ins Wohnviertel brachte. Angeblich rebellierten Anwohner dagegen, so die schwammigen Aussagen.

Während in Nachbarstraßen längst Poller aufgestellt sind, bleibt das in der Rollenhagenstraße und ihren schützenswerten 130 Jahre alten Linden ungeschehen. »Offenbar sollen wir Anwohner selbst die Grünflächen verteidigen«, schimpft ein Betroffener. Lärm, Dreck

und Dauerparkerei inklusive. Zigarettenkippen selbstverständlich auch.

Jede davon ein Giftcocktail: verseucht bis zu 60 Liter Grundwasser und wird zu Mikroplaste. Die Stadtverwaltung? Guckt weg.

Interessiert das jemanden?

Ja, die Anwohner – zumindest jene, die ihr Leben lang mit den uralten Linden leben. Doch wer braucht schon Bäume, Sauerstoff oder Schatten, wenn Hitzetage kommen?

Die Krönung: Bei Starkregen droht das provisorisch aufgeschüttete Bankett Richtung Kanalisation zu rutschen – Überflutung am Schwanenteich inklusive, wie schon 2011 und 2019. Die Presse berichtete.

Die Geduld der Anwohner ist am Ende. Verbindliche Antwort vom Ordnungsamt? Bis Redaktionsschluß keine.

FRANK N. LÖWENHERZ

Frieden · Frieden · Frieden · Frieden · Frieden · Frieden · Frieden
Frieden · Frieden · Frieden · Frieden · Frieden · Frieden · Frieden
Frieden · Frieden · Frieden · Frieden · Frieden · Frieden · Frieden
Frieden · Frieden · Frieden · Frieden · Frieden · Frieden · Frieden
Frieden · Frieden · Frieden · Frieden · Frieden · Frieden · Frieden

Finale Wolf-Lesung

Die Veranstaltungsreihe »Eine deutsche Familie – Friedrich, Konrad und Markus Wolf« des Urania Barnim e.V. schließt mit einer Folge zu Markus Wolf am 26. Juni, um 17.30 Uhr.

Themen sind die problematischen Folgen bundesdeutscher Klassenjustiz für Markus Wolf und seine Aktivitäten in den 90er Jahren. Kursleiter ist Dr. rer. pol. Dieter Korczak, Veranstaltungsort: Club 23, Breitscheidstraße 43b in 16321 Bernau. Der Eintritt kostet 3 €, ermäßigt 2 €. Zur Sicherstellung einer passenden Raumplanung ist Anmeldung erbeten unter ogy.de/65sd oder telefonisch donnerstags von 10 bis 13 Uhr unter 03338/5719.

Markus Wolf ist der zwei Jahre ältere Bruder von Konrad Wolf. Er emigriert 1933 mit seiner Familie zuerst nach Frankreich und in die Schweiz, dann in die Sowjetunion. Dort arbeitet er von 1943 bis 1945 am Moskauer *Deutschen Volkssender*. Nach dem Krieg ist er Mitarbeiter beim *Berliner Rundfunk* und Berichterstatter vom Kriegsverbrecherprozeß in Nürnberg.

Seit 1955 ist er Chef der Hauptverwaltung Aufklärung im Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Er galt lange als der Mann ohne Gesicht, da kein Foto von ihm in der Öffentlichkeit existierte. Er realisierte im Auftrag und im Gedenken an seinen Bruder Konrad dessen Filmidee über die Geschichte dreier Jungen, die in Moskau Freunde wurden: »Die Troika«. Danach schreibt er weitere Bücher, über die auch gesprochen werden wird.

DIETER KORCZAK

KITA-Träger wechselt

Bernau übernimmt Kita Melodie

Bernau (prest-ber/bbp). Wie die Stadtverwaltung Bernau mitteilt, geht zum 1. Juli die bislang von der Volkssolidarität Barnim (VS) betriebene KITA MELODIE im Planetenviertel Bernau-Süd in städtische Trägerschaft über.

Betroffen sind 14 Beschäftigte und 61 Kita-Kinder. Besonderheit dieser KITA ist die betonte musikalische Früherziehung. Daran will YVONNE DANKERT-SCHMIDT, Bernauer Dezernentin für Schul-, Kultur- und Jugendangelegenheiten, anknüpfen. Bestehende Kitaverträge werden von der Stadt übernommen, sofern die Eltern der Datenübermittlung zustimmen.

Zur Historie der Volkssolidarität teilte das Dezernat keine Einzelheiten mit. Bekannt ist, daß sich die VS Barnim seit einiger Zeit in einem Insolvenzverfahren befindet. Die VS habe den Trägerwechsel gewünscht und »diesem Wunsch verschließen wir uns nicht, zumal sich die Kita in einem städtischen Objekt befindet. Die Mitarbeitenden der Kita Melodie werden ab vollzogenem Wechsel als städtische Mitarbeitende nach dem TVÖD bezahlt.«

Droht Bernau eine Polleritis?

Ein Zwischenbericht aus dem nunmehr pollerumstellten Rutenfeld

Bernau (bbp-ber). Im Zuge der problematischen Verkehrs- und Parkraumsituation im Bereich Rutenfeld nördlich der Jahnstraße hat die Stadt Bernau in der gesamten Tobias-Seiler-Straße, einem Teil der 30-km/h-Zone, verkehrsraumbegrenzende Straßenpoller aufstellen lassen. Die gut einen Meter hohen, robust wirkenden Bauteile sperren mehr oder weniger zuverlässig sowohl Bankette, Rigolen und auch Zufahrten zu Grundstücken gegen Überfahung, Beparkung und andere mißbräuchliche Nutzung.

Diese urbane Lösung entspringt einer Lösung für befestigte Wege, kann aber auch woanders angewendet werden. Bernau hat nun eine Attraktion mehr und vermehrt diese »Bepflanzungen« in großer Anzahl. Die Aufstellung zog sich im Wohngebiet, vermutlich bestritten aus laufenden Haushaltsmitteln, seit 2024 bis heute hin, ohne daß für Außenstehende ein konkreter Plan erkennbar wäre, nach welchen Maßstäben und mit welchen Regeln oder Ausbauzielen hier eigentlich verfahren wird. Selbst den Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung, die sonst auf jeden Taler gucken, scheint es egal zu sein – uns liegen zumindest keine Informationen über dementsprechende Anfragen zu dieser um sich greifenden Art von Steuergeldverbauung vor.

Im April nun wurden vom Regen ausgespülte Bankette im untersten Abschnitt der Rollenhagenstraße mit Sand befüllt, welche die Fahrzeughalter beim Beparken vor und hinter den Straßenbäumen gefährden könnten. Danach hat das Bernauer Amt Straßenpoller beidseitig in der Hermann-Dunker-Straße aufgestellt, einer sehr schmalen Anliegerstraße mit Spielstraßenstatus, die weder Gehweg noch eine Baumreihe aufweist, und in der sich nicht einmal zwei Fahrzeuge auf dem Asphalt begegnen können, ohne daß die Autos auf Seitenflächen außerhalb der Straße ausweichen würden. Vor dieser Misere beantragte die Stadt auch ursprünglich ein auf Wochentage beschränktes eingeschränktes Halteverbot tagsüber, welches die genehmigende untere Verkehrsbehörde (UVB) des Landkreises nach wenigen Wochen gleich wieder zurücknahm. Die dramaturgische Lösung hieß nun, eine ausgewogene Kombination von Parkflächen und Parkverbotsflächen auszuformulieren. Passiert ist nichts.

Nun zieren Poller den westlichen Abschnitt, sogar mit einem Schlenker in die Rollenhagenstraße hinein in einem Abschnitt, der sich zum Parken gar nicht etabliert hatte. Eine Randvergoldung? Wird die zeitlich immer wieder unterbrochene Taktung für einen Grünstreifenschutz mit Pollern auf



Foto: THOMAS TOBLER

Am 15. Mai stellte das Tiefbauamt neue Poller auf, diesmal sogar vor Grundstücken, die vom Zuparken gar nicht betroffen sind. Die Parkreihe im Bild steht seit 2021 auf der anderen Seite.

alle betroffenen Seitenflächen betroffener Straßen des Viertels wie in der Tobias-Seiler-Straße ausgeweitet? Festzuhalten wäre, daß sich seit der Pollermontage in der Tobias-Seiler-Straße die Kreuzungshalte der Elterntaxis einfach auf andere Kreuzungen verlagerten.

Doch das allein wäre nur ein kleines Übel. Zusammen mit der bereits seit 2021 im Kontext stehenden ausufernden Parkplatzproblematik sollte man eine durchdachte Handlungsweise voraussetzen. Die Stadtverwaltung teilt auf Anfrage dazu mit: »Die beteiligten Behörden stimmen sich bezüglich eines zukünftigen Parkkonzeptes für den Bereich ab, um den Belangen der Anwohner, der Fahrzeugführer und des Straßengrüns gerecht zu werden.« Die Stadtverwaltung geht mit keinem Wort auf die Poller als Teil der Maßnahme ein. Es liegt also kein konzeptionelles Vorgehen vor.

Wie jeder sieht, agieren in diesem Spiel mehrere Akteure nach Gutdünken. Selbst Bürgermeister André Stahl war in seinem Bericht an die Stadtverordneten im März schon wesentlich deutlicher. Er kündigte auf Anfrage eine spezielle und von der UVB eingeforderte Präzisierung des Antrags zur Parkraumbewirtschaftung des Viertels an. Diese war bereits seit November 2024 in Arbeit und im März kurz vor Einreichung bei der UVB.

Aber auch von der in der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen durchgehenden 30-km/h-Zone auf der Sachtelebenstraße ist noch nichts zu sehen. Mit den allseits fehlenden Verkehrslenkungsmaßnahmen wird sich der am 6. Juni freigegebene Ausbau der L30 (August-Bebel-Straße bis Jahnstraße) um so schlimmer auf das Verkehrsmilieu im genannten Bereich auswirken. Da sich nun wieder ein ungehinderter Zustrom von Innenstadt-Parkplatzsuchern inklusive des illegalen kleinen Durchgangsverkehrs nach Ladeburg wieder einstellen dürfte, wie es vor Jahren war, wird sich das Problemgemenge nur verschlimmern, aber nicht lösen.

Die Linke und der Verfassungsschutz

Potsdam (bbp). Im Mai trat die brandenburgische Innenministerin KATRIN LANGE (SPD) von ihrem Amt zurück. Ihr wurde zum Vorwurf gemacht, daß sie den Leiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes (VS) JÖRG MÜLLER entlassen habe. Als Anlaß für die Entlassung nannte die Ex-Ministerin, daß dieser sie angeblich zu spät darüber informiert habe, daß der Verfassungsschutz den Landesverband der AfD Brandenburg als »gesichert rechtsextrem« hochgestuft habe.

Tatsächlich standen offensichtlich grundsätzlichere Differenzen hinter der Entlassung. In Langes Erklärung zu ihrem Rücktritt betont sie: »Ich bin schon seit einiger Zeit der Auffassung, daß Anlaß besteht, Form und Inhalt der Auseinandersetzung mit der AfD kritisch zu überdenken. Und zwar deshalb, weil sie erfolglos ist. Ich bin nicht für einen weichen Umgang mit der AfD, sondern für einen besseren und wirksameren; für so einen, der die AfD endlich einmal kleiner macht statt immer größer. Ich glaube: Politische Herausforderungen sollten in einer Demokratie in erster Linie politisch beantwortet werden.«

Bejubelt wurde Langes Rücktritt vor allem von der CDU und den Grünen. Letztere hatten es zur Wahl 2024 nicht mehr in den Landtag geschafft. Aber auch andere Gruppierungen, die nicht mehr im Landtag vertreten sind, begrüßten den Rücktritt der SPD-Politikerin. So halten BVB/Freie Wähler Langes Rücktritt für »überfällig und alternativlos«, während sie zugleich den entlassenen Verfassungsschützer in höchsten Tönen loben und dessen Wiedereinsetzung wünschen.

Während bei den Freien Wählern deren Begeisterung für den Inlandsgeheimdienst nicht überrascht, könne man sich über die Linkspartei gemeinsam mit der Zurückgetretenen nur wundern. Lange schreibt: »Ausgerechnet die Partei, die den Verfassungsschutz abschaffen will, schwärmt jetzt plötzlich von der Behörde, die unsere Verfassung und damit die Demokratie schützen soll! Das nenne ich verlogen.«

Tatsächlich hat der Landesvorsitzende SEBASTIAN WALTER der nicht mehr im Landtag vertretenen Linken den Ministerpräsidenten von Brandenburg WOIDKE aufgefordert, sich öffentlich beim ehemaligen VS-Chef Müller zu entschuldigen. Mittlerweile stimmt Walter sogar in den Chor von Grünen, CDU und BVB/Freien Wählern ein, die fordern, Müller wieder in sein altes Amt einzusetzen.

»Ob Walter wirklich denkt, daß seine Partei die Rückkehr in den Landtag von Brandenburg mit besonders viel Opportunismus schafft?«, fragt da PETER NOWAK im Overton-Magazin*. »Gibt es noch Mitglieder, die Walter an die Beschlußlage der Linkspartei nicht nur in Brandenburg, sondern auch im Bund erinnern? Dort wird die Abschaffung all dieser Dienste gefordert. Und jetzt stellt sich der Vorsitzende der in dem Bundesland außerparlamentarischen Partei hinter den Verfassungsschutz im Konflikt mit einer Politikerin. Damit verteidigt er die Interessen eines von niemand gewählten Fremdkörpers in einer Demokratie, der nicht reformiert, sondern aufgelöst gehört.«

Katrin Lange war bisher nicht besonders als Kritikerin des gesamtdeutschen Verfassungsschutzes bekannt. Doch wäre sie gerade darin zu unterstützen, daß sie den VS der Politik unterordnen wollte, so Nowak. »Sie wollte ihn weder auflösen noch verkleinern. Und sie spricht sich lediglich dagegen aus, daß diese Ämter anstelle der Wählerinnen und Wähler Parteien bewerten, was eigentlich ein bürgerlich-demokratischer Mindeststandard ist.«

Die Ex-Ministerin sei »in vielen anderen Fragen ... zu kritisieren und es ist verständlich, daß viele ihren Rücktritt begrüßen. Dazu gehören Menschen, die sich für die Rechte von Geflüchteten einsetzen.« Sie wollte die AfD »eindämmen«, indem sie deren Positionen übernimmt. Nowak fragt sich, ob Lange sich wohl »ebenso kritisch gegen Geheimdienste geäußert hätte, wenn diese gegen Linke vorgegangen wären«.

* <https://overton-magazin.de/top-story/wenn-linke-plötzlich-den-verfassungsschutz-lieben/>

10-Minuten-Takt der S-Bahnlinie S2

Bernau (bbp). Das Thema 10-Minuten-Takt der Bernauer S-Bahn ist seit langem ein Thema. Aktuell haben die Fraktionen von BVB/Freie Wähler und CDU/FDP in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung einen neuen Vorstoß unternommen. Die Landesregierung soll aufgefordert werden, die Priorisierung dieser Linie fortzuführen.

Angesichts der massiv zunehmenden Bevölkerung im südlichen Barnim sei der Bedarf unstreitig gegeben. Allein die beiden Anrainerorte mit ihren vier Bahnhöfen bzw. Haltepunkten verfügen über rund 70.000 Einwohner. Hinzu kommen die umliegenden Ge-

meinden, die den unmittelbaren Einzugsbereich auf etwa 100.000 Einwohner anwachsen lassen. Aufgrund der zunehmenden baulichen Verdichtung und der damit einhergehenden verkehrlichen Anspannung erfolgt eine immer stärkere Nutzung des ÖPNV. Von Nachteil seien auch die ständigen Verspätungen oder langwierigen Ausfälle im Regionalverkehr der Bahn, was für die Pendler zusätzliche Belastungen mit sich bringe. Vor rund einem Jahr verkündete der damalige Verkehrsminister, daß die Planungen für den 10-Minuten-Takt beschleunigt worden seien. Die neue Landesregierung müsse daran anknüpfen.

Zierke lobt den Koalitionsvertrag: Ein »starkes Signal«

Die SPD arbeitet dafür, das Leben für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland einfacher und gerechter zu machen. Leistung und Anstrengung müssen sich dabei auszahlen. Egal ob im Beruf, in der Familie, bei der Integration oder im Ehrenamt. Dann wächst auch wieder Vertrauen in unsere Demokratie.

Mit dem historischen Finanzpaket für Sicherheit und dem 500 Milliarden Euro Sondervermögen für Infrastruktur ist die entscheidende Basis dafür geschaffen, unser Land systematisch zu modernisieren. Jetzt geht es darum, die zusätzlichen finanziellen Mittel für Investitionen und Klimaneutralität so einzusetzen, daß sie unserem Land und den Bürgerinnen und Bürgern dienen. Bauen, sanieren, vorankommen ist jetzt das Gebot der Stunde.

Besonders wichtig für den ländlichen Raum und Ostdeutschland sind aus meiner Sicht:

Die Unterstützung für strukturschwache Regionen wird fortgeführt. Damit schaffen wir sichere Jobs vor Ort – auch durch Investitionen in (Binnen-)Häfen, Forschung, erneuerbare Energien und die Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro.

Verfahren werden vereinfacht und die Bürokratiekosten werden für Wirtschaft und Bürger deutlich gesenkt. Das entlastet Unternehmen und beschleunigt wichtige Projekte für alle in Brandenburg.

Die Agrardieselerückvergütung wird wieder eingeführt, und die Doppel- und Mehrfachnutzung von Ackerflächen schafft Entlastung für die Landwirte. Unsere Landwirtschaft trägt massiv zum Wohlstand unserer Region bei. Das erkennen wir auch durch die Verlängerung der Regelungen für Saisonarbeiter auf 90 Tage an!

Ab dem 1. Januar 2026 steigt die Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer auf 38 Cent, und das Deutschlandticket bleibt erhalten. Außerdem wird die Verkehrsanbindung nach Polen zügig ausgebaut. Gerade für unsere Pendler im Barnim und in der Uckermark ist das ein wichtiger Beitrag und sichert Arbeitsplätze.

In den kommenden Jahren wird massiv in die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum investiert, und die Kommunen werden bei der Finanzierung der Krankenhäuser bis zum Inkrafttreten der Krankenhausreform unterstützt.

STEFAN ZIERKE, MdB (SPD)



Fischer für alles

Eberswalde (bbp). Kurt Fischer gehört seit 2024 dem Landtag Brandenburg an. Er wurde über die Landesliste der SPD gewählt. Im Wahlkreis Eberswalde, Schorfheide und Joachimsthal unterlag er als Direktkandidat – wie viele andere im Land – dem AfD-Bewerber. Schon vor der jüngsten Kommunalwahl rückte er in die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde nach. Inzwischen leitet er dort den Ausschuß für Wirtschaft, Finanzen und Bürgerdienste.

Auf Parteiebene ist er Vorsitzender der SPD Barnim und Generalsekretär der SPD Brandenburg. Zudem fungiert er in *»unserer örtlichen Arbeiterwohlfahrt (AWO)«* als stellvertretender Vorsitzender. Vom arbeits- und zeitaufwendigen Ehrenamt als Kreistagsabgeordneter trat er Ende März zurück.

Anfang Juni verbreitete Fischer eine Pressemitteilung der SPD Brandenburg, in der darüber informiert wird, daß der Jungpolitiker bereits im April auf Vorschlag des Brandenburgischen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke als Beisitzer für den SPD-Parteivorstand nominiert wurde, der auf dem vom 27. – 29. Juni stattfindenden SPD-Bundesparteitag neu gewählt wird.

Kurt Fischer kann auf langjährige Politikere Erfahrungen zurückgreifen. Seit seinem Schulabschluß sammelte er selbige als Mitarbeiter des SPD-Bundestagsabgeordneten Stefan Zierke in dessen Wahlkreisbüro in Eberswalde. Im Unterschied zu anderen Jungpolitikerinnen und Jungpolitikern konnte Fischer sein Studium der Volkswirtschaft und Politikwissenschaft erfolgreich abschließen.

Innerparteilich steht Kurt Fischer übrigens wie sein einstiger Chef Zierke dem sogenannten *»Seeheimer Kreis«* nahe, der als *»rechter oder konservativer Flügel der SPD«* gilt.

Politik ohne Filter

Potsdam (bsw). *»Politik ohne Filter«* heißt der neue Podcast der BSW-Fraktion im Landtag Brandenburg! *»Der Podcast gibt exklusive Einblicke, woran unsere Abgeordneten arbeiten und welche Entscheidungen in der Regierung anstehen«*, heißt es in der Mitteilung.

In der aktuellen Folge interviewt DIETMAR RINGEL den BSW-Abgeordneten ANDREAS KUTSCHE zu den Themen 15 Euro Mindestlohn, Tariftruegesetz und armutsfeste Renten. Die BSW-Abgeordnete Dr. JOULEEN GRUHN spricht über die Zukunft und Finanzierung der Krankenhäuser in Brandenburg (open.spotify.com/episode/4sP3DktAvEz08IIvbgQG1).

In der Pilotausgabe vom April hatte ROBERT CRUMBACH, Finanzminister und BSW-Abgeordneter, knifflige Fragen des Haushalts beantwortet. Zu Gast war auch der Musiker JOACHIM WITTE, BSW-Mitglied der ersten Stunde. Absolut

Schwarzbuch Corona jetzt online

Potsdam (bbp). *»Das BSW setzt sich für die Corona-Aufarbeitung ein«*, heißt es in einer vom Brandenburger BSW verbreiteten Mitteilung. Die ehemalige BSW-Bundestagsabgeordnete Jessica Tatti habe in einem Gastbeitrag bei den NachDenkSeiten auf die schwerwiegenden gesundheitlichen und gesellschaftlichen Folgen der Corona-Impfkampagne hingewiesen. In den Landtagen Sachsen, Brandenburg und Thüringen, so die Mitteilung, gehen die Abgeordneten der Partei Fehlern der Corona-Maßnahmen nach.

Parallel dazu ist Anfang Juni das Corona-Schwarzbuch erschienen. Der Berliner BSW-Abgeordnete Dr. ALEXANDER KING dokumentiert darin, unterstützt durch eine Corona-Arbeitsgruppe beim BSW Berlin und medizinische Fachleute, die politischen Versäumnisse

der Pandemiezeit – sachlich, kritisch und faktenbasiert.

Standen die Krankenhäuser in Berlin während der Pandemie vor der Gefahr *»überzulaufen«* und war deshalb die teure Errichtung des Behandlungszentrums in der Berliner Messe notwendig?

Gab es das vielbeschworene *»exponentielle Wachstum«* der Fallzahlen wirklich?

Während andere Parteien die Aufarbeitung verweigern, setze sich das BSW für Aufklärung ein: wegen der vielen Betroffenen mit Impfschäden, wirtschaftlichen Verlusten oder sozialer Ausgrenzung. *»Wir wollen unser Gesundheitssystem stärken, Freiheitsrechte sichern – und die demokratische Diskussionskultur in unserem Land wiederbeleben«*, heißt es in der Mitteilung abschließend.

Musikförderung im Barnim



Eberswalde (bbp). Auch im Kreistag arbeiten die Fraktionen von CDU und BVB/Free Wähler zusammen. Im Juni kam ein gemeinsamer Antrag zur Ausweitung der kreislichen Musikförderung auf die Tagesordnung.

Zum einen schlagen die Fraktionen vor, den Zuschuß für das BRANDENBURGISCHE KONZERTORCHESTER EBERSWALDE dauerhaft festzuschreiben. Hierzu sollen die aktuell gewährten Mittel die Basis bilden und jährlich entsprechend der Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst angepasst werden. Der Bedarf liegt auf der Hand: Das Orchester feiert in diesem Jahr sein 80-jähriges Bestehen und begeistert mit 120 bis 140 Veranstaltungen pro Jahr Menschen in ganz Brandenburg und darüber hinaus. Nur eine auskömmliche Finanzierung kann die Einzigartigkeit und Stimmenvielfalt dieses Orchesters erhalten. Hierzu braucht es eine langfristige Grundlage, die den Musikern Planungssicherheit verschafft.

»Das Orchester begeistert unzählige Menschen und ist ein Aushängeschild unserer Region«, betont der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Sauer. *»Es gilt, Kultur und Tradition zu bewahren und angemessen zu fördern. Genau dem dient dieser Antrag.«*

Zum anderen sollen die Mittel für die NEUE MUSIKSCHULE BARNIM, die seit zwei Jahren eine Förderung erhält, verstetigt werden. Diese ist – wie die Kreismusikschule – eine staatlich anerkannte Musikschule, die entsprechend den gesetzlichen Kriterien geprüft und zertifiziert wird. Der Bedarf sei gerade in der jüngeren Vergangenheit gewachsen, was auch an den gestiegenen Schülerzahlen (2022: 720, 2025: 780) ablesbar sei. Derzeit muß die kreisliche Förderung von Jahr zu Jahr neu im Kreistag beschlossen werden. Um eine klare Perspektive zu eröffnen, sollen die Mittel nun dauerhaft mit 12 % der Gesamtkosten festgeschrieben werden. Dadurch sollen Musiklehrerhonorare gezahlt und Elternbeiträge niedrig gehalten werden. *»Wir wollen dem Bedarf der Eltern und Schüler gerecht werden und die Musiklehrer stärker unterstützen«*, sagt Péter Vida, der im Kreistag die Fraktion BVB/Free Wähler anführt. Die Musiklehrer *»leisten eine wertvolle Arbeit, die wir auf stabilere Füße stellen wollen«*.

Die Einreicher hoffen auf eine klare Mehrheit für beide Anträge bei der anstehenden Kreistagsitzung am 18. Juni (nach Redaktionsschluß).

Einzelhandel in Eberswalde:

Ungeordnete Entwicklungen

Eberswalde (bbp). Während die Vorlage zum Aufstellungsbeschluß eines extra-Bebauungsplans für das Gebäude des Einrichtungsmarktes FRICK in der Eberswalder Straße 20 unverändert erneut auf die Tagesordnung der Stadtverordneten kam, nutzte KAREN OEHLER von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Gelegenheit zu einer Anfrage. Denn dieser B-Plan dient ausdrücklich dem Zweck, das geltende Einzelhandels-Zentrenkonzept (EZK) zu umgehen.

Das EKZ hatten die Stadtverordneten 2011 beschlossen, »um einer ungeordneten Entwicklung des Einzelhandels in Eberswalde wirksam zu begegnen«, wie Karen Oehler darlegte. Mit dem Beschluß des Bebauungsplanes Nr. 1 »Strategische Steuerung des Einzelhandels« wurde dies damals in eine rechtlich sichere Form überführt. »Seither haben sich die Rahmenbedingungen für den Handel deutlich geändert. Der immer mehr zunehmende Internet-handel wurde in den vergangenen Jahren zu einer großen Herausforderung, insbesondere für innerstädtische Standorte. Die Auswirkungen, Herausforderungen und ein sich aus dieser Entwicklung ergebender Handlungsbedarf wurden bis heute nicht analysiert und es erfolgte keine Anpassung.«

Bereits Mitte 2024 habe der Stadtverordnetenversammlung die Beschlußvorlage zur Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes zur Errichtung eines Norma-Marktes an der Angermünder Straße vorgelegen. Aktuell folgte die geplante Sortimentsänderung für den FRICK-Einrichtungsmarkt. »Beide Vorhaben stehen im Widerspruch zu den sechs Grundsätzen, die das EZK formuliert:

– Der zentrale Einzelhandel soll grundsätzlich in den zentralen Versorgungsbereichen konzentriert werden.

– Betriebe der Nahversorgung können auch außerhalb der zentralen Versorgungsbereiche zugelassen werden.

– Der großflächige Einzelhandel muß durch Planung an verträgliche Standorte gelenkt werden.

– Zentrenrelevante Randsortimente sind zulässig.

– Einzelhandel in Verbindung mit Gewerbebetrieben kann zulässig sein.

– Leerstand soll verhindert werden.

Die beabsichtigte Sortimentsänderung für den Standort Frick ist nur durch ein Bebauungsplan-Verfahren möglich, da das neue Sortiment durch das EZK an diesem Standort ausgeschlossen ist.«

Vor diesem Hintergrund bat die Fraktion um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wurden der Verwaltung Unterlagen vorgelegt, die Bemühungen des Vermieters zur Suche nach einem neuen Mieter mit einem EZK-verträglichen Sortiment belegen?

2. Reicht das Argument 'Leerstand soll verhindert werden', um über ein B-Plan-Verfahren ein zentrenrelevantes Sortiment am Standort Spechthausener Straße zuzulassen?

3. Welche Signalwirkung ist durch eine Zulassung eines zentrenrelevanten Sortiments am Standort Spechthausener Straße für andere, heute brachliegende Flächen in unmittelbarer Nähe (z.B. Fläche Wohnorama) denkbar?

Vermieterinteressen durchgesetzt

Eberswalde (bbp). Bebauungsplan Nr. 503 »Eberswalder Straße 20« wurde unverändert erneut eingereicht und am 5. Juni von den Stadtverordneten mehrheitlich beschlossen.

Zuvor kamen zur FRICK-Problematik neue Einzelheiten in die Öffentlichkeit. In einem Schreiben an die Stadtverwaltung sollen die Vermieter darauf verwiesen haben, daß sie für eine Fortsetzung des Mietverhältnisses wenigstens die ursprünglichen Mietpreise geltend machen, die seit 2022 aufgrund der Folgen und Spätfolgen der Corona-Maßnahmen stark gesenkt wurden. Dies habe Rainer Hunsicker von der RH Home-Style GmbH, die die FRICK-Märkte betreibt, als nicht machbar abgelehnt. Sofern es zu keiner Übereinkunft kommt, endet somit das Mietverhältnis zum 30. November 2025. Nach den Vertragsbedingungen läuft der im August 2015 abgeschlossene Mietvertrag nach zehn Jahren aus und kann mit monatlicher Kündigungsfrist beendet werden.

Der avisierte neue Betreiber Action soll angeboten haben, die Beschäftigten von Tepich FRICK zu übernehmen und will zudem weiteres Personal einstellen. Ob zu gleichen Konditionen, wurde nicht gesagt. Klar ist, daß ein Sonderpostenmarkt nicht das qualifizierte Personal eines Raumausstatters braucht.

Das Einzelhandels-Zentrenkonzept wurde bereits bei früheren Ansiedlungen per Sonderregelung ausgehebelt, wie beispielsweise beim Norma-Markt in Finow. Ähnliches könne für die Rathauspassagen gelten, wo das City-Kaufhaus aufgrund erhöhter Mietforderungen vor dem Aus steht.

All diese wichtigen Hintergrundinformationen behielt die Stadtverwaltung für sich, als sie von den Stadtverordneten im April erstmals die Aufstellung eines besonderen Bebauungsplans für den FRICK-Markt begehrte. Die hauptamtlichen Wirtschaftsförderer in der Stadtverwaltung wurden anscheinend nicht beteiligt.

Gesundheit als Ware?

Neue Hürden für Volksinitiativen

Potsdam/Bernau (bbp). Das Verfahren zur Volksinitiative »Gesundheit ist keine Ware: Krankenhäuser und Praxen retten!« ging am 23. Mai mit einem für die Kläger enttäuschenden Urteil zu Ende. Das Landesverfassungsgericht kam zu dem Ergebnis, daß die Volksinitiative unzulässig sei.

Im Jahr 2024 hatte BVB/Freie Wähler über 26.000 Unterschriften für eine Volksinitiative zum Erhalt der Krankenhäuser, für mehr Landärztestipendien, eine bessere Unterstützung von Arztpraxen und die Übernahme der Ausbildungskosten für Praxisschwestern beim Landtag eingereicht. Dieser erklärte sie für unzulässig, unter anderem mit der Begründung, daß sie eine Verfälschung oder gar Manipulation des Volkswillens darstellen könne.

Das Landesverfassungsgericht bestätigte nun diese Auffassung. Die Volksinitiative verstoße gegen das (ungeschriebene) Kopplungsverbot. Demnach hätte es für die vier Forderungspunkte der Volksinitiative vier getrennte Unterschriftenlisten bedurft, weil nicht auszuschließen sei, daß ein Bürger, der die Volksinitiative unterschreibt, nur 3 der 4 Punkte unterstützt.

Zudem soll es nicht zulässig sein, Vorlagen einzubringen, die den Landtag zu einem gesetzgeberischen Handeln auffordern. Für bisherige Volksinitiativen spielte das keine Rolle. Péter Vida, Landesvorsitzender von BVB/FW stellte fest: »Damit hat das Landesverfassungsgericht neue Hürden für Volksinitiativen aufgestellt, die es bisher in keinem Urteil des Gerichts gegeben hat. Das ist nicht nur ein Schlag gegen diese Volksinitiative, sondern entkernt das Mittel direktdemokratischer Bürgerbeteiligung in besorgniserregender Weise.

Die Leidtragenden des heutigen Tages sind nicht wir, die die Unterschriften gesammelt haben. Sondern die vielen Ärzte, Krankenschwestern, Pfleger und Patienten, die darauf gehofft haben, daß sie für ihre wichtige und anstrengende Arbeit mehr Anerkennung und Unterstützung erhalten. Die Annahme, die Bürger wüßten nicht, was sie unterschreiben und was das bewirkt, ist anmaßend und demokratisch untragbar.«

Die Initiatoren danken ausdrücklich den vielen fleißigen, ehrenamtlichen Unterschriftensammler, die erneut binnen weniger Monate weit mehr als die erforderlichen 20.000 Unterschriften gesammelt hatten. Sie seien Zeugen dafür, daß die Unterschriftswilligen »sehr wohl die gesamte Volksinitiative unterstützen wollten und dies aus vollem Herzen«.

Die Wählerversammlung BVB/Freie Wähler will »nun über die kommunale Ebene alles dafür tun, sämtliche kreisliche Krankenhäuser zu erhalten und entsprechend politische Schwerpunkte setzen«.

Der Camping-Präsident

Es ist mir eine wirklich große Ehre, daß ich einstimmig als Präsident des Landesverbandes Brandenburg des Bundesverbandes der Campingwirtschaft in Deutschland (BVCD Land Brandenburg) bei der Mitgliederversammlung in Potsdam gewählt wurde. In Nachfolge von Mike Bischoff, der den Verband jahrzehntelang erfolgreich geführt hat, darf ich als »Jungspund« den Brandenburger Campingverband gemeinsam mit einem tollen Vorstand mit in die Zukunft weiterzuentwickeln. Dabei möchte ich den Verband und die starke Branche insgesamt insbesondere als Bindeglied und Ansprechpartner in Richtung Politik kraftvoll unterstützen.



Foto: GERO MARKMANN

Sieben trockene Jahre liegen hinter uns. So mancher See in Brandenburg hat arg darunter gelitten. Ein Problem ist das auch für viele anliegenden Campingplätze wie dem am Dreitzsee in der Uckermark an der Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern, der bisher wegen dem Badesee und den hervorragenden Bedingungen für Wasserwanderer beliebt war.

Der Tourismus und auch die Campingbranche sind seit vielen Jahren der verlässliche und unerschütterliche Motor für wirtschaftliche Entwicklung und gute Impulse in Brandenburg. Das dies so bleibt, ist keine Selbstverständlichkeit. Sich dafür auf allen Ebenen einzusetzen, ist umso wichtiger. Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit in diesem Sinne.

KURT FISCHER

Kurt Fischer ist Mitglied des Landtages Brandenburg für Eberswalde, Joachimsthal und die Schorfheide, Generalsekretär der SPD Brandenburg, Vorsitzender der SPD Barnim und Stadtverordneter der SPD in Eberswalde. Webseite: www.kurtfischer.de

Zweite Ausgabe von Palästina in Film:

Five Broken Cameras

Nach der erfolgreichen ersten Filmvorführung im Februar kehrte der Palästina-Kreis Eberswalde Anfang Juni mit einem zweiten Film zurück. »Five Broken Cameras« ist ein Ein-Mann-Bericht über Ungerechtigkeit, Gefahr und Hoffnung in einem umkämpften palästinensischen Dorf im Westjordanland, der am 4. Juni im Großen Saal des Bürgerbildungszentrums Amadeu Antonio zur Aufführung kam. Nach dem Film gab es Raum für Fragen, Gespräche und Austausch. (Palästina-Kreis Eberswalde)

Auf alten Gleisen fährt die Bahn?

300 Kilometer Touristikeisenbahn rund um Templin

Daß sich die Wiederinbetriebnahme der Strecke Templin-Joachimsthal zieht und zieht, hat inzwischen jeder Eisenbahnfreund mitgekriegt. Doch gibt es auch Zukunftspläne, die bereits materielle Gestalt annehmen. ERNST WAGNER-ROTT vom »Boitzenburger Landboten« sprach dazu mit HOLGER KODIM, Projektleiter und Vorstandsvorsitzender der gemeinnützigen, ganzheitlichen Deutsche Reichsbahn und Länderbahnstiftung. Die Stiftung hat in Zusammenarbeit mit Aktivisten der »BI Mehr Eisenbahn in Brandenburg« bereits die ersten Arbeiten für ein weitreichendes Projekt aufgenommen:

»Wir als gemeinnütziges Eisenbahnunternehmen wollen 300 Kilometer auf vorhandenen und nichtvorhandenen Bahntrassen eine historische Touristikeisenbahn aufbauen. Da-

mit soll in der Region der Tourismus befördert werden. Derzeit laufen erste Sanierungsarbeiten im Bereich der Bahnmeisterei im Bahnbetriebswerk Templin und erste Freischneidarbeiten auf der Bahntrasse Templin-Stadt - Templin-Fährkrug in Richtung Prenzlau wurden ebenfalls schon durchgeführt. Wenn alles klappt, werden wir noch in diesem Jahr beginnen erste Gleisbauarbeiten in diesem Bereich durchzuführen.

Unser erstes großes Bauvorhaben ist es, das Bahnbetriebswerk Templin wieder aufzubauen, es soll als Betriebsstätte für unsere historischen Eisenbahnfahrzeuge dienen.

Parallel bauen wir eine Bahnverbindung von Lychen zum Bahnhof Templin-Fährkrug auf. Von dort soll es dann weitergehen einmal direkt nach Boitzenburg und nach Prenzlau.«

Neue Bänke für Rundwanderweg

Die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) unterstützt ein regional verankertes Vorhaben: In der Tischlerei der HNEE entstehen gerade neue Sitzgelegenheiten für den beliebten Rundwanderweg »Rund um die Schorfheide« – gebaut in Kooperation mit lokalen Partnern und aus heimischem Holz.

Der 135 Kilometer lange Rundwanderweg, der in Eberswalde beginnt und endet, wurde 2022 zum dritt schönsten Wanderweg Deutschlands gekürt. Jetzt wird er noch ein Stück einladender: Acht neue Bänke laden künftig zum Verweilen ein – gefertigt aus regi-

onalem Eichenholz aus Schönholz und gebaut von den »Holzwürmern« der ZAINHAMMER MÜHLE in Zusammenarbeit mit der HNEE.

Die Bauhöfe der beteiligten Kommunen bringen die Bänke an ihren jeweiligen Standorten in Position. Die Bänke stehen künftig in der Stadt Eberswalde, in der Gemeinde Schorfheide, in den Ämtern Biesenthal-Barnim und Britz-Chorin-Oderberg sowie in Joachimsthal und Liepe, die alle an dem Projekt, zum Teil über die WITO Barnim beteiligt sind. Natürlich wird auch an der Zainhammer Mühle in Eberswalde eine der Bänke stehen.

ULRICH WESSOLLEK

Leerstand für Tourismus aktivieren

Am 4. Juni fand in Eberswalde der Workshop »Mission Impossible? – Leerstandsaktivierung touristischer Infrastrukturen im Barnim« statt. Vertreter aus Verwaltung, Tourismus, Gastronomie, Wirtschaft und Regionalentwicklung kamen zusammen, um gemeinsam Lösungen zur Wiederbelebung leerstehender touristischer Infrastrukturen zu entwickeln.

Der Workshop, organisiert und durchgeführt vom Berliner Büro LOKATION:S im Auftrag des Lokale Aktionsgruppe (LAG) Barnim e.V., bot eine Plattform für den Austausch über zentrale Herausforderungen und innovative Ansätze zur Aktivierung von Leerständen. Im Mittelpunkt standen Fragen wie die Wiederbelebung von Orten jenseits klassischer Nutzungskonzepte, alternative Versorgungsmodelle und die Sichtbarmachung touristisch relevanter Standorte.

TINA STEINKE von LOKATION:S gab einen Überblick über das seit Jahresanfang laufende

Projekt und den aktuellen Stand der Arbeiten. In einer offenen Runde diskutierten die Teilnehmer ihre täglichen Herausforderungen und reflektierten Entwicklungen in der Region. In Kleingruppen wurden dann Themen wie »Neue Lösungen für die Versorgungsinfrastruktur entlang touristischer Routen«, »Verantwortung und Machbarkeit« sowie »Sichtbarkeit und Vermarktung« bearbeitet.

Zum Abschluß des Workshops wurden die prioritären Themen für die weitere Projektphase identifiziert und die Teilnehmer zu einem vertiefenden Workshop eingeladen. Auf der Grundlage der Workshops und einer Online-Befragung der Kommunen und weiteren Akteuren in der LEADER-Region Barnim werden konkrete Nachnutzungskonzepte für ausgewählte Standorte und Objekte entwickelt. Ziel sind individuelle praxistaugliche Lösungen, die bis Jahresende vorliegen sollen.

DAVID SUMSER

Moorschutz im Niederoderbruch

Mit großem Bedauern nehmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Entscheidung des Umweltausschusses des Landkreises Barnim zum Moorschutzprojekt »Niederoderbruch und Unteres Finowtal« zur Kenntnis. Auf seiner Sitzung am 13. Mai stimmte der Ausschuß mehrheitlich einem Antrag von DIE LINKE/BAUERN/DIE PARTEI, CDU und BVB/FREIE WÄHLER zu, der die Ablehnung des Projektes durch den Landkreis Barnim zum Ziel hat.

Findet dieser Beschluß auch auf dem Kreistag am 18. Juni (nach Redaktionsschluß - bbp) eine Mehrheit, bedeutet er nicht nur einen Rückschlag für die Umweltziele, sondern auch den Verzicht unserer Region auf mehrere Millionen Euro möglicher Fördergelder, die im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung explizit für solche Projekte vorgesehen sind.

Es ist unverständlich, warum ein Großprojekt, das Klimaschutz, Wasserschutz und die Zukunft der Landwirtschaft auf nachhaltige Weise vereinen sollte, derart schlecht geredet wird. Die Bedenken der Betroffenen in der Region hätten ernst genommen und ihnen durch neue Ansätze klug begegnet werden

müssen. Stattdessen positioniert sich nun die Mehrheit der Abgeordneten im Umweltausschuß gänzlich gegen das Vorhaben.

Aus unserer Sicht gefährdet die Ablehnung des Projekts langfristig die zukunftsfähige Entwicklung dieser Region. Um die Türen für ein nachhaltiges Großprojekt offen zu halten, hatte Bündnis 90/Die Grünen einen alternativen Antrag eingebracht. Dieser zielt darauf ab, für das Projekt, gegebenenfalls unter neuer Trägerschaft, einen Neustart zu ermöglichen. Ziel wäre es, die Bedenken der Betroffenen aufzunehmen und gleichzeitig die Umsetzung des Vorhabens mit Fördergeldern des Bundes abzusichern.

Großprojekte wie das »Niederoderbruch und Unteres Finowtal« ermöglichen es, Landschaftsökologie und hydrologische Zusammenhänge umfassend zu berücksichtigen. Sie sind unverzichtbar, um den Moorschutz zu stärken, die prognostizierte Landsackung zu reduzieren und die Austrocknung des Moorbodens zu bekämpfen. Kleinere Maßnahmen können diesen umfassenden Ansatz weder finanziell noch ökologisch ersetzen.

Darüber hinaus gefährdet der steigende Meeresspiegel langfristig die Region. Moorschutz dient nicht nur dem Klima, sondern gleichzeitig auch dem Hochwasserschutz und der Sicherung von Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen. Mit unserem Antrag wollen wir die Weichen für kluge, nachhaltige Entscheidungen stellen, die der Region eine zukunftsfähige Ausrichtung ermöglichen. Wir hoffen, daß sich bis zum Kreistag im Juni eine Mehrheit für diesen Denkansatz findet.

KATHARINA SCHREYER



Soll eingeschränkt werden: Vorkaufs- und Verbandsklagerecht

Familienbetriebe versus Naturschutzrecht

Die Familienbetriebe Land und Forst Brandenburg e.V. unterstützen den von der Regierungskoalition in den Landtag eingebrachten Gesetzentwurf zur Verwaltungsvereinfachung in den Bereichen Landnutzung und Umwelt. Insbesondere die geplante Abschaffung des Vorkaufsrechtes zugunsten von Naturschutzorganisationen wird von den Mitgliedsbetrieben ausdrücklich begrüßt.

»Das Vorkaufsrecht hat in der Vergangenheit häufig dazu geführt«, erklärt der Vereinsvorsitzende RUDOLF HAMMERSCHMIDT, »daß engagierte Betriebe beim Flächenerwerb ausgebremst wurden – obwohl gerade ihre nachhaltige Bewirtschaftung den ökologischen Wert vieler Flächen erst ermöglicht hat«. Aus Sicht des Verbandes stellt die partielle Abschaffung des Vorkaufsrechts sowie die Korrekturen beim Verbandsklagerecht für Umwelt- und Naturschutzverbände einen wichtigen Beitrag zur Stärkung

der regionalen Landwirtschaft dar. »Wer den Schutz unserer Kulturlandschaft ernst meint, muß auch die Menschen stärken, die seit Generationen verantwortungsvoll mit diesen Flächen umgehen. Das sind unsere Land- und Forstwirte – nicht zentral gesteuerte Stiftungen oder Verbände mit externen Interessen.«

Ein effektiver Naturschutz ist nur in Zusammenarbeit mit den Bürgern möglich. Die zwangsweise Durchsetzung staatlicher Vorkaufsrechte führte in der Vergangenheit zu Mißtrauen und Konflikten, die dem Naturschutz schaden statt ihn zu fördern. Die Abschaffung des naturschutzrechtlichen Vorkaufsrechts zugunsten von Stiftungen und Verbänden würde ein klares Signal für die Stärkung privater Eigenverantwortung und die Kooperation mit den Landbewirtschaftern setzen, so Hammerschmidt abschließend.

ANTONIA BING

ZENAPA
Zero Emission Nature Protection Areas



Die Klimaschutzrubrik (6)

Der Naturpark Barnim will gemeinsam mit dem Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin ein treibhausgasneutrales Großschutzgebiet werden. Der Klimaschutzmanager JAN BUCHNER des EU-Projekts ZENAPA stellt klimaentlastende Maßnahmen vor, die es jedem ermöglichen, aktiv zur Energiewende und damit zum Klima- und Naturschutz beizutragen.

Natürliche Dämmstoffe (Fortsetzung)

Natürliche Dämmstoffe bieten zudem aufgrund der höheren Masse häufig einen besseren Schallschutz. Auch verzögern sie im Sommer das Aufheizen des Gebäudes. Da sie, im Gegensatz zu den meisten anderen Dämmstoffen, atmungsaktiv sind, ermöglichen sie eine sichere Austrocknung, sollte Feuchtigkeit in die Dämmung eindringen. Die Gefahr von Feuchteschäden, Schimmelbildung und Bauschäden wird reduziert. Darüber hinaus bieten natürliche Dämmstoffe auch gesundheitliche Vorteile: Im Gegensatz zu herkömmlichen Dämmstoffen enthalten sie keine oder weniger Schadstoffe und sind somit gesundheitsfreundlich. Einen Leitfaden zu natürlichen Dämmstoffen finden Sie auf der ZENAPA-Webseite. Eine umfassende Informationsbroschüre hat auch die Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe (FNR) unter dem Titel »Marktübersicht Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen« veröffentlicht.

Strom aus Sonnenenergie

Photovoltaik (PV) ist eine einfache und zugleich besonders lohnende Möglichkeit, die Energiewende mitzugestalten. PV bezeichnet die direkte Umwandlung von Sonnenlicht in elektrische Energie (Strom) mittels Solarzellen. Solarzellen erzeugen Gleichstrom, der von einem Wechselrichter in Wechselstrom umgewandelt wird. Danach kann der Strom ins Stromnetz des Hauses oder ins öffentliche Versorgungsnetz eingespeist werden. Mit einem Batteriespeicher kann der selbst erzeugte Strom im Haus gespeichert und zu einem späteren Zeitpunkt genutzt werden.

Vorteile der Photovoltaik

Photovoltaik ermöglicht eine umweltfreundliche Energieerzeugung aus einer regenerativen Quelle, ohne auf klimaschädliche fossile Brennstoffe wie Kohle oder Gas zurückzugreifen. Im Betrieb verursacht die Solarenergie keine Treibhausgasemissionen. Zudem ist Solarenergie eine unerschöpfliche Energiequelle, während die fossilen Brennstoffreserven begrenzt sind. Auch Menschen ohne eigenes Haus können von den Kosteneinsparungen einer PV profitieren, beispielsweise durch Balkonanlagen.

Ganzheitliche Ernährung (50)

Bei *Gicht* handelt es sich um eine Störung des Harnstoffwechsels. Als Folge dieser Störung kommt es zu einer *Erhöhung der Harnsäurekonzentration* im Blut. Dadurch bedingt kommt es zu einer Kristallbildung. Dies bedeutet, daß sich Harnsäurekristalle in Schleimbeuteln, Gelenken, Organen und Sehnen ablagern. Aber auch die Ohrmuschel und die Haut können betroffen sein. Sehr oft ist das Großzehengrundgelenk betroffen. Im weiteren Verlauf der Erkrankung kommt es dann zu den typischen *Gichtknoten*.

Gicht entsteht, wenn der Körper zu wenig Harnsäure ausscheidet. Wird ein *kritischer Wert* überschritten, so kommt es zu einem *akuten Gichtanfall* verbunden mit starken Schmerzen an einem Gelenk. Das betroffene Gelenk ist nun hochempfindlich, so daß selbst kleinste Berührungen den Schmerz verstärken können. Das Gelenk schwillt an, die betroffene Stelle wird heiß und verfärbt sich. Nach einigen Tagen klingen die Beschwerden wieder ab. Doch der nächste Gichtanfall wird kommen, nur wann ist ungewiß. Sehr selten wird die Gicht chronisch. Männer sind vor allem ab dem 45. Lebensjahr betroffen und leiden bis zu 20mal häufiger an Gicht als Frauen.

Man unterscheidet zwei Arten von Gicht. Die *primäre Gicht* ist genetisch bedingt, hier ist die Harnsäureausscheidung in den Nieren gestört. Bei der *sekundären Gicht* kommt es zu einer vermehrten Harnsäureansammlung infolge von Tumoren, Strahlenbehandlungen, Leukämie, Anämien oder Chemotherapien. Eine verminderte Ausscheidung von Harnsäure kann auch Folge von Diabetes Typ-2, Nierenerkrankungen und der Einnahme bestimmter Entwässerungsmittel sein.

Eine der *Hauptursachen* der Gicht liegt in unserer *Ernährung*: zu viel Fleisch, vor allem Schweinefleisch, Alkohol, zu viele ungesunde Fette und mit Fruktose versetzte Fertigprodukte.

Bei einem akuten Gichtanfall sollten Sie das entzündete Gelenk hochlagern und ruhigstellen. Kühlende Umschläge können das Hitzegefühl reduzieren. Gehen Sie zum Arzt. Der Arzt kann Ihnen entzündungshemmende und schmerzhemmende Medikamente verschreiben. Meist wird der Arzt auch eine Ernährungsumstellung empfehlen, eventuell auch eine Gewichtsreduktion. Die Reduzierung von Bauchfett ist eine äußerst effektive Methode, um die Harnsäure zu senken.

Sie sollten ausreichend trinken, am besten zwei bis drei Liter am Tag, sofern aus ärztlicher Sicht nichts dagegen spricht. Geeignet sind vor allem Mineralwasser, ungesüßter Kaffee und ungesüßter Tee. Vermeiden sollten Sie in jedem Fall Alkohol. Verzichten sollten Sie auf Softdrinks und auf mit Fruktosesirup gesüßte Säfte.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

Eberswalde, DDR (Teil 4)

Eberswalde (bbp). Mit einem weiteren Einblick in die Bilderfolge »Eberswalde, DDR« von Dirk Engelhardt setzen wir unseren visuellen Rückblick in realsozialistische Zeiten mit dem Vergleich zum Heute fort.

Diesmal stehen kulturelle und soziale Stätten im Mittelpunkt. Der Klub Heinrich Mann in der Goethestraße 17 beherbergte bis zum Ende der DDR nicht nur die Hauptstelle der

Stadtbibliothek, sondern auch die Eberswalder Ortsgruppe des Kulturbundes der DDR. Seit 1993 als Verein organisiert und nach mehrmaligen Ortswechseln nunmehr im Vereinshaus der Wohnungsgenossenschaft in der Havellandstraße 17 beheimatet, nahm er den Namen »Heinrich Mann« mit. Dies vor allem dank der 1988 von Metallbildhauer Eckhard Herrmann gestalteten Büste von Heinrich Mann, die auch die aktuellen Räumlichkeiten ziert. In der Goethestraße 17 befindet sich heute ein Wohn- und Geschäftshaus.

Auf der Nebenseite sehen Sie ein Foto des »Mach-mit-Zentrums« des VEB Gebäudewirtschaft in der Straße der Jugend (heute Breite Straße) von etwa 1980. Soweit erinnerlich, konnte man in dem »Mach-mit-Zentrum« Werkzeuge für Instandhaltungs- und Verschönerungsarbeiten in der eigenen Wohnung ausleihen. Aus der volkseigenen Gebäudewirtschaft ging am 17. Januar 1992 die WHG WOHNUNGSBAU- UND HAUSVERWALTUNGSGESELLSCHAFT der Stadt Eberswalde hervor.

Bis vor einigen Jahren befand sich noch das »Stöber-Eckchen« mit seinen Angeboten aus zweiter Hand in dem Flachbau, der inzwischen verschwand. Eine Baulücke blieb.





Zombie-Warnung: Digitalzwang droht

Der Koalitionsvertrag ist da! Nach dem ersten Lesen müssen wir leider eine Zombie-Warnung aussprechen. CDU/CSU und SPD holen offenbar altbekannte Überwachungsmonster zurück ins Leben: Vorratsdatenspeicherung von IP-Adressen, automatisiertes Kfz-Kennzeichen-Scannen, Staatstrojaner, mehr Videoüberwachung an öffentlichen Orten, nachträglicher Abgleich biometrischer Gesichtserkennung mit Bildern im Internet.

Und der nächste Hammer: Die Verwaltung soll in Zukunft ausschließlich digital erreichbar sein. »Digital only« heißt: Es soll keine Alternative mehr geben. Das ist institutionalisierter Digitalzwang! Damit wird die von uns

geforderte Grundgesetzänderung, die allen Menschen den Zugang zur Daseinsvorsorge garantiert, noch einmal dringlicher. Das Recht auf ein Leben ohne Digitalzwang muß für alle gelten, die ein bestimmtes Gerät oder eine App nicht besitzen, nicht nutzen können oder – oft aus guten Gründen – nicht nutzen wollen. Darüber hinaus soll künftig »Daten-nutzung« vor Datenschutz stehen.

Wir werden alles daran setzen, die Überwachungszombies zurück in die Gruft zu schicken und gleichzeitig den Digitalzwang sowie die Entkernung des Datenschutzes zu bekämpfen.

RENA TANGENS, Digitalcourage e.V.

Architektur weiterdenken

Impuls für Nachhaltigkeit und Baukultur

Bernau (bbp). Der Verein BAUDENKMAL BUNDESSCHULE BERNAU eröffnet am 21. Juni eine neue Ausstellung. Gezeigt werden vielfach ausgezeichnete Projekte des Berliner Architekturbüros BRENNE ARCHITEKTEN, das seit Jahrzehnten zu den Pionieren des Bauens im Bestand gehört.

Im ehemaligen Lehrerhaus Nr. 9 (Hannes-Meyer-Campus 9, 16321 Bernau-Waldfrieden) erhalten Besucherinnen und Besucher faszinierende Einblicke in herausragende Projekte – darunter die denkmalgerechte Sanierung der Bundesschule des ADGB in Bernau (UNESCO-Welterbe seit 2017), des Bauhausgebäudes in Dessau und bedeutender Siedlungen der Moderne in Berlin und Magdeburg. Die Ausstellung zeigt, wie Denkmalpflege nicht als Einschränkung, sondern als Impuls für nachhaltiges Bauen verstanden werden kann – ganz im Sinne des Leitsatzes: »Erhalten durch Weiterbauen«.

Gleichzeitig veranschaulicht sie, wie die Architekten mit außergewöhnlichen, oft verblüffend einfachen und kostengünstigen Lösungen zeitgemäße Antworten auf denkmalpflegerische Herausforderungen finden.

Die Ausstellung richtet sich an alle, die sich für Architektur, Nachhaltigkeit und Baukultur interessieren – Fachpublikum wie Architekturinteressierte. Die Ausstellung läuft bis zum 31. Mai 2026 und ist donnerstags und sonntags von 10 bis 16 Uhr, oder nach Absprache mit dem Bauhaus-Besucherzentrum, geöffnet.

baudenkmal bundesschule bernau e.V.

Floristen im Dauer-Einsatz

Ihr Job ist kreativ, aber hart: Im Landkreis Barnim arbeiten mehr als 50 Beschäftigte in der Floristik-Branche. Die Jobs in den Blumenläden sind überwiegend in Frauenhand. Floristinnen binden Blumensträuße und Kränze, machen Gestecke und Brautschmuck. Sie dekorieren Schaufenster, Verkaufsräume und Hotel-Foyers.

Viele Floristinnen haben eine lange Arbeitswoche: Sie stehen sechs Tage am Stück im Laden. Wenn es dazu nur 24 Tage Urlaub im Jahr gibt, dann kann man getrost von einem »Auspowers-Job« sprechen.

Die IG BAU Oderland fordert deshalb die Fünf-Tage-Woche und 32 Tage Jahresurlaub für die Floristik-Branche. Außerdem muß bei den Überstunden etwas passieren: Wer länger arbeitet, der muß sich darauf verlassen können, daß es dafür auch Zuschläge gibt. Das ist noch längst nicht überall der Fall. Über diese Punkte will die Gewerkschaft jetzt mit dem Fachverband Deutscher Floristen (FDF) verhandeln und einen Tarifvertrag abschließen.

ASTRID GEHRKE, IG Bauen-Agrar-Umwelt | 17

Keine »Staatsräson«

Stoppt den Völkermord in Gaza!

Keine Waffenlieferungen nach Israel!

Seit über eineinhalb Jahren tobt der Krieg gegen den Gazastreifen. Die Verantwortlichen bis hin zu Ministerpräsident Netanjahu haben von Beginn an keinen Zweifel gelassen, daß es sich um einen Krieg gegen die Zivilbevölkerung handelt, deren Tod zumindest billigend in Kauf genommen wird. Fast die gesamte Infrastruktur Gazas ist zerstört, über 50.000 Menschen, davon 70 Prozent Frauen und Kinder, starben, wobei die tatsächlichen Todeszahlen noch deutlich höher liegen dürften.

Mit Selbstverteidigung hat dieser Krieg schon lange nichts mehr zu tun. Nach Einschätzung der Vereinten Nationen könnte ein Wiederaufbau bei Aufrechterhaltung der Blockade 350 Jahre dauern. Im Norden Gazas ist inzwischen keine Klinik mehr in Betrieb, in der gesamten Küstenenklave mußte ein Großteil der Gesundheitseinrichtungen schließen.

Seit Oktober 2023 setzt Israel Hunger als Waffe ein. In den letzten Monaten, in denen eine Kompletblockade verhängt und keine Nahrungsmittel, Trinkwasser, Medikamente und Treibstoff mehr durchgelassen wurden, hat sich die Situation aber noch einmal erheblich verschärft. Alle Nahrungsmittel sind aufgebraucht, der Sprecher des UN-Nothilfebüros OCHA nennt Gaza den »Ort mit dem größten Hunger der Welt«. 100 Prozent der dortigen Bevölkerung seien von einer Hungersnot bedroht. Sowohl Amnesty International als auch Human Rights Watch sprechen inzwischen von einem Völkermord.

Ein Völkermord, für den auch die deutsche Bundesregierung als zweitgrößter Waffenlieferant Israels Verantwortung trägt. Kriegsverbrechen können keine »Staatsräson« sein!

Das Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW) fordert:

- Ein sofortiges Ende des Völkermords an den Bewohnern des Gazastreifens — das Aushungern, die Bombardierung und die Vertreibung müssen umgehend gestoppt werden
- Einen sofortigen Stopp deutscher Rüstungsexporte nach Israel
- Ein Ende der Blockade des Gazastreifens — humanitäre Hilfsgüter müssen sofort und ohne Beschränkungen hineingelassen und nach den humanitären Prinzipien Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Neutralität verteilt werden
- Internationale Hilfe beim Wiederaufbau des Gazastreifens
- Ein Ende der Kriminalisierung von und Repression gegen Aktionen, die sich im Rahmen der freien Meinungsäußerung und dem Recht auf Versammlungsfreiheit für ein Ende des Gazakriegs und des Völkermords an den Palästinensern einsetzen

Beschluß des BSW-Parteivorstandes, 31.5.2025

Widersteh, mein Volk, widersteh

von Dareen Tatour

Widersteh, mein Volk, widersteh ihnen.
In Jerusalem verband ich meine Wunden,
atmete tief durch bei all dem Schmerz
Und faßte mir ein Herz
Für ein freies Palästina.
Niemals werde ich mich
der »friedlichen Lösung« unterwerfen,
Niemals meine Flagge einholen,
Bis ich sie von meinem Land verjagt habe.
Ich ignoriere sie für die nächste Zeit.
Widersteh, mein Volk, widersteh!

Widersteh dem Landraub der Siedler,
Reih dich ein in die Kette der Märtyrer.
Verwerfe den schändlichen Zustand,
Der uns Erniedrigung und
Demütigung aufzwingt und uns
Davon abhält, Gerechtigkeit zu erlangen.
Sie verbrannten unschuldige Kinder

Wie Hadil, sie erschossen sie vor aller Augen,
Töteten sie im grellen Tageslicht.
Widersteh, mein Volk, widersteh!

Widersteh dem kolonialistischen Angriff.
Höre nicht auf die Agenten unter uns,
Die uns an die Illusion
der »friedlichen Lösung« ketten.
Fürchte nicht die Reden der Zweifler;
Die Wahrheit in deinem Herzen ist stärker,
So lange du Widerstand leistet in einem Land,
Das Überfälle und Siege erfahren hat.
Widersteh, mein Volk, widersteh.
Ali ruft uns aus seinem Grab zu:
Meine sterblichen Überreste
seien euch Verpflichtung.
Widersteh, mein Volk, widersteh!

Widersteh, mein Volk, widersteh!

Dareen Tatour, 1982 in Reineh (Israel) geboren, arabischer Herkunft, war wegen des Gedichts »Resist, My People, Resist Them« und verschiedener video-posts im Netz (Agitation und Unterstützung einer Terrororganisation) 2015 festgenommen und 2018 zu fünf Monaten Haft verurteilt worden. 2019 wurde das Urteil, soweit es sich auf das Gedicht bezog aufgehoben. Nach der Haftstrafe stand sie jahrelang unter Hausarrest. PEN America protestierte gegen die Verurteilung unter Bezug auf die Kunst- und Meinungsfreiheit.

Übersetzung aus dem Englischen von HARTMUT LINDNER

Ein Klima der Angst

Eberswalde (bbp). »Die Zahl rechter und rassistischer Gewalttaten ist auch im letzten Jahr weiter gestiegen – in Brandenburg und bundesweit«, stellt SEBASTIAN WALTER von der Linkspartei in Eberswalde anhand des im Mai veröffentlichten Berichts vom Verband der Opferberatungsstellen fest.

Walter, zugleich Landesvorsitzender der Brandenburger Linken, fordert: »Der Rechtsstaat muß endlich konsequent handeln«. Opfer rechter Gewalt sind nach dem Bericht »Menschen, die anders aussehen, anders leben, anderswo geboren sind«. Im Bericht werden nicht nur ausländischerfeindliche Übergriffe dokumentiert, sondern auch Attacken auf »queere Menschen und politische Gegner«, die »massiv zugenommen« haben. Auch Brandenburger Linke seien in den Wahlkämpfen des vergangenen Jahres betroffen gewesen, stellt Walter fest. Und noch eines lasse sich beobachten: »Die Angriffe sind keine isolierten Einzelfälle mehr. Es mehren sich die organisierten und gezielten Angriffe – auf Geflüchteten-Unterkünfte, linke Treffpunkte, CSD-Veranstaltungen.«

Angesichts dessen ruft der Linkspolitiker nach dem Rechtsstaat. »Bei Demokratieprojek-

ten und zivilgesellschaftlichen Initiativen« dürfe die Landesregierung nicht den Rotstift ansetzen. »Es braucht ein konsequentes Stopp-Signal auf allen Ebenen: auf der Straße, in den Medien, in den Parlamenten müssen Haßpredigern und Menschenfeinden die gesetzlichen Grenzen aufgezeigt werden. Auch deswegen braucht es das AfD-Verbotsverfahren jetzt! Jedes Opfer rechter Gewalt ist eines zu viel! Und eine Bundesregierung und ein Bundestag, die jetzt nicht handeln, machen sich mitschuldig!«

Mit Erschrecken reagierte Sebastian Walter dann auch auf die Meldung über eine Razzia in mehreren Bundesländern gegen eine mutmaßliche Terrorgruppe mit dem Namen »Letzte Verteidigungswelle«, in deren Rahmen auch Brandenburger Jugendliche festgenommen wurden. Dazu Walter: »Rechtsextreme Ideologien halten mittlerweile Einzug in den Kinderzimmer. Minderjährige planen und begehen schwerste Straftaten aus politischen Motiven. Der Staat darf nicht länger zusehen. Rechtsextreme Strukturen müssen konsequent zerschlagen werden.« Auch wenn es sich um Kinder handelt.

Walter sieht sich als Vertreter »der Zivilgesellschaft« und als »Verteidiger unserer Demokratie«. Denen dürfe die Landesregierung nicht die Mittel kürzen und damit ihnen »in den Rücken fallen«.

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!

Generalstreik gegen das Militär

Während die deutsche Regierung Israels Überfall auf den Iran noch nicht bewerten möchte, da das Auswärtige Amt (AA) keine ausreichenden Erkenntnisse habe, um die israelische Aggression als solche zu brandmarken und sich ebenso bedeckt hält, was die Zulässigkeit von Angriffen auf atomare Anlagen im Iran und überhaupt beträfe (Bundespressekonferenz vom 16. Juni), hören sich die G7-Häupter in Kanada in Demut das Bedauern Donald Trumps an, daß die Russen 2014 beim G8 rausgeekelt wurden und er sich zudem durchaus vorstellen könnte, China mit am Tisch zu haben.

Nach Ansicht der deutschen Regierung entspringt der Angriffskrieg Israels gegen den Iran der »regelbasierten Weltordnung«. Er wäre also zulässig, was im Falle Russlands bekanntlich einen Sturm der Entrüstung – pardon: der Aufrüstung – auslöste. Wer aber nicht klar sagt, daß Israel und die USA gegen die UN-Charta verstoßen, verspielt jede moralische Handhabe, die laufende Vergeltungsspirale wie auch alle folgenden zu stoppen.

Die Ordnung der UN-Charta, die 80 Jahre lang aufgebaut wurde, damit es eben keinen Weltkrieg mehr gibt, haben die Verfechter der »regelbasierten Ordnung«, die sie an die Stelle des in dieser Charta kodifizierten Völkerrechts setzten, geistig schon mit ihrer Erfindung beseitigt und sind jetzt dabei, das auch physisch zu vollenden.

Unterdessen sieht die Welt sehr wohl, was passiert. Gegenposition bezieht der Weltgewerkschaftsbund und ruft zum Generalstreik an der Sommersonnenwende auf, was in Italien tatsächlich real werden kann:

»Stoppt die NATO! Stoppt den Krieg und alle Formen der Aufrüstung! Stoppt Israel, eine Gefahr für die ganze Welt! Stoppt den Völkermord in Palästina!

20. Juni 2025 GENERALSTREIK GEGEN DEN KRIEG

21. Juni 2025 NATIONALE DEMONSTRATION IN ROM

Am Vorabend des NATO-Gipfels, der eine weitere Erhöhung der Militärausgaben beschließen wird, während die europäischen Regierungen sich darauf vorbereiten, Dutzende von Milliarden von den Sozialausgaben zu den Militärausgaben umzuschichten. Während der Völkermord am palästinensischen Volk weitergeht, verdoppelt Israel seinen Angriff auf den Iran im Namen und im Auftrag des US-Imperialismus und bringt die Welt immer näher an den Punkt, an dem es kein Zurück mehr gibt und einen neuen Weltkrieg auslöst.«

So ruft die USB alle Arbeiterinnen und Arbeiter auf, sofort zu mobilisieren und sich am 20. Juni am 24-stündigen Generalstreik gegen Krieg, Aufrüstung und Militärausgaben und für die Unterstützung Palästinas zu beteiligen, mit Demonstrationen in italienischen Großstädten gegen Rüstungsbetriebe und italienische Verteidigungseinrichtungen.

THOMAS TOBLER



Demoaufruf des Weltgewerkschaftsbundes USB.

Geradlinig in den Krieg

Lichterfelde (bbp). Wenn er hört, wie die Freien Wähler im Europäischen Parlament mit dem Säbel rasseln, sei ihm nach erbrechen, sagt der Schorffheider Gemeindevertreter Dr. ANDREAS STEINER aus Lichterfelde. Er errang sein Gemeinderatsmandat auf der Liste von BVB/Freie Wähler, die zwar nicht mit den bundesweit agierenden »Freien Wählern« identisch sind, aber bei bundesweiten Wahlen mit diesen eng zusammenarbeiten.

Dr. Steiner bezieht sich auf jüngste Äußerungen von ENGİN EROĞLU, Europaabgeordneter der »Freien Wähler« und zugleich deren stellvertretender Bundesvorsitzender. Dieser hatte »ausdrücklich die mutige Entscheidung des Vereinigten Königreichs, seine Streitkräfte radikal zu transformieren«, begrüßt. Deren Ansinnen, nach dem bis 2030 rund achtzig Prozent der britischen Armee aus unbemannten Systemen bestehen soll, sei »ein Paradebeispiel für strategischen Weitblick«. Demgegenüber wirft Eroglu der Bundesregierung unter Friedrich Merz und Verteidigungsminister Boris Pistorius vor, nicht aus »den Erfahrungen des Ukraine-Kriegs operative Konsequenzen zu ziehen«. Nicht die Aufrüstung wird kritisiert, sondern die fehlende »strategische Vision«.

Die Erfahrung aus dem Ukraine-Krieg sei eindeutig: »Drohnen sind heute die wichtigsten Systeme zur Aufklärung, Zielerfassung, elektronischer Kriegsführung und zum präzisen Kampf gegen feindliche Kräfte. Großbritannien zieht daraus die richtigen Konsequenzen: Massive Integration autonomer Drohnen und Loitering Munitions. Verzicht auf überholte Großplattformen wie schwere Panzer. Aufbau einer hochreaktiven, flexiblen Hybridarmee mit minimalem Personaleinsatz. Diese Transformation geschieht jetzt – nicht in Jahrzehnten.«

Das sogenannte »Sondervermögen« sei ein wichtiger Schritt gewesen, so der Europaabgeordnete der Freien Wähler, »doch die Umsetzung stockt«. Eroglu fordert eine Drohnenstrategie für offensive Operationen, für Abwehr und für »Schwarmtaktiken« als Standard bis zur Kompanieebene. Für die entsprechende Forschung und Entwicklung schlägt er ein »staatliches Innovationskommando« vor. Eroglu setzt als Ziel, daß die Bundeswehr »Europas stärkste Armee« werde und die BRD die militärische Führungsrolle im EU-Europa übernimmt.

Dr. Andreas Steiner kritisiert: »Kein Wort von Verteidigung des eigenen Landes, welche sinnvoll wäre, sondern von militärischer Führungsrolle und von offensiven Operationen. Das ist geradlinig der Weg in den Krieg, denn es kann immer logisch begründet werden, warum man losschlagen muß. Und der Beweis ist schwer zu erbringen, wer angefangen hat. Kennen wir doch aus der Geschichte.« Er werde dem Europaabgeordneten entsprechend antworten, so Dr. Steiner.

PiPaPo – Pizza, Pasta, Politik

Bernau (bif/bbp). Du willst reden – über echte Themen? Du willst zuhören – mit Herz und Verstand? Du willst was ändern – oder einfach mal gehört werden? Du willst satt werden – im Kopf und im Bauch? Dann komm zu PiPaPo – Pizza, Pasta, Politik.

Nicht akademisch. Nicht parteilich. Aber politisch – weil das Leben politisch ist. **An jedem ersten Freitag im Monat ab 18 Uhr** im »Jugendtreff Dosto« in der Breitscheidstraße 43c in Bernau, ganz hinten im Kulturhof. Der Eintritt ist frei.

Am 6. Juni, zum ersten PiPaPo, war der Film »Green Border« zu sehen und es gab anschließend ein Gespräch dazu mit der Initiative »Barnim solidarisch«.

Der polnische Spielfilm »Green Border« aus dem Jahr 2021 führt uns an die Grenze zwischen Polen und Belarus. Hier versuchen Geflüchtete, die Mauern der Festung Europa zu überwinden. Die Regisseurin Agnieszka Holland zeigt die dortige Situation sehr deutlich.

Dabei nimmt der Film ganz verschiedene Perspektiven ein: Menschen auf der Flucht treffen auf Grenzbeamte, auf Menschen die an der Grenze leben und auf helfende Aktivist:innen. Inmitten der urwüchsigen Landschaft an der grünen Grenze entfaltet sich ein vielstimmiges Drama zwischen Hoffnung und Verzweiflung, Zynismus und Menschlichkeit. Wegschauen ist nicht möglich. Es geht um Leben und Tod.

Gegen die Zeitenwende in der Erinnerungspolitik. Der Großvater und Kommunist WILHELM PHILIPP EIFLER:

Entscheidung für den Widerstand

von Ulrike Eifler

April 2025: In den Medien tobt eine beschämende öffentliche Debatte über die Teilnahme russischer Vertreter an den Feierlichkeiten des 80. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus. Selbst die Gedenkstättenleitungen ehemaliger Konzentrationslager (KZ) folgen der Empfehlung des Außenministeriums und kündigen an, russische Vertreter des Gedenkstättenengeländes zu verweisen. Das Primat der Außen- und Sicherheitspolitik erreicht die Erinnerungsarbeit und soll nun also auch hier eine Zeitenwende herbeiführen. Bei dem Versuch, dem herrschenden Diskurs meine ganz persönliche Familiengeschichte entgegenzustellen, führen mich politische Recherche und Familienforschung nach langer Zeit zurück in meine Heimatstadt Eberswalde – eine industriell geprägte Kleinstadt in der Nähe von Berlin.

Auf der Westseite des Finower Messingwerke-Friedhofs lag bis vor wenigen Jahren das Grab von WILHELM PHILIPP EIFLER. Aus meinen Recherchen weiß ich: Die geräuschlose Auflösung seiner Grabstätte hebt sich merkwürdig banal ab vom ausdrucksvollen Pathos seiner Beerdigung 30 Jahre zuvor. Im Februar 1983 hatte hier ein Bläser über die Köpfe einer riesigen Trauergemeinde hinweg das Lied vom kleinen Trompeter angestimmt. Politische Weggefährten hatten sich von einem Mann verabschiedet, der mit seinen 1,75 Metern und knapp sechzig Kilo äußerlich stets schwächer gewirkt hatte als er innerlich war. Ein glühender und zugleich seltsam gebrochener Kommunist. Einer, der seinen Weltglauben im KZ verloren hatte, nicht aber seinen Stolz.

Wilhelm Philipp Eifler ist mein Großvater. Ehe ich mich auf den Weg einer familiären Spurensuche machte und in den Archiven nach Hinweisen auf sein Leben suchte, war meine persönliche Erinnerung an ihn blaß. Der hellblaue Gartenzaun vor dem Haus meiner Großeltern in der Heinrich-Mann-Straße waberte ebenso losgelöst durch mein Gedächtnis wie sein südhessischer Dialekt. Erst meine Nachforschungen setzten die einzelnen Steinchen zu dem Mosaik zusammen, das sein Leben war. Und je mehr ich verstand, daß seine furchtbaren Hustenanfälle in Wirklichkeit lebensbedrohliche Asthmaattacken waren, eine Folge jahrelanger Lagerhaft, desto mehr prägte sich die politische Bedeutung seines Lebens in mein eigenes politisches Bewußtsein. Und ich verstand, wie sehr seine Geschichte auch Teil meiner eigenen war.

Eberswalde wurde für meinen Großvater gegen Ende seines Lebens zur Wahlheimat und das kleine Häuschen mit Garten in der Clara-Zetkin-Siedlung zu einem späten Rückzugsort. Hier saß er an seiner Schreibmaschine und tippte sich die schmerzhaften Erinnerungen seiner Lagerhaft in bewegenden Berichten von der Seele. Hier korrigierte er Forschungsmanuskripte und stand Historikern als Zeitzeuge zur Verfügung. Hier war er an Buchprojekten beteiligt. Hier hielt er bis zum Schluß Briefkontakt zu seinen Kameraden. Und hier ging zu Ende, was im Dezember 1909 im hessischen Hirschhorn begann.

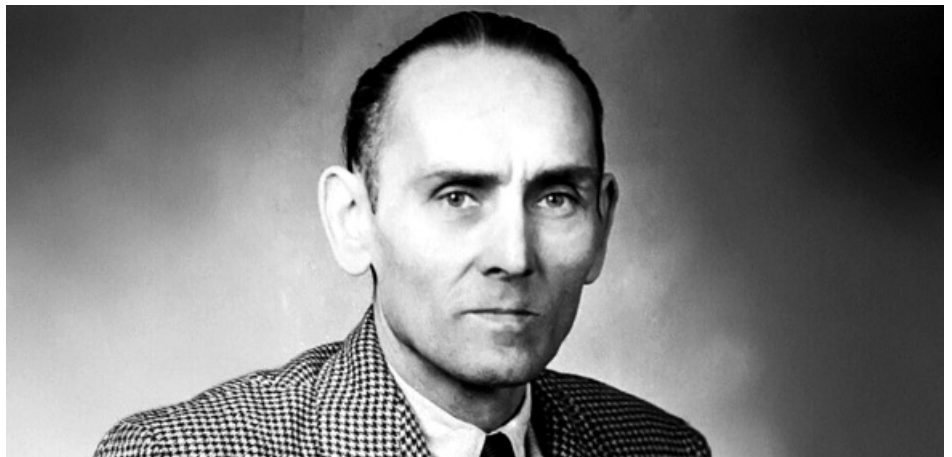


Foto: Privat

Eingesperrt in Dachau

Wilhelm Philipp Eifler kommt als Sohn eines Binnenschiffers in der am Neckar gelegenen Kleinstadt Hirschhorn zur Welt. Armut und Hunger prägen das Leben der Familie. Mein Großvater wird 1931 Mitglied der KPD und schnell der politische Leiter der Ortsgruppe. Die Hirschhornener KPD-Mitglieder organisieren Streikunterstützungen, Schulungsabende und politische Versammlungen. Mit der Machtübernahme Hitlers wird diese Arbeit zunehmend gefährlicher: Tausende Kommunisten werden verhaftet, die Gewerkschaftshäuser gestürmt, Oppositionelle gefoltert und ermordet. Mein Großvater entschließt sich, bei einer Reederei anzuheuern, und entgeht so seiner Verhaftung. Mehr als ein Jahr ist er auf deutschen Gewässern unterwegs, bis es ihn im September 1934 zurück nach Hirschhorn spült. Unvermittelt setzt er seine politische Arbeit fort. Bei einem öffentlichen Aufmarsch der SA dreht er sich für alle sichtbar weg und verweigert den Hitlergruß. Die Gestapo wird sofort auf ihn aufmerksam. Kurze Zeit später schmuggelt er aus Frankfurt Flugblätter nach Hirschhorn und verteilt diese unter hohem Risiko an Gleichgesinnte. Gleichzeitig zieht er die alten Genossen zu geheimen Treffen zusammen.

Seine Umtriebigkeit bleibt nicht unbemerkt. Die Gestapo notiert, dass Personen, die als Kommunisten bekannt waren, plötzlich wieder reger werden. Sie schleust einen Spitzel

in die Gruppe ein, der Namen und Gesprächsinhalte weitergibt. Als es zu Hausdurchsuchungen kommt, findet die Gestapo bei meinem Großvater hinter der Holzverschalung eines Fensters belastendes Material. Er wird verhaftet und wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach verbüßter Zuchthausstrafe kommt er zur »Schutzhaf« ins KZ Dachau. Das war im Februar 1938.

In Dachau ist der Anteil kommunistischer Häftlinge überdurchschnittlich hoch. Sie besetzen wichtige Leitungsposten und organisieren die Solidarität im Lager. Mein Großvater schließt sich diesem Widerstand an. Als Blockältester gelingt es ihm, dem einen etwas Essen zuzustecken und den anderen in einem leichteren Arbeitskommando unterzubringen. Einen dritten rettet er nur Minuten vor dessen Abtransport trotz strenger Bewachung der SS, indem er frech eine Vernehmung beim Lagerführer erfindet. Es sind einfache und doch beeindruckende Geschichten, die der Häftling mit der Nummer 13583 viele Jahre später aufschreibt.

Im November 1944 läßt die SS schließlich mehrere hundert überwiegend kommunistische Häftlinge auf dem Appellplatz antreten und preßt diese in eine Strafeinheit. Sie sollen in den letzten Kriegstagen als Kanonenfutter an der Ostfront eingesetzt werden. Zur Demütigung werden sie jedoch zuvor in SS-Uniformen gesteckt und müssen tagelang unter den Augen ihrer Kameraden auf dem Appellplatz

exerzieren. Am 10. November 1944 verläßt mein Großvater gemeinsam mit Hunderten weiteren Häftlingen das Lager. Sie kommen in die Strafeinheit Dirlwanger, eine brutale Truppe aus Wilddieben und Berufsverbrechern, die hinter der Front für Plünderungen und Massaker an der Zivilbevölkerung eingesetzt wird. Die Häftlinge aus Dachau verweigern sich diesen Säuberungen und laufen am 15. Dezember 1944 im ungarischen Hont, ohne einen einzigen Schuß abgegeben zu haben, geschlossen zur Roten Armee über.

Fremd in Westdeutschland

So überlebt mein Großvater den Krieg in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager. In seinen Berichten weiß er nur Gutes über jene Zeit zu berichten. Hunger, Kälte und Krankheiten prägten natürlich das Leben der Kriegsgefangenen. Aber Schikane, Schreckensherrschaft, Auspeitschungen, Folter oder gar systematische Hinrichtungen, wie er sie aus den deutschen Konzentrationslagern in Dachau und Flossenbürg kannte, erlebte er dort nicht. Wenige Monate nach Kriegsende wird er entlassen und macht sich von der Ukraine zu Fuß auf den Weg zurück nach Deutschland. Ausgemergelt und mit einem schweren Magenleiden, chronischer Bronchitis und einer Herzmuskelkrankung kommt er am 2. Januar 1947 in Hirschhorn an.

Seine alte Wohnung ist durch einen Dachstuhlbrand zerstört, die wenigen Habseligkeiten verbrannt. Der Gemeinderat teilt ihm einstimmig eine komfortable Zweizimmerwohnung mit Küche im Hause des ehemaligen Nazibürgermeisters zu. Eine politische Entscheidung: Solange Nazis noch immer in Wohnungen mit zwei und mehr Zimmern

wohnten, wollte man ehemals politisch Verfolgte nicht ohne Obdach lassen. Wenige Monate später findet Wilhelm Philipp Eifler eine Anstellung bei einer Konsumgenossenschaft. Im darauffolgenden Jahr heiratet er. Zu den zwei Kindern, die seine Frau mit in die Ehe bringt, kommen zwei gemeinsame Kinder.

Es scheint, als habe mein knapp 40-jähriger Großvater endlich sein Glück gefunden. Doch die lange Haftzeit hat ihm gesundheitlich zugesetzt, in der Konsumgenossenschaft fällt er krankheitsbedingt immer wieder aus. Gleichzeitig ist der Kampf um Entschädigung mühselig und kräftezehrend. Schließlich gelingt es ihm, Entschädigungsgelder zu erhalten, von denen er sich ein kleines Textilgeschäft einrichtet. Doch inzwischen prägt ein wachsender Antikommunismus die Nachkriegszeit. Mindestens zweimal verweigert die Polizei die Strafverfolgung von Nazis, die mein Großvater als seine Peiniger aus Dachau identifiziert hat und anzeigt. Gleichzeitig fordert der Pfarrer die Kirchengemeinde auf, nicht im Geschäft des Kommunisten Eifler einzukaufen.

Die Enttäuschung über diese Entwicklungen sitzt tief. Gleichzeitig wird die Versorgung der Familie immer schwieriger. Meine Großmutter häkelt nachts Strümpfe, die mein Großvater tagsüber im Umland bei Türverkäufen anpreist. Politisch desillusioniert und materiell an die Wand gedrückt, siedelt die Familie Eifler im April 1955 in einer Nacht-und-Nebel-Aktion nach Ostberlin über. Sie lassen sich zunächst im thüringischen Zeulenroda und einige Jahre später in Eberswalde nieder.

Einer dauerhaften Beschäftigung kann mein Großvater nicht mehr nachgehen. Doch er nutzt die Zeit, seine Erinnerungen an das Lagerleben aufzuschreiben oder als Zeitzeuge in den Schulen davon zu berichten. Es sind Geschichten über die Kraft der Solidarität, eine beeindruckende Kraft unter den widrigsten Bedingungen.

Mein Großvater stirbt im Februar 1983. Er gehörte zu einer Generation, die sich wie keine andere zwischen Widerstand und Anpassung entscheiden mußte und zugleich alle Abgründe des 20. Jahrhunderts erlebte.

Die Auflösung seines Grabes nach über 30 Jahren ist normale gesellschaftliche Gepflogenheit. Und doch war sie für mich ganz persönlich die Auslöschung eines Ortes, der mir die Erinnerung an die bewegenden Lebensgeschichten jener Generation leichter gemacht hat. Lassen wir nicht zu, daß nun auch unsere von unten erkämpfte Erinnerungskultur durch Russophobie, Nationalismus und Kriegsabsichten ausgelöscht wird.

ULRIKE EIFLER gehörte 1995 zu den Gründungsmitgliedern des Barnimer Bürgerpost e.V. und ist heute Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft und Mitglied des Vorstands der Partei Die Linke.

»Die linke Mitte«

Kurz vor Drucklegung unserer Mai-Ausgabe hatte die Redaktion die Eilmeldung erreicht, daß FRIEDRICH MERZ die Wahl zum neuen Bundeskanzler im ersten Wahlgang verfehlt hatte. Kurze Zeit später war klar, daß es noch am gleichen Tag einen zweiten Wahlgang gibt, in dem Merz schließlich die erforderlichen Stimmen erhielt. (BBP 5/2025)

Bemerkenswert war nicht so sehr die Abstimmungsniederlage im ersten Wahlgang. Denn die sogenannte »große Koalition« verfügt schließlich nur über eine hauchdünne Mehrheit. Sowohl beim Koalitionspartner SPD als auch in den eigenen Reihen mag es den einen oder die andere gegeben haben, die dem neuen Kanzler einen kleinen Denkkzettel mit auf den Weg geben wollten. In einem dritten Wahlgang hätte schließlich auch die einfache Mehrheit gereicht.

Daß die Bündnisgrünen als willfähige Steigbügelhalter des CDU-Rechtsaußen für die zum sofortigen zweiten Wahlgang notwendigen Geschäftsordnungsänderung stimmen würde, war wenig überraschend. Aber deren Stimmen hätten allein nicht für die nötige Zweidrittelmehrheit gereicht. Entscheidend war das Verhalten der Linkspartei.

»Jetzt waren sie auf uns angewiesen, weil die Hütte brennt«, sagte die Linken-Vorsitzende INES SCHWERTNER laut TAZ. Die Linksfraktion hatte es also in der Hand, die Kanzlerschaft von Merz zwar nicht zu verhindern, jedoch herauszuzögern. Welchen Grund sollte die Linke haben, einen reaktionären Kanzler zu unterstützen, der die eigene Truppe nicht im Griff hat? Hatte die Linke nicht noch Wochen vor der Wahl sich an den großen Demonstrationen gegen Merz beteiligt, weil der Gesetze zur Migrationsabwehr auch mit den Stimmen der AfD durchdrücken wollte? Stand und steht die neue Regierung nicht für einen beispiellosen sozialpolitischen Kahlschlag, für den Abbau demokratischer Rechte und nicht zuletzt und dies im besonderen für eine Aufrüstungs- und Kriegspolitik, die dieses Land zuletzt vor 90 Jahren gesehen hat?

Wie auch immer. Die Linken zierten sich keine Sekunde und bekamen prompt von einem Politikprofessor bescheinigt, Teil der demokratischen Mitte zu sein. Eigentlich eine diffamierende Einschätzung für eine linke Partei, zumal die sogenannte »demokratische Mitte« immer weniger demokratisch agiert.

Doch diese Partei ist längst »angekommen«. Das Ziel, von dem einst GREGOR GYSI träumte, ist erreicht. Letzterer war einst maßgeblich daran beteiligt, das Wort »Sozialismus« im Parteianamen durch das diffuse »Linke« zu ersetzen. Nun wird es Zeit für eine erneute Umbenennung der Partei.

Mein Vorschlag: »Die linke Mitte«.

GERD MARKMANN | 21

Pistorius

*Auf beste Zutaten kommt es an,
Daß man was Gutes kochen kann.
Gelingt dem Koch der Gaumenschmaus,
Kommt der Akteur meist groß heraus.*

*Also setzt auf Qualität der Küchenheld,
Spart weder Schweiß noch Geld.
Wenn das Ergebnis allen schmeckt,
Wird er beliebt und zwar zurecht.*

*Auch Politiker sind gern beliebt.
Was es allerdings höchst selten gibt.
Wie mancher das bei uns geschafft.
Ist mir bis heute schleierhaft.*

*Ich denke nach, mir schwirrt der Kopf.
Ungenießbares* käme mir nicht in den Topf.
Ein anderer setzt drauf, schickt manche Drohne.
Ist überaus beliebt, greift nach der Kanzlerkrone.*

RAINER KROBOTH

* Wehrpflicht, Kriegstauglichkeit, Aufrüstung, Waffenlieferung.

Vier Tage später erreichten Voraussichten der 47. Armee der 1. Belorussischen Front in ihrem Frontabschnitt die Stadt Bernau und führten hier am 20. und 21. April 1945 die letzten Gefechte mit örtlichen deutschen Kräften.

Zu gleicher Zeit trieb die Lager-SS des Konzentrationslagers Sachsenhausen die ersten Kolonnen der über 33.000 Häftlinge auf einen Todesmarsch Richtung Ostsee. Am 22. und 23. April 1945 fanden dort polnische und sowjetische Truppen noch etwa 3.400 Häftlinge vor, vor allem Kranke.

Es war kein Spuk, der hier in Bernau am 21. April 1945 und in Deutschland am 8. Mai 1945 sein Ende fand, es war der blanke Terror im Inneren des Reiches seit dem Reichstagsbrand und nach außen der menschenvernichtende, europaweite Raub- und Vernichtungskrieg. Am 22. April 1945 verlegte Großadmiral Dönitz, nach Hitlers Selbstmord am 29. April dessen Nachfolger, sein Hauptquartier von Lobetal (*»Objekt Koralle«*) bei Rüditz nach Plön in Schleswig-Holstein. Für den Bürgermeister der Stadt Bernau Dr. HEINRICH HÖHN, der nach der Reichstagswahl 1933 mit dem Magistrat der Stadt Bernau der *»einige(n) Bürgerschaft«* das Wort redete, endete am gleichen Tag die Amtszeit. Er starb im gleichen Jahr in einem Internierungslager der Sowjetarmee. Der Großadmiral Dönitz, der noch am 25. April 1945 die *»Einrichtung eines Fliegenden Standgerichts«*¹ anregte, überlebte.

Leutnant KONRAD WOLF wurde am 22. April 1945 Militärkommandant von Bernau, für einen Tag. Ihm folgte Oberst KONSTANCIAN, mit Befehlen ausgestattet, das weitere Leben im Ort zu organisieren.

Eine der Aufgaben war die Seuchenbekämpfung und im Rahmen dieser die baldige Bestattung der in den Gefechtsfeldern liegenden Leichen bzw. solchen, die man schnell und vorsorglich am Fundort begrub. Bergungskommandos wurden eingesetzt, die auf Hinweis Leichen bargen und der geordneten Bestattung zuführten. Vorgefundene Identitätsnachweise erhielten die Standesämter.

Diese und die Kirchgemeinden übersandten Namenslisten der oberflächlich identifizierten an die zuständigen Stellen des Roten Kreuzes und der Alliierten. Bedingt durch die Notwendigkeit der schnellen Bergungen bürgerte sich der Begriff *»Gefallen«* ein. Unterstellt wurde, daß der Tod infolge der Kampfhandlungen eintrat, Fundorte sind vage beschrieben. Nirgends findet sich heute der Hinweis, was mit den Waffen der im *»Kampf«* Gefallenen geschehen ist.

Die ersten Versuche in Bernau, weitere Prüfungen vorzunehmen, übernahm ab dem 15. Mai 1945 die neugebildete Polizeiordnungstruppe. Am 24. Januar 1946 ordnete der Landrat des Kreises Niederbarnim/Polizeidezernent an, die an Straßenrändern und angrenzenden

Zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus:

Die Befreiung von Bernau

Am Morgen des 16. April 1945 begann die »Berliner Operation« der Sowjetarmee. Auf Hunderten von Kilometern setzen sowjetische Truppen, unter ihnen auch die 1. polnische Armee, über Oder und Neiße. Befehlslage: Einnahme der Reichshauptstadt und Beendigung des verbrecherischen Raubkrieges der deutschen Faschisten. Das in Abstimmung der Alliierten der Anti-Hitler Koalition.

Feldern liegenden Gräber deutscher Soldaten zu öffnen und die Leichname umzubetten.

Es ist somit davon auszugehen, daß die nach Ende der Kampfhandlungen aufgefundenen Leichen in und nahe Bernau vor dem 21. April 1945 starben.² Auch wenn man die Leichenfunde später meldete.

Die Toten bei Rüditz-Albertshof

Am 13. und 16. November 1953 berichtete die Kreisredaktion Bernau des Lokalblattes *»Neuer Tag«* von der Exhumierung 12 deutscher Soldaten aus einer Sammelgrabstätte nahe dem Volksgut Albertshof, Ortsteil der Gemeinde Rüditz.³ Es handelt sich, so der Verfasser, *»zum großen Teil um die Insassen eines damaligen Straflagers«*, die *»von einer SS-Formation gestellt und an Ort und Stelle erschossen«* wurden.⁴ Die Zwölf wurden am 14. November 1953 auf dem Neuen Friedhof in der Jahnstraße in Bernau beigesetzt. Zu diesem Akt hatten sich Hinterbliebene der identifizierten Toten, Vertreter der Parteien und Massenorganisationen, der staatlichen Organe, beider Kirchen und Bürger eingefunden.⁵ Die Ruhestätte, ein Sammelgrab ohne Namensnennung, befindet sich im Grabfeld Abteilung A des Neuen Friedhofes in Bernau.

Die von der Kreisstaatsanwaltschaft Bernau im Rahmen eines Verfahrens gegen Unbekannt erarbeiteten Fakten zum Geschehen sind nicht überliefert. Ebenso kein Polizeiprotokoll. Ein damals während der Exhumierung anwesender Angestellter der Stadt Bernau berichtete vom Befund des bestellten Gerichtsmediziners: *»Soldaten durch Genickschuß getötet ... teilweise waren die Schädel, vermutlich durch Kolbenschläge, beschädigt.«*⁶

Durch heutige Recherchen im Bundesarchiv und dem Stadtarchiv Bernau bei Berlin ist bestätigt, daß zwei der identifizierten Leichen Wehrmachtgefangene der Wehrmachtgefangenenabteilung Bernau waren. Nach der Darstellung der Witwe eines der Toten hatte ihr Mann sich im nahen Wald versteckt und die Ankunft der Sowjetarmee erwartet. Sie er-



Das Deserteursdenkmal an der Stadtmauer in Bernau.

FOTO: THOMAS TOBLER

wähnt auch mitbestattete sowjetische Häftlinge, gefangen in der WMGA Bernau und einen Rüditzener Eisenbahner, der die Erschießungen gesehen hatte.⁷ Vom Bahnwerk 28 aus, dem heutigen Bahnhof Rüditz. Zu den Tätern, auch als Feldgendarmen bzw. SS-Formation bezeichnet, ist nichts bekannt.

Die Befreiung des europäischen Kontinents vom deutschen Faschismus war für alle seine Gegner ein opferreicher Kampf. Im Inneren des deutschen Reiches richtete sich der Vernichtungswille der deutschen Faschisten auf all diejenigen, die nach deren Sicht Kampfkraft und Widerstandswillen schwächten.

Mit der Verordnung über die Errichtung von Standgerichten vom 15. Februar 1945 machte die Reichsführung nochmals eindeutig klar, daß *»die Lage Kampffestschlossenheit und Hingabe bis zum Äußersten«* erfordert. Wer sich seinen Pflichten gegenüber dem Reich entzieht, *»muß sofort mit der notwendigen Härte zur Rechenschaft gezogen werden, damit nicht aus dem Versagen eines einzelnen dem Reich Schaden erwächst.«*⁸

Das ist mit hoher Wahrscheinlichkeit auch hier passiert, nahe Rüditz-Albertshof. Die Feldgendarmen der Wehrmacht hatte diese Aufgabe bis zum Ende des Krieges. Die SIPO-Bataillone ebenso. Eines davon hatte sein Quartier am Ortsrand von Bernau.

Wie viele Menschen durch Urteile von Standgerichten der Wehrmachtjustiz und durch andere Henker ohne Gerichtsverfahren zu Tode kamen, ist nicht überliefert. Die Abschreckungsprämisse prägte das politische und militärische Handeln der kriegführenden Faschisten.⁹

Das Geschehen, wie das um die Albertshofer Toten nahelegt, deutet auf das *»Auskämmen«* der zurückflutenden Massen von Soldaten hin, deren Einheiten aufgerieben worden waren, um sie in die kämpfende Truppe einzugliedern. Regel: Alle, die nicht brauchbar waren, werden exekutiert, wenn man ihrer habhaft werden konnte. Fahnenflüchtige sowieso. Gemäß der Parole: *»An der Front kann man sterben, als Deserteur muß man sterben.«* Diese Vorgehensweise konnte auch alle Zivilisten treffen, die den Niedergang dieser *»Volksgemeinschaft«* nicht mehr im gleichen Takt mit dem *»Führer«* marschieren wollten.

Im Jahre 1972 erstellte die Kreisverwaltung Bernau eine (nicht vollständige) Gräberliste, in der 1.366 Grabstätten von Toten des Zwei-

ten Weltkrieges aufgeführt sind. Deutsche und sowjetische Tote. Die oben erwähnten »gefallenen« Albertshofer Toten sind genannt. Auf den örtlichen Friedhöfen befanden sich die Mehrzahl der Kriegsgräber der deutschen Soldaten, noch 1945 als Heldengräber bezeichnet, ohne weitere Namensnennung. Das änderte sich aufgrund des seit 1993 geltenden Gräbergesetzes. Seit 1996 sind für »Opfer von Terror- und Gewaltherrschaft« Grabplatten ausgelegt. Mit Namen, Geburts- und Sterbetag versehen. Soldaten, SS-Leute, ein Kriegsverbrecher. Auch für hingerichtete Fahnenflüchtige, Selbstmörder, zivile Bombenopfer, einen KZ-Häftling, für Kinder von Zwangsarbeiterinnen und ausländische Arbeitsklaven in der deutschen Rüstungsindustrie (Fa. Bergmann).

Die allgemeine Erkenntnis: Die Militarisierung einer Gesellschaft ist immer ein alle gesellschaftliche Sphären durchdringender Prozeß, der den Staatsbürger in einen Rechte-Pflichten-Kodex stellt, welcher auch strafbewehrt ist. Lehrinhalte, historische Deutungen, Rechtsetzung, Rechtsprechung, Finanzpolitik, Rüstungsgeschehen, nicht zuletzt der medial verbreitete Mainstream geben dem Denken auch unmerklich Richtung. Dies alles hat Einfluß auf die Benennung von »Feinden«, gegen die es sich zu verteidigen gilt, auf die Akzeptanz von Rüstung, auf die Berechtigung zum Töten. Kriegstüchtigkeit bedarf der Kriegswilligkeit oder des Gefühls, diesem Staatsverlangen nur bei Strafe des eigenen Unterganges entgegenzutreten zu können.

Zur historischen Botschaft!

Während des Zweiten Weltkrieges starben in Europa im Kriegsverlauf 27 Millionen Menschen der Sowjetunion, allein in den Gefechten der »Berliner Operation« 78.000 Angehörige der Sowjetarmee. Auf dem Ehrenfriedhof in Bernau bei Berlin sind 562 Soldaten, Offiziere und Generale bestattet. Im Jahre 1994 verabschiedeten sich die Truppen der Sowjetarmee. Sie verließen ihre Kasernen und fuhren nach Hause.

Uns zur Erinnerung, Mahnung und zur ewigen Verpflichtung für den Frieden zu streiten!

KLAUS-DIETER JÄSCHKE

- 1 – www.germandocsinrussia.org Findbuch 12453 / 25.4.1945, Kriegstagebuch
- 2 – Kriegsterbearchiv Standesamt Bernau im Stadtarchiv Bernau bei Berlin, Bericht vom 31. Juli 1945
- 3 – Neuer Tag vom 13.11.1953 und 16.11.1953
- 4 – Neuer Tag 13.11.1953 Heimatzeitung für den Kreis Bernau
- 5 – Neuer Tag ebenda 16.11.1953
- 6 – Chronik Ernst Koch Bad 4 Seite 439
- 7 – Sterbeurkunde B., Wilhelm Stadtarchiv Sterberegister Ladeburg
- 8 – Verordnung über die Errichtung von Standgerichten. Vom 15. Februar 1945 Präambel, Quellensammlung Wikisource
- 9 – siehe auch CAMO_500_12453_29_0030 OKM Laufende Befehle. Bekanntgabe eines Todesurteils. Der Betreffende wurde enthauptet.

»Die verletzte Eurydike«

So heißt ein Gemälde des spanisch-französischen Malers NARCISO VIRILIO DÍAZ DE LA PENA. Es ist ein Werk mit wechselvoller Geschichte. Ursprünglich gehörte es dem jüdischen Bankier GEORGE EDUARD BEHRENS aus Hamburg. Später wurde es geraubt und wurde Teil der Kunstsammlung des NS-Politikers HERMANN GÖRING, eines fanatischen Kunstsammlers, in vielen Fällen auch Kunstdiebes. Viele Jahre später ist das Gemälde im Besitz der BAYERISCHEN STAATSGEMÄLDESAMMLUNGEN – ein Restitutionsfall.

Aber mal von vorn. Die Händlerfamilie BEHRENS aus Pymont begann 1806 mit eigener



Bild: Regisseur Dr. Michael Zehetmair vom Bayerischen Rundfunk reiste für seinen Film extra in die Schorfheide - hier am Aufnahmetag vor den Wachhäusern von Carinhall. Zu sehen auch in der ARD-Mediathek. link ogy.de/th0b

Firma und entwickelte sich sogar im Bankwesen. Selbst die Weltwirtschaftskrise überstand man recht unbeschadet. Nicht aber den Nationalsozialismus. Von den Nazis wurde das Bankhaus »arisiert« – faktisch eine Enteignung des damaligen Besitzers George Eduard Behrens. Der ARD-Sender schreibt: »Was die private Kunstsammlung der Familie Behrens angeht, so sind die Details zu Größe und Bedeutung bis heute im Dunkeln. Jedenfalls gehörte das eingangs erwähnte de la Pena-Werk dazu. Ein bedeutender Teil von Görings Kunstsammlung war in seinem Landsitz namens Carinhall, gelegen in der Schorfheide nördlich von Berlin.«

Im April 1945 wurde Carinhall auf Befehl Görings in die Luft gesprengt. Die Rote Armee stand nur wenige Kilometer vom Anwesen entfernt und Göring verhinderte, daß Carinhall in die Hände der Russen fiel. Soweit nichts Neues. Heute erinnern lediglich zwei Wachhäuschen an die Existenz des protzigen Anwesens. Die Kunstsammlung wurde selbstverständlich zuvor nach Süddeutschland verbracht. Was davon übrig war, brachten die Alliierten größtenteils in den dafür vorgesehenen »Central Collecting Point« in München. Und hier schließt sich der Kreis, warum der BR einen Film dazu drehte.

THOMAS TOBLER

Internationale Solidarität ist kein Verbrechen

Zur Razzia des Bundeskriminalamtes bei mutmaßlichen Mitgliedern des Vereins FRIEDENSBRÜCKE – KRIEGSOPFERHILFE am 27. Mai hat die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) folgendes erklärt:

Der Verein Friedensbrücke organisiert seit dem Jahr 2015 die Lieferung humanitärer Güter an die Zivilbevölkerung im Donbass. Mit den Hilfsgütern werden Menschen unterstützt, die Opfer eines unerklärten Krieges geworden sind, den die ukrainische Regierung und ihre Armee seit dem Jahr 2014 gegen den Donbass führen und in dem mehr als 14.000 Zivilistinnen und Zivilisten getötet wurden. Seit mehr als elf Jahren wird die Bevölkerung im Donbass beschossen, weil sie sich der nationalistischen und profaschistischen ukrainischen Regierung nicht unterwirft.

Durch die Angriffe auf den Verein Friedensbrücke wird humanitäre Hilfe für Familien, Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser kriminalisiert, kurz nachdem Vertreter der faschistischen Asow-Brigade in Deutschland begrüßt und von den Abgeordneten mehrerer Bundestagsfraktionen empfangen worden sind.

Um die Razzien durchzuführen und die Haftbefehle auszusprechen, hat die Bundesanwaltschaft die Volksrepubliken des Donbass, deren Gründung im Jahr 2014 in Refe-

renden mit einer großen Mehrheit bestätigt wurde, als terroristische Vereinigung deklariert. Dies geschieht nicht zum ersten Mal. Erneut stellt sich der deutsche Justizapparat auf die Seite des Kiewer Regimes, das sonst die einzige Institution ist, die die Volksrepubliken auf Terrorlisten gesetzt hat.

Das Vorgehen der Generalbundesanwaltschaft ist ein weiterer Versuch des deutschen Staates, die Solidarität mit dem antiimperialistischen Kampf zu kriminalisieren und Aktive einzuschüchtern. Die Razzien und Haftbefehle stehen in einer Reihe mit den Repressionen gegen die Palästina-Solidarität. Allen, die sich dem Kriegskurs der Bundesregierung in den Weg stellen, soll klar gemacht werden, daß dies Konsequenzen haben kann – bis hin zu Verhaftung und Gefängnis.

Die DKP ist solidarisch mit den Mitgliedern des Vereins Friedensbrücke – Kriegsopferhilfe! Stoppt den Kriegskurs gegen Rußland! Internationale Solidarität ist kein Verbrechen!

Sonderschulden

Eberswalde (bbp). »Die jüngste Einigung zur Finanzreform hat eine langanhaltende Blockade gelöst und den Weg für dringende Investitionen im Barnim freigemacht.« Das meint der SPD-Landtagsabgeordnete KURT FISCHER. »Jetzt kommt es auf die Umsetzung an: Eine moderne Verwaltung, eine starke Justiz, ein funktionierender Staat – das ist die Voraussetzung für Vertrauen, Zusammenhalt und eine gute Zukunft.«

Fischer betont, daß neben dem Finanzpaket auch eine tiefgreifende Staatsmodernisierung notwendig sei. Diese soll genau da ansetzen, wo bisher »übermäßige Bürokratie und langwierige Verfahren den Menschen in ihrem Alltag Steine in den Weg« legen. »Es bedarf eines deutlichen Tempos, insbesondere beim Bau von Schulen, dem Ausbau unserer Infrastruktur oder der Stärkung unserer digitalen Netze.« Fischer betont, »keine Modernisierungsmaßnahme darf Kürzungen beinhalten, die das Gemeinwesen oder die Arbeitnehmerrechte schwächen.« Höheres Tempo bei Planungen bedeutet indes vor allem die Einschränkung von Mitsprachemöglichkeiten durch die Bürgerinnen und Bürger. Wie er diese Widersprüche lösen will, sagt Kurt Fischer nicht. Auch zum Zusammenhang der »Finanzreform« mit der geplanten Hochrüstung schweigt der SPD-Abgeordnete.

Er meint vielmehr: »Bereits lange geplante Infrastrukturprojekte gerade auch des Bundes müssen jetzt zügig umgesetzt werden. Egal, ob es um den Ausbau von Autobahn oder des Schienenverkehrs in unserem Landkreis geht.«

Waldprivatisierung

In der DDR gab es 2.100.000 Hektar volkseigene Waldflächen. Nach der Wende wurden davon rund 1.000.000 den neuen Bundesländern rückübertragen, 300.000 Hektar gingen an Kommunen. Darunter waren 65.000 Hektar Naturschutzflächen. Von den 800.000 Hektar einstmaligen Privatwaldes gingen bis 2022 die meisten Flächen mit rund 598.000 Hektar an private Käufer. Davon wurden rund 80 Prozent (477.200 Hektar) zu etwa einem Drittel des Verkehrswertes nach dem »Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG)« verschleudert. Die neuen Waldbesitzer mußten dafür nur geschätzte 435 Millionen Euro bezahlen, circa 912 Euro pro Hektar.

Die besten Waldstücke gingen entsprechend den gesetzlichen Richtlinien vor allem an Alteigentümer, zumeist Adelsfamilien. Sie verfügten über den notwendigen Ausgleichsleistungs- oder Entschädigungsbescheid nach dem Ausgleichsleistungsgesetz, da sie in der DDR enteignet worden waren. Offensichtlich hatten sie auch das nötige Geld für den Kauf.

ERNST WAGNER-ROTT

Staatsterror gegen 15jährige

Die bundesdeutsche »Terrorabwehr« hat mal wieder zugeschlagen. Am 27. Mai purzelte die Meldung aus den Nachrichtentickern, daß es in Berlin und Brandenburg »Durchsuchungen bei Unterstützern der Volksrepubliken Donezk und Lugansk« gegeben habe. Ziel der Durchsuchungen war der in Wandlitz ansässige FRIEDENSBRÜCKE-KRIEGSOPFERHILFE E.V.

Wegen der »besonderen Schwere« der unterstellten Handlungen – nämlich die »Unterstützung prorussischer Milizen« in den »terroristischen Volksrepubliken« – wurden die Durchsuchungen vom Generalbundesanwalt in Karlsruhe geleitet. Gegen die Vereinsgründerin LIANE KILINC und den Vereinsunterstützer KLAUS KOCH liegen inzwischen Haftbefehle vor, die allerdings nicht vollzogen werden können, weil die beiden vor den Verfolgungen in der BRD schon vor einigen Jahren nach Rußland geflüchtet sind.

Obwohl das den Sicherheitsbehörden bekannt sein dürfte, ließ der Generalbundesanwalt schweres Geschütz auffahren.

Klaus Koch, über 70jährig, zeigte sich geschockt. Denn Ziel einer der Durchsuchungen war das Haus seines Sohnes, in dem zur Zeit des Überfalls durch schwerbewaffnete und verummte Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) und Spezialkräfte lediglich sein 15jähriger Enkel anwesend war. Die ganze Straße sei abgesperrt gewesen, »wie bei einer Bombendrohung«, berichtete Klaus Koch in einem Chat. Man habe das Haus seines Sohnes »auf den Kopf gestellt und nichts gefunden«. In der Presse sei aber »von Terroristen und Unterstützern terroristischer Organisationen«, von »Waffenlieferungen und ähnlichem Blödsinn« berichtet worden. Als Mitglied des Präsidiums des deutschen Friedensrates protestiere er, Klaus Koch, »auf das Schärfste gegen das Vorgehen des Generalbundesanwalts«.

Die Durchsuchung, bei der es um die »Sicherstellung« von digitalen Trägern, Speichermedien, Telefonen und Dokumenten gehen sollte, habe zwei Stunden gedauert. Der Sohn von Klaus Koch sei erst nach einer Stunde nach Hause gekommen. Eine ganze Stunde stand der Fünfzehnjährige allein den bewaffneten Sicherheitskräften gegenüber.

Neben dem Haus des Sohnes von Klaus Koch in Zernsdorf wurde auch das Vereinsbüro in Berlin-Friedrichshain durchsucht. Auch in Wandlitz und in Höhenland sei das BKA im Einsatz gewesen.

Der Verein FRIEDENSBRÜCKE-KRIEGSOPFERHILFE, der ursprünglich in Jugoslawien, Syrien und anderen Ländern agierte, schickt seit 2015 humanitäre Hilfe in die Volksrepubliken im Donbass – und zeitweise auch in Gebiete der Zentralukraine. Nach Aussagen der Vorsitzenden Liane Kilinc unterstützte der Verein im Laufe der Jahre 800 Hilfsprojekte im Donbass, darunter die Instandsetzung von Schulen, die Einrichtung von Nähwerkstätten und Kleingärten-Projekte.

2022 wurde dem Verein nach einer Medienkampagne die Förderungswürdigkeit entzogen und Liane Kilinc siedelte nach Moskau über, weil vor ihrem Haus in Wandlitz demonstrativ Autos mit ukrainischen Kennzeichen parkten. Sie fühlte sich von ukrainischen Nationalisten beschattet und bedroht.

Bis 2022 lieferte der Verein die Hilfsgüter direkt aus Deutschland. Nachdem das immer schwieriger wurde, ging der Verein dazu über, Hilfsgüter mit Spenden aus der BRD in Rußland zu kaufen und in die Volksrepublik Donezk zu liefern.

Der Generalbundesanwalt indes verdächtigt den Verein, daß seine Mitglieder Unterstützer des »russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine« seien. Der Berliner Tagesspiegel legte noch eins drauf und sprach von »Terror-Unterstützern«. Konkret gehe es nach Angaben einer Sprecherin des Generalbundesanwalts »um den Vorwurf des Sammelns von Geldern und das Organisieren von Gütertransporten in die ukrainischen Regionen Luhansk und Donezk«. Die beiden Volksrepubliken, die inzwischen der Russischen Föderation beigetreten sind, würden »von den deutschen Sicherheitsbehörden als ausländische terroristische Vereinigungen eingestuft«, kolportieren Tagesschau und Tagesspiegel übereinstimmend. Die humanitäre Hilfe des Vereins sei »nur der Deckmantel« gewesen. Unter Berufung auf ein »russisches oppositionelles Medium« (The Insider) wird behauptet, der Verein habe »Güter für Kampfeinsätze an die russische Armee geliefert«, so etwa »Motoröl für Schützenpanzer, Drohnen und Drohnenblocker und Wärmebildkameras«. Beweise für diese Behauptungen wurden verständlicherweise nicht genannt.

Die Vorwürfe bezüglich dieser sogenannten Dual-Use-Güter seien »konstruiert, um uns zu kriminalisieren«, sagt Liane Kilinc. »Die Kriminalisierung solcher Lieferungen ignoriert den humanitären Kontext, in dem solche Güter lebensnotwendig sind.«

G.M.

Quellen (abgerufen am 28.5.25):

- <https://www.nachdenkseiten.de/?p=133700>
- <https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/pro-russische-milizen-von-brandenburg-aus-beliefert-bka-razzia-gegen-terror-unterstuetzer-in-konigs-wusterhausen-13761805.html>
- <https://www.tagesschau.de/investigativ/verdacht-terrorfinanzierung-friedensbruecke-Ru%DFland-100.html>
- <https://theins.ru/en/politics/260641>
- <https://apolut.net/angriff-auf-humanitaere-hilfe-hausdurchsuchung-beim-verein-friedensbruecke/>

Das Bernauer Hussitenfest:

»Kriegsspiele« zur Volksbelustigung

Es war ein bewegtes Wochenende in Bernau. Seit Freitag Nachmittag waren die Parkplätze in der Bernauer Innenstadt rar geworden. Bernauer, aber auch weit gereiste Gäste eroberten das Ambiente innerhalb der historischen Stadtmauer. Speis und Trank gab es ebenso reichlich wie viel Kultur auf Bühnen, Plätzen und Parkwiesen. Das Bernauer Hussitenfest in der 32. Auflage zog einheimische Besucher und Gäste der Stadt in seinen Bann.

Am späten Sonntagabend waren auf den entsprechenden Internetseiten ausführliche und detaillierte Erlebnisberichte und Schilderungen verfügbar. Ich mußte stutzen, als ich las: *»Der letzte Tag vom diesjährigen Hussitenfest begann mit der Generalprobe zur Schlacht. Selbst bei der Probe war die Besuchertribüne reichlich gefüllt...«*

Das machte mich sehr nachdenklich. Schon Tage vor dem Fest waren die Durchfahrtsperren aus Beton unübersehbar an ausgewählten Orten deponiert. Um eben, so wußte ich, Böses und Gewalttätiges erst gar nicht zuzulassen und alle fröhlich feiernden Menschen vor unsäglichem Unheil und Leid zu bewahren.



FOTO: THOMAS TOBLER

In Vorbereitung des Bernauer Hussitenfests wurden Durchfahrtsperren an diversen Neben- und Fußwegen zur Innenstadt mit Betonquadern gesichert. Die Sicherungsmethode ist neu und hat sich bewährt. Hier zu sehen ist der sonst für Notfalleinsätze zur Befahrung zugelassene Stadtmauerweg ab Berliner Straße vom Pulverturm kommend. Mit den Barrieren sollten Terrorangriffe mit Kraftfahrzeugen auf die Veranstaltung verhindert werden.

Und nun wurde die (Hussiten-)schlacht als Mittelalterspektakel vor einem breiten Publikum im Bernauer Stadtpark (jährlich wiederkehrend und als traditionell bezeichnet) aufgeführt. Die zahlreichen Videos dokumentierten, daß da keine Sanftmut publiziert wurde. Vor Menschen jeden Alters, vom Knirps bis zum ergrauten Opa, wurde da mit Schwert und Lanze ein grausiges Sterben zur allgemeinen Belustigung dargestellt und aufgeführt.

Während in der Ukraine, in Gaza, im Libanon, im Iran und wo sonst noch auf der Welt entsetzliche Kriege toben, bei denen Zehntausende qualvoll sterben, nahm ich zu Kenntnis, daß man Kriege der Geschichte in die Gegenwart holt, um damit Menschen zu unterhalten. Da fehlt mir einfach das Verständnis.

Auch weil vielen geschichtsunkundigen Zuschauern einfach verschwiegen wird, warum die Hussiten seinerzeit durch Mitteleuropa zogen: Vor 610 Jahren wurde der böhmische Prediger und Gelehrte JAN HUS durch den deutschen König SIGISMUND mit falschem Versprechen in das deutsche Konstanz gelockt, um ihn dann als Ketzer zu proklamieren und auf dem Scheiterhaufen zu verbrennen. Seine Anhänger wurden dann die in Rede stehenden Hussiten.

In den darauf folgenden Jahren schickten der Papst und der deutsche Adel in fünf Kreuzzügen deutsche Ritterheere nach Böhmen, um angeblich die religiöse Ordnung wieder herzustellen. Die fast zwei Jahrzehnte andauernden Hussitenkriege begannen durch diese deutsche Invasion und führten in der Folge die Hussiten unter anderem auch ins Brandenburgische.

Ob und wie sie Bernau erreichten und wieder verließen, ist dokumentarisch nicht mehr nachvollziehbar. Die Bernauer Chronisten Sailer und Wernicke verweisen darauf. Das blieb den Bernauer Schlacht-Zuschauern freilich verborgen. Deshalb sind »Kriegsspiele« zur Volksbelustigung für mich einfach widerlich. Weil ich, Jahrgang 1941, Krieg als kleiner Knirps erleben mußte und nie vergessen kann und werde.

GERD SCHLEGEL



FOTO: THOMAS TOBLER

Der veranstaltende Bernauer Heimatverein zeigte im Umzug des Hussitenfests am 14. Juni einen eigenen Fahrwagen. Die Parade zeugte bei allerfeinstem Wetter wie immer von historischen Ereignissen der Bernauer Stadtgeschichte in Bildern, angefangen von der Stadtgründung bis in die Gegenwart. Freilich beruht nicht alles auf gesicherten historischen Tatsachen, wie beispielsweise der nur vage überlieferte Hussitenzug bis vor die Bernauer Stadttore, der dem erstmals 1932 dargebotenen Spektakel des »Hussitenfestes« samt dem von Akteuren in mittelalterlichen Kluften simulierten blutigen Kriegsgemetzel den Anlaß gibt.

Regional und Bio

Biesenthal (bbp-ber). Der Biesenthaler Regionalmarkt war 2025 wieder gut besucht. Über 30 Stände und ein gutes Kulturprogramm boten am 4. Mai Gelegenheit zu vielen Gesprächen und zeigten die Vielfalt der regionalen Aktivitäten ansässiger Kleinunternehmen.

Den Unterhaltungsrahmen des Regionalmarkts bot die Bühne unter der Eiche auf dem Marktplatz mit verschiedenen Auftritten, die geöffnete Rathausgalerie als auch die Tourist-Information, die mit einer Sonderausstellung zum Vorbeischaun einlud. Zahlreiche Öko-Getränke- und Speise-Stände standen für den Gaumenschmaus bereit und wurden so gut genutzt, daß sich stets Schlangen entwickelten. Der Renner war eine moderne vegane Bratbude. Ebenso waren verschiedene Erzeuger von Kunsthandwerk, gärtnerischen Erzeugnissen sowie selbstverständlich auch der Kulturbahnhof vertreten. Kinder waren mit mehreren Mitmach-Bastel-Tischen sowie dem kleinen Theaterzelt gut betreut.

Auffällig sind die auf dem Markt zahlreiche vertretenen lokalen Anbieter bio-zertifizierter Nahrungsmittel. So stellte der traditionelle Danewitzer Familienbetrieb um Babette und Karsten Hübner in den letzten drei Jahren auf Bioproduktion um. Der »Biohof Hübner« vertreibt sein Sortiment sowohl im eigenen Hofladen als auch auf Wochenmärkten wie in Bernau, wobei die Präsenz der Tochter Josefine zu bemerken ist, die sich auf die Übernahme des Betriebs als Nachfolgerin vorbereitet. Fleisch und Wurstwaren sowie Gemüse aus eigenem Anbau werden ergänzt um Milcherzeugnisse und das BIO-Backwarensortiment der Eberswalder Firma Wiese, das das Brot jeden Tag (außer Montag) direkt anliefern.

Auch die »Melchhof Gärtnerei GbR« aus Melchow, die eine Demeter-Zulassung führen und seit 30 Jahren schon nachhaltig anbauen, sowie die »Wilde Gärtnerei« aus Rüditz waren präsent. Diese Erzeuger beliefern mit ihrem Bio-Gemüse vorzugsweise Markthallen bzw. Wochenmärkte in Berlin.

Jeder Anbieter hat seine Geschichte, und die kann sehr lang sein.

Gespräche mit Monstern

Bernau (bbp). Seit Anfang Juni gibt es in der Galerie Bernau eine neue Ausstellung. Die Ausstellung GESPRÄCHE MIT MONSTERN verbindet gemalte Geschichten und Skulpturen der beiden Künstlerinnen Ida Lawrence und Eva Pedroza. *»Eine Ausstellung zur Anregung unserer Fantasie, wir setzen uns mit dem tiefsten Inneren und dem Äußeren auseinander und werfen erneut einen anderen Blickwinkel auf die Stadt.«* Am 26. Juli um 16 Uhr berichten beide mehr über ihre künstlerische Praxis und diskutieren mit dem Publikum.

Die Leser der MOZ dürften sich ungläubig die Augen gerieben haben. An zwei aufeinanderfolgenden Tagen zwei ganzseitige Beiträge zu einem Straßenbauprojekt des Bundes! Warum das? Wer steckt dahinter? Zumal wirklich interessante, verbindliche Informationen zum Zeitplan und zum Bedarf überhaupt und zu den voraussichtlichen Kosten nach wie vor fehlen.

Es handelt sich um ein Vorhaben, für das nach eigener Aussage des Vorhabenträgers, dem Landesbetrieb für Straßenwesen (LSB), die Gemeinde Schorfheide, hier der Hauptort Finowfurt, und die Stadt Eberswalde »Störfaktoren« sind. Nachfolgend wollen wir versuchen, die Frage nach dem »warum jetzt?« zu beantworten.

Es beginnt bereits mit der Überschrift vom 10. April: »Wird der zweite Abschnitt teurer?« Das liest sich so, als ob es den ersten Abschnitt bereits gibt und bekannt sei, wie teuer dieser erste Abschnitt war. Beides trifft nicht zu.

Der erste Abschnitt ist noch nicht einmal, wie es im Amtsdeutsch heißt, »planfestgestellt«. Das bedeutet: Es gibt kein Baurecht, der Bund verfügt noch nicht einmal über alle erforderlichen Flächen und es dürfen noch keine Baumaßnahmen durchgeführt werden. Die (illegale) Praxis sieht jedoch anders aus: Um die neue Straße überhaupt zu ermöglichen, wurden im Bereich der Autobahnbrücke über die Havel-Oder-Wasserstraße (HOW) umfangreiche Baumaßnahmen durchgeführt. Es gibt auf der Nordseite der HOW bereits eine lange Spundwand, ohne die die vom Bund geplante Straße gar nicht unter die Brücke »gepaßt« hätte, was der LSB 2020 noch geleugnet hat. Es wurden bereits umfangreiche Erdarbeiten durchgeführt, wie gesagt ohne Vorliegen einer Baugenehmigung. So kann der Wanderer bereits deutlich sehen, wo nach dem Willen des Vorhabenträgers die Straße in Finowfurt verlaufen soll und wo das Brückenbauwerk den Kanal von Nord nach Süd kreuzen soll. Es gab bereits umfangreiche Baumfällungen, d.h. es wurden bereits vor der Erlangung des Baurechts vollendete Tatsachen geschaffen. Trotzdem ist es nicht redlich, so zu tun, als gäbe es den ersten Bauabschnitt schon.

Zu den Kosten für den ersten Bauabschnitt list festzustellen: Zehn Jahre lang hat man uns glauben machen wollen, daß der erste Bauabschnitt – es geht um dreizehn Kilometer Straße, teilweise dreistreifig, und 28 Ingenieurbauwerke, davon 19 Brücken – nur 58 Millionen Euro kosten wird. In vielen Stellungnahmen und Einwendungen wurde darauf hingewiesen, daß diese Zahl fern von jeder Realität ist. Trotzdem hielten die Planer daran fest.

Ein Grund dafür ist die Tatsache, daß dieser viel zu geringe Ansatz Grundlage für die Falschberechnung des NUTZEN-KOSTEN-VERHÄLTNISSSES (NKV) ist. Das NKV ist der Vorwand für die Einstufung der Dringlichkeit der Maß-

B167neu – um jeden Preis

von Johannes Madeja

Es war ursprünglich nicht meine Absicht, mich schon wieder zur B 167 neu zu Wort zu melden. Doch die beiden Artikel in der MOZ vom 10. und 11. April haben mich umgestimmt. Am 14. April kam auch noch der RBB dazu. Wir haben es also mit einer regelrechten Kampagne zu tun, die jedoch von den Medienkonsumenten meist nicht als solche erkennbar ist. Hier gilt es gegenzuhalten.* Es handelt sich um die Artikel »Wird der zweite Abschnitt teurer?« (MOZ, 10.04.2025) und »Optionen für den Neubau« (MOZ, 11.04.2025). Beide verfaßt von Stephan Backert.

nahme als angeblich »vordringlicher Bedarf«. So steht es gar im Ausbaugesetz.

Nun sah sich der LSB im Jahr 2023 gezwungen, die voraussichtlichen Kosten nach oben zu korrigieren. Dazu mußte die »Genehmigung« des Bundes eingeholt werden. So sind wir nach zunächst (gerundet) 106 Millionen Euro bei 112 Millionen Euro angekommen, in denen die Planungskosten (30 Jahre) wahrscheinlich nicht enthalten sind.

Und auch dieser Betrag dürfte nicht reichen! Eine zwangsläufig erforderliche Korrektur des NKV und damit der angeblichen Dringlichkeit hat es jedoch nicht gegeben, denn die steht ja im Gesetz! Wir haben gelernt: Was im Gesetz steht, das muß nicht richtig sein, gilt aber trotzdem.

Doch kommen wir zum Text des Artikels, der so beginnt: »Seit rund dreißig Jahren ist der Neubau der B 167 im Barnim in der Diskussion«. Schon dieser Satz ist nicht richtig. Nicht die vorhandene Straße wird neu gebaut, das ist gar nicht beabsichtigt. Es geht um den Bau einer völlig neuen Straße, geplant in zwei Abschnitten. Und was heißt »Diskussion«? Man kann nur diskutieren über etwas, das man kennt. Die überwältigende Mehrheit der Bewohner des Finowtals weiß so gut wie nichts über das Vorhaben. Von denjenigen, die etwas wissen, hört man stereotyp: Darüber lohnt es nicht zu reden, die Straße wird nie gebaut, dafür ist doch gar kein Geld da und auch, weil sie gar nicht gebraucht wird.

Seit es den Begriff »Sondervermögen« gibt, wissen wir: Es ist Geld da, mehr als genug, für »Infrastruktur« und für die Herstellung der »Kriegstüchtigkeit«. Hier trifft beides zu, wobei die Kriegstüchtigkeit natürlich nur aus dem »Kleingedruckten« hervorgeht. Hier muß man besonders aufmerksam lesen!

Was die Infrastruktur angeht, haben Bürgermeister, Landräte und ein paar Unternehmer die Straße als »Lebensader für den Barnim« bezeichnet. Das war im Jahr 2016. Inzwischen ist die Mehrheit dieser Herren (Damen waren nicht dabei) nicht mehr im Amt und die neuen Amtsinhaber haben sich bisher zurückgehalten. Einige haben gelernt, daß die Auffassung ihrer Amtsvorgänger nicht richtig war, aber das sagen sie (noch) nicht laut.

Ein Grund dafür steht im vorletzten Absatz des ersten MOZ-Beitrages: »Das Vorhaben wird

nicht von allen begeistert aufgenommen«. Richtig muß es heißen: Es gibt nur wenige Befürworter für die Maßnahme, besonders für den zweiten Bauabschnitt, und von Begeisterung, die sich die MOZ offensichtlich wünscht, kann gar keine Rede sein.

Die durchaus gewichtigen Gegenargumente werden als »Kritik« ganz nebenbei erwähnt, werden aber im Entscheidungsprozeß – Planfeststellung – keine Rolle spielen. Für den Krieg gelten andere Argumente! Umwelt und Klima kommen da nicht vor!

Damit sind wir der Beantwortung der Frage nach dem »warum jetzt?« schon näher gekommen. Jetzt geht es den Planern und dem Bund und »ihrer« Presse erst einmal um die Planfeststellung für den ersten Bauabschnitt (BA) von Finowfurt nach Eberswalde Nordend. Widerstand dagegen ist äußerst unerwünscht. Die Planfeststellung für den zweiten BA liegt noch in zeitlich weiter Ferne. Gleichwohl eignet sich der zweite BA hervorragend als Ablenkungsmanöver. Es ist für die Planfeststellung des ersten Bauabschnitts unschädlich, wenn wir jetzt über den zweiten BA »diskutieren«. Genau das ist gewollt! Das müssen wir erkennen und sollten uns nicht ablenken lassen! **Jetzt gilt es, durch konsequenten Widerstand die Planfeststellung des ersten BA zu verhindern!** Das ist nicht nur vernünftig, sondern auch aktive Friedenspolitik!

Der Zeitungsartikel »Optionen für den Neubau« (11.04.2025) ist die konsequente Fortsetzung des Versuchs, die von Beginn an, schon im Jahr 2000, als alternativlos bezeichnete Nordvariante 1 als Vorzugsvariante auszugeben. Wer über den zweiten Bauabschnitt (BA) nicht diskutieren will, einfach weil es für den überhaupt keine Zustimmung gibt, der soll sich wenigstens mit den drei angeblich bestehenden Varianten für den ersten BA vertraut machen, vorzugsweise mit dem Ergebnis, daß die Variante 1 natürlich die Vorzugsvariante ist.

MOZ schreibt: »...da für diese Variante eine Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Raumordnung mit Maßgaben herstellbar ist«. Geschwollener geht's kaum noch! Das sollen wir glauben. Wir sollen auch glauben, daß die Umweltverträglichkeitsprüfung (wann war die eigentlich? Vor zwanzig Jahren? Gilt die noch?) zu dem gleichen Ergebnis gekommen

ist. Wir sollen sogar glauben, daß Variante 1 auch die wirtschaftlich günstigste Lösung ist.

Daß eine neue Autobahnanbindung bei km 27,5, Streckenführung über Biesenthaler Straße, Museumsstraße, nördlich des Flugplatzes bis Sonnenallee oder Neubaugebiete in Finow in Verbindung mit dem »Eberswalder Schwung« wesentlich kostengünstiger und naturverträglicher zu realisieren ist und gleichzeitig den innerörtlichen Verkehr wirksam entlasten würde, das müssen, das sollen wir nicht wissen, sonst hätte die MOZ das ja gedruckt. Die entsprechenden Informationen von der seit mehr als 20 Jahren bestehenden BI gegen die Nordvariante liegen der MOZ vor. Aber solche Informationen muß die MOZ nicht drucken, schließlich ist man ja stolz darauf, »freie Presse« zu sein. Statt dessen druckt man lieber ab, was der Vorhabenträger, Landesbetrieb für Straßenwesen, vorgegeben hat und gerne lesen möchte.

Dazu gehört die Behauptung: »Zwischenzeitlich gab es seit 2010 umfangreiche technische Planänderungen für die erste Variante«.

Man kann nun trefflich darüber streiten, was unter »umfangreich« zu verstehen ist. Variante 1, Nordvariante, steht jedenfalls fest! Daran wird nicht gerüttelt! Wir konnten etwas von »Flüsterasphalt« lesen, von weiteren Lärmschutzwänden, von der Erweiterung auf drei Fahrstreifen (abschnittsweise) und von der Erhöhung der zulässigen Belastung, damit die Straße auch für (militärische) Schwertransporte geeignet ist. Die entsprechende Forderung des Bundesministeriums für Verteidigung findet man nun in den Projektunterlagen. Ganz anders verhält es sich mit den Anregungen, Einwendungen und Forderungen der Bürger. Die wurden überwiegend entweder ignoriert oder rundweg abgelehnt, im amtsdeutsch heißt das »weggewogen«!

Noch deutlicher wird die Antwort, wenn man Folgendes bedenkt: Die einzige »Ausrede« für die Maßnahme ist der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030, d.h. hier das Bundesfernstraßen-Ausbaugesetz, in dem ein angeblich »vordringlicher Bedarf« festgeschrieben ist. Dieses Gesetz ist zeitlich begrenzt gültig, bis 2030. Selbst wenn es dem Vorhabenträger gelingen sollte, im Jahre 2026 eine Planfeststellung zu erreichen, ist es kaum noch möglich, die Maßnahme innerhalb des zeitlichen Geltungsbereichs des Ausbaugesetzes zu realisieren. Klagen dagegen haben aufschiebende Wirkung. Wenn eine Klage erfolglos sein sollte, müssen die erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt werden und die Maßnahme ist auszuschreiben. Das dauert! Damit liegt der Baubeginn in weiter Ferne. Die wenigen Befürworter der Maßnahme sehen ihre »Felle davonschwimmen«.

Deshalb wollen sie eine weitere Verzögerung der Planfeststellung um jeden Preis verhindern. Deshalb werden jetzt die Lügen

von der »Ortsumgehung«, vom angeblich »dringenden Bedarf«, von der »Entlastung des innerörtlichen Verkehrs«, von dem großen Nutzen der Maßnahme (NKV=10) und auch von der Umweltverträglichkeit der für die Natur schädlichsten Nordvariante gebetsmühlennartig wiederholt in der Hoffnung, daß die Bürger diesen Unsinn endlich glauben und auf jeden Widerstand verzichten.

Gleichzeitig wird mit Fleiß verschwiegen, daß der Bund hier eine militärische Nachschubstraße errichten will. Das könnte Kriegsgegner und Friedensfreunde auf den Plan rufen und eine Planfeststellung gefährden. Deshalb hat sich am 14.04.25 sogar der RBB der Sache angenommen, um auch diejenigen Bürger zu erreichen, die nicht mehr Zeitung lesen wollen oder können. Darin werden brav die gleichen Falschbehauptungen wiederholt, die wir schon in der MOZ lesen konnten. Man muß so etwas nur oft genug wiederholen, irgendwann werden es die Leute schon glauben! Es sind sogar Leser der BBP darunter!

* Der vorliegende Artikel wurde im April geschrieben. In der Mai-BBP fehlte es leider am Platz für diesen umfangreichen Text, so daß sich die Redaktion für einen Abdruck in der Sommerausgabe entschieden hat. An Aktualität hat der Text nichts verloren, auch wenn inzwischen Informationen die Redaktion erreichten, wonach eine zumindest zeitnahe Planfeststellung unwahrscheinlich sei. Trotz der beschlossenen Sonderschulden für Infrastrukturmaßnahmen soll es an den nötigen Finanzen fehlen. Offizielle Bestätigungen für diese Informationen liegen allerdings nicht vor. (bbp)

Anzeige

Die IRRLICHTER-Tour 2025 anlässlich des 75. Geburtstages von Rio Reiser endet mit erweitertem Programm Ende des Jahres im Eberswalder Café Kleinschmidt. Eine Hommage, keine Cover-Show! Das Bühnenstück vereint, getragen von Rios Songs, das gesamte Denken und Fühlen dieses Ausnahmekünstlers. Rios Sein auf seine Essenz verdichtet.

Gefälschte Wolfswarnung

Blütenberg (bbp). In den vergangenen 30 Jahren sind Wölfe, die bis dahin in unserer Region als ausgestorben galten, auch in Brandenburg wieder heimisch geworden. Der strenge gesetzliche Schutzstatus hat dazu beigetragen. Im Landkreis Barnim sind Wölfe südlich von Eberswalde in der Barnimer Heide, nördlich im Gebiet Parstein-Oderberg sowie in der Schorfheide sicher nachgewiesen worden.

Landwirte beklagen sich immer wieder, daß Schafe oder andere Tiere von den Wölfen gerissen werden. Nicht zuletzt daher wird der Ruf nach einer Lockerung des Schutzes von betroffenen Landwirten, aber auch von Teilen der Jägerschaft immer lauter.

Manchmal wird hier aber auch künstlich nachgeholfen, um in der Bevölkerung Ängste vor dem Wolf zu schüren. So tauchten jüngst im Gebiet um Blütenberg Warnschilder auf, die davor warnen, das als »Wolfsgebiet« ausgewiesene Areal alleine zu betreten. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, Kinder zu beaufsichtigen und Hunde anzuleinen. Doch offensichtlich sollten hier unter Ausnutzung des anerzogenen Rotkäppchensyndroms ganz andere Interessen durchgesetzt werden.

Dr. Andreas Steiner hatte das Schild bei einem Osterspaziergang entdeckt. Es sei nicht einzusehen, daß die Menschen aufgrund der potentiellen Gefahr von Wolfsangriffen ihre Freizügigkeit einschränken sollen. In einer »dichtbesiedelten Kulturlandschaft hat der Wolf nach meinem Verständnis keinen Platz«, argumentierte er. »Als Kinder konnten wir noch alleine in den Wald spielen gehen, dies ist unter diesen Umständen heutzutage leider undenkbar. Aber auch Spaziergänger, die Rast machen möchten und gegebenenfalls ein Nickerchen im Wald halten, können dies nicht bedenkenlos tun.«

Doch wenige Tage später stellte sich alles als Fehllarm heraus. »Wie ich gestern aus gut informierten Kreisen der regionalen Forstwirtschaft erfahren habe«, informierte Dr. Steiner am 24. April, »handelt es sich bei dem in Blütenberg angebrachten Schild der Warnung vor dem Wolf wohl um einen plumpen Einschüchterungsversuch seitens der Jägerschaft.« Solche Schilder seien schon an einigen Orten aufgetaucht, wußte er zu berichten. »Offensichtlich möchten die Jäger Besucher abschrecken, damit sie bestimmte Gebiete des Waldes nicht betreten. Eine tatsächliche Bedrohung durch Wölfe für den Menschen scheint es nicht zu geben.«

Dr. Steiner hofft, daß die zuständigen Stellen sich nun um die Angelegenheit kümmern. »Es kann nicht angehen, daß Menschen auf diese Weise verunsichert, insbesondere Kinder verschreckt werden. Diese Handlungsweise lehne ich kategorisch ab, denn der Wald ist für alle da, eben auch für Erholungssuchende und nicht nur für die Forstwirtschaft und Jagd.«

Smartphone-Daddeln ist modern, aber ungesund

Neueste medizinische Erkenntnisse wecken Zweifel am ungebremsten Fortschritt

Wer kennt sie nicht, die Daddellei am Handy, beim Gehen, beim Fahren, beim Sitzen und im Liegen. Überall, nicht nur Zuhause, verdödeln wir jede Menge Zeit durch Computereinheiten, weil wir es können und weil es ja so gut tut. Wirklich? Dabei fing das alles ganz harmlos an. Nach Erfindung des Internets setzten sich die neuen Jünger des Internets an ihren PC und tippelten sich per Desktopsystem neben kleinen Büroaufgaben mit Spielen aller Art regelmäßig bis in den Schlaf. Doch selbst dabei blieb es nicht, denn der Fortschritt »Internet« brach sich Bahn – auch für unterwegs.

Was sich einst als angenehme Alternative zum vergreisten Niveau des Fernsehangebots durchsetzte, dominiert dank der kleinen Mobilgeräte den heutigen Alltag auf den Straßen der Republik. Diese Woche saß ich mal wieder stundenweise in der Bahn und entdeckte, daß wenigstens vier von fünf Leuten, egal, ob Jugendliche oder Erwachsene, die gesamte Zeit wie an einem Sauerstoffschlauch an ihren Tastaturen hängen. Sie können dies mühelos beobachten, wenn Sie einfach mal unterwegs Ihr eigenes Gerät beiseite legen und mit all Ihren eigenen Sinnen als Beobachter völlig zappelfrei einen Blick auf Ihre tippelnden Zeitgenossen werfen. Dann erst erkennen Sie, wie die Bildschirmnutzung die Wahrnehmung und den Einklang mit der Umwelt sowie normale soziale Kontakte ihrer Mitmenschen aussetzen läßt.

Solcherlei Sitten prägen unser Verhalten und das Wohlbefinden dauerhaft, wie eine neue Studie belegt. Eine definierte Reduzierung der Smartphone-Bildschirmzeit verbes-

sert nach Forschungsergebnissen die psychische Gesundheit. Der Professor für Psychosomatische Medizin CHRISTOPH PIEH hat mit seinem Forschungsteam in Krems erstmalig einen kausalen Zusammenhang zwischen Smartphone-Nutzung und psychischer Gesundheit nachgewiesen und herausgefunden, daß eine Reduktion der täglichen Smartphone-Nutzung auf unter zwei Stunden zu einer spürbaren Verbesserung des Wohlbefindens führt. Insgesamt wurden 111 von 125 gesunden Studenten zufällig ausgewählt und die anderen der Kontrollgruppe zugewiesen. Obwohl bei der Ausgangsbasis keine Unterschiede beobachtet wurden, traten bei den Probanden signifikante Auswirkungen der kleinen bis mittleren Größe hinsichtlich Wohlbefinden, depressiver Symptome, Schlafqualität und Streß auf. Deutliche Gruppenunterschiede wurden nach der Intervention speziell für depressive Symptome gefunden.

Die im Fachjournal »BMC Medicine« veröffentlichte randomisierte kontrollierte Studie

zeigt eine Beschränkung der täglichen Smartphone-Nutzung einer Gruppe auf maximal zwei Stunden, während eine Kontrollgruppe ihre durchschnittliche Nutzung von 4,5 Stunden pro Tag beibehielt. Die Ergebnisse nach drei Wochen:

- depressive Symptome gingen um 27 Prozent zurück
- Streß nahm um 16 Prozent ab
- Schlafqualität besserte sich um 18 Prozent
- das allgemeine Wohlbefinden stieg um 14 Prozent

Bei den meisten Teilnehmenden stieg ohne den Disziplinierungszwang die Smartphone-Nutzung nach den drei Wochen deutlich an. Nur diejenigen, die sich gut unter Kontrolle hielten und diszipliniert an das Zwei-Stunden-Limit gehalten hatten, haben auch im Anschluß des Experiments weniger Zeit am Handy verbracht, berichtet Pieh – und hatten weiterhin die positiven Effekte. Studie im Original hier: ogy.de/7jmh

THOMAS TOBLER

Kapitalismus und Krieg

Im August 1945 führten die US-amerikanischen Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki allen Klardenkenden vor Augen, daß die Selbstvernichtung der Menschheit zur realen Möglichkeit geworden ist. Als eine vorerst theoretische hatte das bereits Karl Liebknecht in seiner 1907 erschienenen Schrift »Militarismus und Antimilitarismus« gesehen:

»Und in der Tat können wir damit rechnen, daß, wenn auch in einer fernen Zukunft, die Technik, die leichte Beherrschung der gewaltigsten Naturkräfte durch den Menschen, eine Stufe erreichen wird, die eine Anwendung der Mordtechnik überhaupt unmöglich macht, weil sie Selbstvernichtung des Menschengeschlechts bedeuten würde ...«

1960 erklärte eine »Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien« die Erhaltung des Friedens zum »brennendsten Problem unserer Zeit«. Das war nicht irgendeine Zusammenkunft; sondern es war eines der großen Treffen fast aller kommunistischer Parteien, die seit den 1950er Jahren alle paar Jahre stattfanden und in gewisser Hinsicht die Weltkonferenzen der 1943 aufgelösten Kommunistischen Internationale fortsetzten.

Dabei war die kommunistische Weltbewegung nur Teil der Kräfte, die gegen einen drohenden Atomkrieg und der damit einhergehenden Vernichtung der Menschheit mobil machten. Anfang der 1980er Jahre demonstrierten beispielsweise rund eine Million Menschen im Bonner Hofgarten gegen die da-

mals aktuell drohende Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD.

Um 1990 schien es eine kurze Zeit lang, als wäre die Gefahr eines weltvernichtenden Atomkriegs und überhaupt die Gefahr von Kriegen geringer geworden. Doch schon 1991 machte der Krieg der US-geführten Koalition gegen den Irak deutlich, daß dies nur Wunschglauben war. Es begann die Ära der »Weltordnungskriege« der einzigen verbliebenen Weltmacht, mit denen selbige mit ihren Verbündeten, die inzwischen immer mehr zu bloßen Vasallen degenerieren, ihre »wertebasierte Ordnung« dem Rest der Welt aufdrücken wollten und wollen.

In den dreieinhalb Jahrzehnten, die seitdem vergangen sind, kamen immer mehr »Schurkenstaaten« ins Visier des »Weltgendarms«. Immer größere Bereiche der Welt sind so in dauerhafte Krisenherde verwandelt worden. Inzwischen wird auch die Gefahr eines menscheitsauslöschenden Atomkriegs wieder sehr real.

Über den Zusammenhang von kapitalistischer Produktionsweise und Krieg gab es vor

dem 1. Weltkrieg weit weniger Illusionen als heute. So sagte damals der französische Sozialist Jean Jaurès: »Immer trägt diese gewalttätige und chaotische Gesellschaft in sich den Krieg. Und es gibt nur ein Mittel, den Krieg zwischen den Völkern abzuschaffen, nämlich Schluß zu machen mit dem ökonomischen Krieg – der in den allgemeinen Kampf auf den Schlachtfeldern mündet«. Erst »mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.«

Jean Jaurès wurde am 31. Juli 1914, unmittelbar vor Beginn des Ersten Weltkrieges, von einem französischen Nationalisten ermordet. Heute sind es weniger die Nationalisten, von denen die Kriegsgefahr ausgeht, als vielmehr die sogenannten Globalisten.

Die Linken in der 2. Internationale hatten übrigens schon 1907 auf der Stuttgarter Konferenz realistische Vorschläge zur Kriegsverhinderung gemacht und den Generalstreik im Falle eines Krieges gefordert.

GERD MARKMANN

Quelle: www.unsere-zeit.de/der-kapitalismus-traegt-den-krieg-in-sich-wie-die-wolke-den-regen-44741/

Gärtnern ohne Torf zum Schutz der Moore:

Was schon Herricht & Preil wußten

Mit »Torffrei gärtnern« ist ein aktueller Ökotip des BUND betitelt. Tatsächlich geht der BUND davon aus, daß viele Hobbygärtner ihre Blumenerde für den Garten im örtlichen Baumarkt kaufen.

»Jeder Sack herkömmlicher Pflanzerde enthält Torf und damit wertvolles Moor«, weiß der BUND-Experte für Moorschutz TOBIAS WITTE. »Der Torfabbau zerstört mit den Mooren einzigartige Lebensräume für seltene Tiere und Pflanzen und riesige CO₂-Speicher. Moore und ihre dicken Torfschichten sind über Jahrtausende gewachsen. Sie speichern viel Kohlenstoff. Werden sie für die Gewinnung von Torf abgebaggert, gehen wichtige Lebensräume für seltene Arten verloren. Gleichzeitig gelangen auch große Mengen des Treibhausgases CO₂ in die Atmosphäre.«

Wie Tobias Witte weiter erklärt sind Moore »einzigartige Ökosysteme und bedeutende Kli-

können fast alle anfallenden organischen Abfälle aus Haus und Garten den Prozessen der Natur überlassen werden mit dem Ergebnis, daß spätestens nach einem Jahr selbstproduzierter Kompost zur Verfügung steht, der für selbst hergestellte Pflanz- und Blumenerden sowie zur allgemeinen Bodenverbesserung im Garten verwendet werden kann.

Dem im Landkreis Barnim kostenlos angebotenen, aber insgesamt teuren System der sogenannten »braunen Tonnen« fehlt insofern zumindest in Wohngebieten, in denen ein Hausgarten zum Standard gehört, jeder vernünftige Grund. Wozu sollte ein Grundstückbesitzer beispielsweise seinen Grünschnitt oder das zusammengehackte Laub per »brauner Tonne« entsorgen und dann teuer fertige Pflanzerde einkaufen?



FOTO: GERO MARMANN

Üppiges Grün auf dem Balkon dank eigenem Wurmhumus.

maschützer, die wir bewahren müssen. Torf gehört deshalb auf keinen Fall in den Garten oder in Blumenkübel. Doch um die Nachfrage an Billigblumenerde zu befriedigen, ist der Ausverkauf osteuropäischer Moore in vollem Gange – nachdem ein Großteil der hiesigen Moore bereits zerstört ist. Es ist eine Katastrophe, wenn diese noch weitgehend intakten Lebensräume abgebaggert und unwiederbringlich zerstört werden.« Der BUND-Experte verweist daher auf die inzwischen zahlreich vorhandenen Möglichkeiten, auf torffreie Erden zurückzugreifen. Der BUND hält online eine kürzlich aktualisierte Übersicht bereit, wo Erden ohne Torf erhältlich sind. Im BUND-Einkaufsführer sind über 320 Produkte von 29 Herstellern aufgelistet, die bundesweit verfügbar sind. Er gibt zudem Auskunft über 18 große Gartencenter und Baumärkte mit den jeweils dort verfügbaren torffreien Produkten.

Allerdings ist der Kauf von Erde im Baumarkt, ob mit oder ohne Torf, unnötig. Denn »jeder gute Gärtner«, das wußten schon Rolf Herricht & Hans-Joachim Preil, »macht irgendwo in der Ecke seines Gartens einen Haufen«. Genauer gesagt, einen Komposthaufen. Dort

dings dürfte das »braune System« schon aus hygienischen Gründen in den größeren Wohngebieten kaum machbar sein.

Doch auch für Balkon- und Fensterbrettgärtner gibt es Möglichkeiten, den Humus für die benötigte Blumen- und Pflanzerde selber herzustellen, wenn der Bioabfall eigenen Kompostwürmern als Nahrungsquelle dient. Eine solche Verwertung der Bioabfälle erfolgt in speziellen Wurmboxen, die sogar ohne weiteres innerhalb der Wohnung aufgestellt werden können. Mit einem Polster auf dem Deckel, dienen solche Wurmboxen beispielsweise vielerorts als Sitzhocker.

Unangenehme Gerüche gehen von funktionierenden Wurmboxen nicht aus. Etwa alle halbe Jahre kann frischer Wurmhumus geerntet werden, der dann zur Auffrischung der verbrauchten Erde in Balkonkästen und Blumentöpfen genutzt werden kann. Zusätzlich fällt zwischendurch sogenannter Wurmtee als Flüssigdünger an.

Insofern kann jeder sowohl auf torfhaltige als auch auf torffreie Pflanz- und Blumenerde, die kommerziell angeboten wird, verzichten.

RONALD SCHILD

Reisebericht aus Senegal (3):

»Operation Plaste«

Egal, wo wir waren, ob vor der Haustür, in den Höfen und Gärten, auf den Straßen oder auf freiem Gelände, überall stießen wir auf Unmengen an Plastemüll, der die obere Bodenschicht teilweise mehrere Dezimeter tief verunreinigt. Hier bemühten wir uns, den Menschen das Bewußtsein zu vermitteln, daß dieser Müll ihre eigene Lebensgrundlagen schädigt.

Zu den ersten Beobachtungen gehörten die vielen Haustiere, die einfach so frei auf den Straßen herumlaufen. Das ist in der Trockenzeit, wenn die Felder abgeerntet sind, hier so üblich. Dabei hat jede Tierart ihre Zeiten. Tagsüber kommen die Ziegen, am Abend die Schafe und später, wenn die Nacht hereinbricht und die kleinen Kinder zu Bett gehen, laufen die Rinder durch die Straßen – Kühe und Stiere – wunderschöne Geschöpfe, riesengroß mit langen Hörnern, friedlich und stolz. Natürlich gibt es auch Hunde und vor allem Greifvögel.

Da es in den Vororten der großen Stadt Kaolack keine reguläre Müllentsorgung gibt, fungieren die Tiere als eine Art natürliche Abfallverwerter. Denn Biomüll und Essensreste, die nicht an die Armen verteilt werden, kommen auf die Straße. Die Tiere ziehen von Straße zu Straße und nehmen sich, was sie wollen.

Leider wird wenig darauf geachtet, daß das Hingeworfene oftmals Plaste- und andere Verpackungsreste enthält. Wir haben uns vor unserem Quartier bemüht, den Plastemüll aus dem hingeworfenen Tierfutter zu sammeln. Unsere Aktion vor der Haustür wirkte, so mein Eindruck, durchaus beispielgebend, was nachhaltig und auch nach unserer Heimkehr dort für eine sauberere Straße gesorgt hat.

Davon angeregt haben wir auch in der Schule Umweltbildung betrieben, gemeinsam mit den Kindern Plastemüll vom Schulgelände gesammelt und schließlich Mülleimer bereitgestellt, die von den Spendengeldern finanziert wurden.

Wir haben auch mit Hilfe der Kinder unserer Gastfamilie tagelang einen Strand sauber gemacht, bis die Leute applaudiert haben und der Bademeister von sich aus versprach, eine Mülltonne zu organisieren.

Schließlich säuberten wir ein Trinkwasser-einzugsgebiet in Koutal, indem wir gut 15 Schubkarren Plastemüll rausgekartet haben. Wir haben eine dort wohnende Familie und die Belegschaft einer Firma überzeugt, mitzumachen und auch ihr Gelände zu reinigen und es nicht mehr derart zu vermüllen.

Die »Operation Plaste«, so können wir einschätzen, wurde an jeder Front erfolgreich umgesetzt.

PEGGY SIEGEMUND | 29

Wandertips

von BERND MÜLLER

Komturei der Ordensritter

Sonntag, 22. Juni. Geführte Tagestour (Auto) im ehemaligen Landkreis Königsberg mit kleinen Wanderungen und Besichtigungen am Wegesrand.

Die Tour führt über Güstebiese (Besuch Imker), Zelin (Obelisk mit Blick über die Oder), Bärwalde (Stadtmauer), Fürstenfelde (Kirche), Hälse (Naturschutzgebiet mit Wanderdünen), Quartchen (Templerkirche) bis zum Schloß Fontane.

Treff: 9.30 Uhr vor Hotel Fährbühne, Fährweg 17, 16259 Bad Freienwalde. Gebühren: Erwachsene 10 Euro, ermäßigt Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber 5 Euro. Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland kostenfrei

Geführte Autotour Dianental nach Moryn (Polen)

Sonntag, 29. Juni. Autotour im mittleren Teil des ehemaligen Landkreis Königsberg mit kleinen Wanderungen und Besichtigungen am Wegesrand.

Die Tour führt über Alt Rüdnitz (Geruhssame Pause in einem Polder) nach Güstebiese zum Shukow Bunker. Danach geht es durch das Dianental mit kurzem Stopp an der Försterei nach Moryn. Hier Mittagspause mit anschließender Stadtführung. Nach einer Kaffeepause erfolgt die Rückfahrt zum Ausgangspunkt der Tour am späten Nachmittag.

Treff: 10 Uhr vor Hotel Fährbühne, Fährweg 17, 16259 Bad Freienwalde

Anmeldung unter 033 44 / 300 28 81, oderland@naturfreunde.de oder WhatsApp 0160/7500540. Gebühr (wenn nicht anders angegeben): 5 Euro, ermäßigt 2,50 Euro. Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Neuaufgabe Hussitentaler

Pünktlich zum Hussitenfest erschien die 11. Auflage des Hussitentalers. Der Taler würdigt in dieser Ausgabe das Quellgebiet der Panke.

Der Name »Panke« entstand in der frühen Besiedlungszeit durch Slawen, etwa vor 1.500 Jahren, und könnte sich vom Wort »ponikwa« ableiten, was so viel wie »unstetes Fließchen« bedeutet. Als Ausgangspunkt des Fließchens wurde von den Bernauer Chronisten der heutige Bereich zwischen der L 200, der Albertshofer Chaussee und der Pankstraße, den sogenannten »Roten Ländern«, festgelegt.

Zu jener Zeit war Bernau noch von dichten Wäldern und nahezu undurchdringlichen Sumpfgebieten umgeben. Das klare Wasser der Panke trug maßgeblich zur Entwicklung der Stadt bei.

Die Idee für das diesjährige Talermotiv stammt vom Talerpaten Herrn Schuch. Die Motivgestaltung erfolgte in enger Zusammenarbeit mit Schülern des Beruflichen Gymnasiums des OSZ I Barnim.

NILS LÖNNIES

Schuldnerberatungen Europas (Teil 11): BRD – Zwischenbilanz

Angst vor Altersarmut

61 Prozent der 18- bis 60-jährigen Deutschen haben Angst vor Altersarmut. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Befragung von 2.026 Bundesbürgern im Alter zwischen 18 und 60 Jahren durch Nordlight Research und dem Institut Wirtschaft und Gesellschaft (IWG)

Als größte Bedrohung ihrer Altersvorsorge nehmen die Bundesbürger zunehmende wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Unsicherheiten wahr – besonders die stark steigenden Lebenshaltungskosten (56 Prozent) und die Inflation (52 Prozent). Aktuell gehen nur fünf Prozent der Bundesbürger zwischen 18 und 60 Jahren davon aus, bereits ausreichend für ihr Alter vorgesorgt zu haben bzw. vorsorgen zu können. Nach eigener Einschätzung wären monatlich durchschnittlich rund 280 Euro mehr an Sparbeträgen erforderlich, um den eigenen Lebensstandard im Alter zu halten.

Im Jahr 2023 lag die Armutsgrenze (weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens der Bevölkerung) in Deutschland für einen Ein-Personen-Haushalt bei netto 1.313 Euro. Als armutsgefährdet gelten 14,3 Prozent der Bevölkerung. Wenn man sich die Höhe der Rente anschaut, die in der genannten Studie von den Befragten erwartet wird, dann sind bald mindestens 50 Prozent der Rentner und Rentnerinnen armutsgefährdet.

0 bis 500 Euro	23,00%
501 bis 1000 Euro	24,00%
1001 bis 1500 Euro	24,00%
1501 bis 2000 Euro	15,00%
2001 bis 3000 Euro	11,00%
Mehr als 3000 Euro	3,00%

Tabelle: Erwartete gesetzliche Rente im Alter [Nordlight&IWG, Altersvorsorge-Monitor 2025]

Die Regierungsparteien CDU, CSU und SPD wollen laut Koalitionsvertrag »Verantwortung für Deutschland« übernehmen. Wie sieht denn jetzt die Verantwortungsübernahme für ein würdevolles Leben von Rentnern und Rentnerinnen aus? Auf der Seite 19 des

Koalitionsvertrages steht unter der Überschrift »Rente, Alterssicherung, Reha und Sozialversicherungen«, daß das Rentenniveau bei 48 Prozent bis zum Jahr 2031 abgesichert wird. Es sind steuerliche Anreize für freiwilliges längeres Arbeiten geplant: »Wer das gesetzliche Rentenalter erreicht und freiwillig weiterarbeitet, wird sein Gehalt bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei erhalten. Fehlanreize und Mitnahmeeffekte werden wir vermeiden«. (Seite 46) Wer also notgedrungen weiter arbeitet, könnte theoretisch der Armutsfalle im Alter enttrinnen. Das Problem ist jedoch, daß es ältere Menschen auf dem Arbeitsmarkt schwer haben. Im Jahr 2023 lag der Anteil der Erwerbstätigen jenseits des Renteneintrittsalters bei 20 Prozent. Jetzt ist zu berücksichtigen, daß das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre angehoben worden ist. Wenn man die Alterskategorie 65 Jahre und älter anschaut, also einschließlich der über 70-Jährigen, dann arbeiten nur noch 9 Prozent (Statistisches Bundesamt 2025). Also Pustekuchen mit der flächendeckenden Aufstockung der Altersrente über »freiwillige« Weiterarbeit und der eigenständigen Vermeidung von Altersarmut.

Die Linke fordert in ihrem Kurzwahlprogramm 2025 eine Mindestrente von 1.400 Euro. Na immerhin, das ist 87 Euro über der Armutsgefährdungsgrenze. Das Bündnis Sahra Wagenknecht fordert eine Mindestrente von 1.500 Euro nach 40 Versicherungsjahren und die Verpflichtung, daß alle, auch Bundestagsabgeordnete und Reiche, in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Das klingt schon besser. Das Thema der Altersarmut wird uns dennoch auf die Füße fallen, wenn wir als Gesellschaft nicht vom Profitdenken Abschied nehmen und zu einer respektvollen, anerkennenden Solidarität mit älteren Menschen zurückfinden.

DIETER KORCZAK

Buchtip: Ingo der Marienkäfer

Dies ist die Geschichte vom Marienkäfer INGO. Eigentlich sollte Ingo als Glückskäfer mit 7 Punkten geboren werden. Nach den Gesetzen des Marienkäferstaates bekommen nur Glückskäfer mit 7 Punkten einen Namen und die Erlaubnis, das Glück hinaus in die Welt zu tragen. Oft dauert es etwas länger, ehe sich die schwarzen Punkte zeigen. So lange Ingo auch wartet, es sind nur 5 Punkte auf seinen leuchtend roten Flügeln. Aber wo Ingo auch auftaucht, werden Menschen oder Tiere wieder glücklich. Ob ein kleines Kaninchen, Kinder oder eine alte Frau, allen bringt er Glück und sie lieben ihn sehr. Obwohl Ingo nur 5 Punkte besitzt, ist er ein Glückskäfer. Woran das wohl liegt?

Ingo der Marienkäfer Kinderbuch – von Martina Christina Kay (Autorin), Karin Rast (Illustration), 40 Seiten, ISBN-13 979-8394785801



Kino und Offene Bühne im Heidekrug

Am letzten Juni-Wochenende finden zwei kulturelle Veranstaltungen im Heidekrug in Joachimsthal statt. Sowohl Kino- als auch Musikfans kommen auf ihre Kosten.

Am Freitag, dem 27. Juni, läuft um 19.30 Uhr die Drama-Komödie »Wunderschöner« im Kommunalen Kino. Der Film ist die Fortsetzung der episodisch erzählten, dramatischen Komödie »Wunderschön« von Regisseurin KAROLINE HERFURTH und begleitet viele der beliebten Figuren aus dem ersten Teil auf



FOTO: TOM SCHWERS

ihrem weiteren Weg zu sich selbst. Im Mittelpunkt stehen dabei fünf Frauen, die ihr Leben und ihren Selbstwert nicht länger danach ausrichten wollen, begehrenswert zu sein. Der Eintritt kostet 6 Euro.

Am Samstag, dem 28. Juni, wird um 19 Uhr zum dritten Mal die Bühne im Heidekrugsaal für Talente der Region geöffnet. Singer-Songwriter und Bands aller Stilrichtungen, von Rock über Liedermacher bis hin zu traditionell, treten auf. Gäste können sich auf ein generationsübergreifendes Programm von jungen und nicht-mehr-ganz-so-jungen Musikern freuen. Dieses Jahr sind u.a. folgende Künstler dabei: das Liedermacher-Duo NEUMANN & WOLF aus Eberswalde (Foto), der Joachimsthaler JÁNOS TÉZSLA als Solist mit seiner E-Gitarre, die Rock- und Blues-Band STOLZMANN & FRIENDS aus Berlin, und die Sängerinnen INA MINKS, JESSICA WEGNER, und LAURA & SELINA. Der Eintritt ist frei. Um Spenden wird gebeten.

RUTH BUTTERFIELD

Berlin-Brandenburgisches Bücherfest

Am Wochenende 6. und 7. September 2025 endet die Ausstellung »Schöne Bücher« im Kloster Chorin mit einem gemeinsamen Bücherfest Brandenburgischer und Berliner Buchermacherinnen und -macher.

Zum ersten Mal laden wir unsere Berliner Kolleginnen und Kollegen ein, mit uns gemeinsam ein Fest des Buches und der Buchkunst zu feiern. Dabei wollen wir Bücher nicht nach Kategorien, Sparten, Macht oder Auflage sortiert vorstellen. Wir möchten vielmehr die ganze Vielfalt der inhaltlichen, gestalterischen und buch künstlerischen Kreativität, die Verlage, Buchkünstlerinnen und Buchkünstler »von nebenan« in einem Rahmen zusammenbringen. Im Mittelpunkt des Wochenendes wird eine Buchmesse stehen, umrahmt von Lesungen, Theater, einem Pro-

gramm in Einfacher Sprache und einem kleinen Kinderbuchfest zum Mitmachen. Das Programm wird an dieser Stelle rechtzeitig bekannt gegeben.

Wir Buchermacherinnen und Buchermacher bedanken uns bei dem Team des Eigenbetriebes Kloster Chorin der Gemeinde Chorin für das Willkommensein in dem grandiosen Gemäuer. Und wir bedanken uns bei unseren Unterstützern, dem Brandenburgischen Literaturrat und der WITO des Landkreises Barnim. Sie alle haben ihren wichtigen Anteil daran, daß dieses Bücherfest für Sie möglich wird.

Wir freuen uns auf Ihr Interesse an unseren »Schönen Büchern«. Viele neue Einblicke in schöne Bücher wünscht Ihnen

HANS JÖRG RAFALSKI (Initiator)

»Wir wollen eine Problemlösung«

Der sogenannte »RadBrückenSchlag« soll nun tatsächlich umgesetzt werden. Wir haben unsere Bedenken gegen diesen teuren Prestigebau mit begrenztem Nutzen bereits mehrfach geäußert. Folgerichtig stimmten wir auch diesmal gegen den aktuellen Baubeschluß.

Der Kauf des Eberswalder Holzkraftwerkes durch die Kreiswerke Barnim liegt nicht in der Zuständigkeit der Stadt. Allerdings wird die Abnahme der Wärme durch Eberswalder Wohnungsunternehmen, einschließlich der städtischen WHG, als wichtige Begründung für die Kaufabsicht genannt. Abgesehen von ökologischen Bedenken bezüglich der industriellen Holzverbrennung sehen wir die Ebers-

walder Stadtverordneten in der Verantwortung, sich mit dem Ansinnen zu befassen. Die Interessen der Eberswalderinnen und Eberswalder müssen hier im Mittelpunkt stehen.

Die Diskussion zum Mietspiegel halten wir für wichtig. Leider ist diese Diskussion aktuell stark emotional und ideologisch aufgeheizt, was einen sachlichen Umgang mit dem Problem verhindert. Das ist für die Eberswalder Mieterinnen und Mieter letztlich von Nachteil. Es war zu erwarten, daß die »demokratische Mitte« alsbald einen neuen Vorschlag vorlegt, der das Problem aufgreift. Das begrüßen wir. Denn unsere Fraktion will eine Problemlösung.

MIRKO WOLFGGRAMM

»Sommerlese« im Kloster

Erleben Sie Literatur live bei der »Sommerlese« im Kloster Chorin. Im Rahmen des Programms »Schöne Bücher im Kloster Chorin 2025« wird die historische Anlage im Juli und August donnerstags um 17 Uhr zum Treffpunkt für Literaturbegeisterte. Renommiertere Autorinnen und Autoren wie JOHN VON DÜFFEL, BJÖRN KERN und SYLVIA GEIST präsentieren ihre Werke in einzigartiger Atmosphäre.

Als Auftakt zum Berlin-Brandenburgischen Bücherfest im September bietet die »Sommerlese« in der malerischen Anlage anspruchsvolle Literatur und Literaturschaffende ganz nah.

Wir laden Sie ein, Ihren Sommer mit außergewöhnlicher Literatur zu bereichern. Das vollständige Programm und Tickets finden Sie unter www.kloster-chorin.org.

HANS JÖRG RAFALSKI

DB-Schnüffler

Im Mai verhandelte das Landgericht Frankfurt am Main über die Klage des Vereins Digitalcourage gegen die Deutsche Bahn.

Bereits 2022 haben wir Klage gegen den DB Schnüffel-Navigator eingereicht. Diese App ist voller Tracker, die persönliche Daten einer Reise sammeln und weiterleiten. Diese Datenweitergabe kann von den Reisenden in der App nicht abgeschaltet werden. Denn die Bahn nutzt einen Trick: Sie behauptet, die Tracker seien technisch notwendig. Die Daten von Millionen Fahrgästen landen so bei den großen Datenkraken. Das halten wir für rechtswidrig.

Anstatt die App datenschutzkonform zu machen, tat die Bahn alles, um uns auszuhebeln. 190 Seiten Klageerwidlung von den Bahn-Anwälten und ein mieser Verfahrenstrick: Der Konzern hat kurzerhand die Verantwortung für die App von der DB-Vertrieb zur DB-Fernverkehr verschoben. Woraufhin wir die Klage auf die neue Konzerntochter erweitert haben, was zum einen den Streitwert verdoppelte, zum anderen die Zuständigkeit vom Amtsgericht zum Landgericht verschob. Kurz: Es wurde alles versucht, um den Prozeß in die Länge zu ziehen und uns müde zu machen.

Trotz aller Tricks der Bahn bleiben wir hartnäckig. Denn klar ist: Die Deutsche Bahn ist kein beliebiger App-Anbieter, sondern Teil der staatlichen Grundversorgung. Wer zur Arbeit pendelt, Angehörige besucht oder sich auch nur über Bahnverbindungen und Verspätungen informiert, kommt an der App kaum vorbei, weil die Bahn andere Informationsmöglichkeiten abgeschafft hat. Mit der App-Nutzung kommt die Überwachung.

Hier ziehen wir die Notbremse: Datenschutz ist ein Grundrecht – auch beim Bahnfahren. Grundrechte dürfen nicht an der Bahnsteigkante enden!

RENA TANGENS | 31

21. Altenhofer Liedersommer

8./9. August 2025



Freitag 8.8. | 20 Uhr: Sonny Thet | Annette Wizisla & Barbara Sadowski

Samstag 9.8. | 19.30 Uhr: Heike Mildner | The Dorfs | Polkaholix

Tickets sind im Vorverkauf beim altenhofer kulturkreis e.V. zu erwerben: altenhoferkulturkreis@gmx.de

VVK Fr 18 €, Sa 25 €, beide Tage 40 € | AK Fr 25 €, Sa 35 €, beide Tage 50 €

NEU Tickets für Altenhofer (Ausweis an AK):

VVK Fr 15 €, Sa 20 €, beide Tage 33 € | AK Fr 20 €, Sa 30 €, beide Tage 45 €

Ort Bootshaus am seezeit-resort am Werbellinsee (EJB), Joachimsthaler Str. 20

Ab Juli 2025 finden immer am zweiten Sonntabend des Monats und beginnend um 14 Uhr **Führungen im Paul-Wunderlich-Haus** statt. Die erste Führung am 12. Juli unter Leitung von Udo Muszynski steht unter dem Titel »Die Heimkehr des Paul Wunderlich und die aktuellen Ausstellungen«. Die zweite Führung am 9. August unter der Leitung von Gudrun Sailer steht unter dem Titel »Paul Wunderlich, Zeichner ausgeprägter Leidenschaften. Wir entdecken zusammen, was sonst im Verborgenen bleibt.«.

Wer an einer Führung teilnehmen will, den bitten wir um eine Anmeldung per eMail an post@mescal.de.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- ☐ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- ☐ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 Euro)
- ☐ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 Euro)
- ☐ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- ☐ Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit monatlich. Doppelausgaben für zwei Monate sind möglich. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Beim Vertrieb über einen Zustelldienst wird eine **Versandkostenpauschale von 10 Euro pro Jahr** erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle ☐ per Lastschrift ☐ per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift _____

☐ Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabö** an folgende Adresse geliefert werden:

☐ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeiten per Telefon und eMail siehe Impressum)

Was ist die BBP?

Als sich 1995 der BARNIMER BÜRGERPOST e.V. gründete, formulierten wir als Satzungszweck, uns »aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim zu beteiligen und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern«. Unsere Zeitung sollte und soll der Kommunikation dienen. Eine Zeitung der Leserinnen und Leser. Nicht von kommerziellen Interessen eines Verlages bestimmt oder abhängig vom Wohlwollen einzelner Anzeigenkunden oder Geldgeber.

Mit dem Verein konnten wir einige organisatorische Bedingungen schaffen. Er garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion und bildet den Organisationsrahmen. Die Inhalte der BARNIMER BÜRGERPOST werden entsprechend den Publizistischen Grundsätzen von unseren Lesern bestimmt. Die BARNIMER BÜRGERPOST stellt darüber hinaus eine Art soziales Experiment dar, das über die Warenproduktion als bestimmende Form menschlicher Tätigkeit hinausweist.

Die materielle Hülle trägt Warencharakter. Papier, Druck und Verteilung müssen bezahlt werden. Die BBP muß also wie jede andere Zeitung verkauft werden. Die Akzeptanz des Warencharakters der »materiellen Hülle« ist Möglichkeit und Bedingung für die inhaltliche Unabhängigkeit. Unsere Autorinnen und Autoren nutzen die angebotene Warenhülle, um sich mit ihren Texten selbst zu verwirklichen und den anderen ihre Information, ihr Wissen, ihre Meinungen zur Verfügung zu stellen. Ähnliches gilt für die ehrenamtliche Redaktions- und Verteiltätigkeit. Als Gratisleistung genießen sie wie alle anderen, die die BBP lediglich passiv nutzen, die Produkte der Selbstentfaltung der anderen.

Klar, manchmal reiben sie sich auch daran, was aber auch nicht schlecht ist.

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: G. Markmann (viSdP), T. Tobler

druckerei: Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 10. Juni 2025

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Januar 2023. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 3. September 2025.